

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Kaune-Nüßlein, Alrun (Ed.); Scharenberg, Albert (Ed.)
Other Persons: Rohnstock, Katrin

Book

Schicksal Treuhand - Treuhand-Schicksale : Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung : ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Provided in Cooperation with:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: (2019). Schicksal Treuhand - Treuhand-Schicksale : Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung : ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 2., aktualisierte Auflage. Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/4508>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

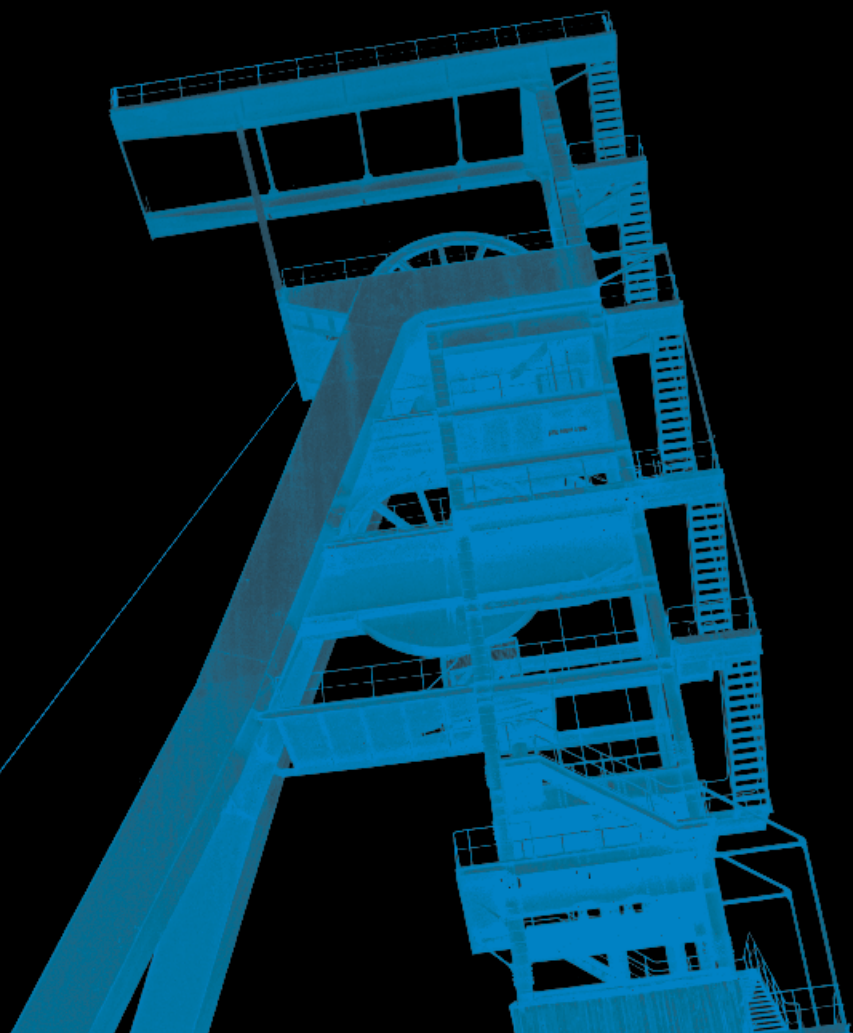
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte. Alle auf diesem Vorblatt angegebenen Informationen einschließlich der Rechteinformationen (z.B. Nennung einer Creative Commons Lizenz) wurden automatisch generiert und müssen durch Nutzer:innen vor einer Nachnutzung sorgfältig überprüft werden. Die Lizenzangaben stammen aus Publikationsmetadaten und können Fehler oder Ungenauigkeiten enthalten.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence. All information provided on this publication cover sheet, including copyright details (e.g. indication of a Creative Commons license), was automatically generated and must be carefully reviewed by users prior to reuse. The license information is derived from publication metadata and may contain errors or inaccuracies.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Schicksal Treuhand **Treuhand Schicksale**



Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale

Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung

Die Geschichten in diesem Buch wurden aufgeschrieben von den Autobiografiker*innen von Rohnstock Biografien (mit Ausnahme der Texte von Dagmar Enkelmann, Bodo Ramelow, Jörg Roesler und Bernd Gehrke). Sie basieren auf mündlichen Erzählungen, die verschriftlicht und dabei verdichtet und stilistisch angepasst wurden. Alle Erzähler*innen haben ihre Geschichten gelesen, gegebenenfalls korrigiert oder ergänzt und für die Veröffentlichung autorisiert.

Impressum

Herausgeber: Rosa-Luxemburg-Stiftung
2., aktualisierte Auflage
V.i.S.d.P: Alrun Kaune-Nüßlein, Albert Scharenberg
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
www.rosalux.de/treuhand
ISBN: 978-3-948250-04-1
Redaktionsschluss: Juli 2019

Alle Rechte vorbehalten.

Redaktion: Rohnstock Biografien
Konzept: Katrin Rohnstock
Lektorat: Antje Käske
www.rohnstock-biografien.de
Fotos: Ina Schönenburg
Layout: Hanka Polkehn
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Inhalt

Editorial	6
Dagmar Enkelmann	

Vom Volk zum Eigentum	8
Jörg Roesler	

Die Treuhand – die größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten	16
Christa Luft	

Wir dürfen uns nicht länger beugen!	21
Hans Modrow	

Plötzlich waren wir überqualifiziert

Überqualifiziert: Sie müssen sich selbst was suchen!	25
Claudia Rößger – Modelleurin aus der Schuhfabrik «Paul Schäfer» Erfurt	

Vom Werftstolz zum Wanderarbeiter	29
Dieter Kahmann – Schlosser auf der Neptunwerft in Rostock	

Die Arbeit war mein Leben

Der «Held der Arbeit» – arbeitslos	33
Helmut Fischer – Maurer aus dem VEB Chemische Werke Buna	

«Ich liebte meine Arbeit!»	35
Ingeborg Reinhardt – Diplomingenieurin im VEB Fernsehwerk Staßfurt	

Wir wurden verhöhnt und diffamiert

«Sie stellten uns hin, als hätten wir im Sandkasten gespielt.»	39
Erhard Reiche – Sicherheitsinspektor im Braunkohlenkombinat Lauchhammer	

Wir bringen euch bei, mit Messer und Gabel zu essen	43
Bernd Hoffmann – Ingenieurökonom im VEB Elektrokohle Lichtenberg	

Wir waren Konkurrenz: Unsere Betriebe wurden abgewickelt

Trotz Innovation in die Insolvenz 47
Albrecht Meyer – Leiter der Versuchsabteilung beim
VEB dkk Scharfenstein

«Bei allen Veränderungen hatte ich Riesenglück.» 51
Rolf-Dieter Klodt – Forscher für Plaste und Elaste aus Schkopau
im VEB Chemische Werke Buna

Vom Kohlekombinat blieb nichts als Erinnerung 55
Konrad Wilhelm – Betriebsdirektor des VEB Braunkohlenveredlung
Lauchhammer

SKET muss weg – ein realer Krimi 57
Angela Brockmann – Dolmetscherin im VEB
Schwermaschinenbau-Kombinat «Ernst Thälmann» (SKET)

Die Treuhand hatte die falsche Strategie 61
Martin Wilke – Entwicklungsingenieur und Gruppenleiter
im VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder)

Dann ging alles blitzschnell 65
Ulrich Modes – Betriebsleiter des VEB Eisenbahnmodellbau Zwickau,
ab 1980 VEB Plasticart Annaberg-Buchholz Werk 5 Zwickau

«Ich folgte meinem Mann in den Westen.» 67
Bärbel Eichler – Kranführerin im Stahlwerk Riesa

Wir wehrten uns – aber es half nichts

«Ich mache mit beim Hungerstreik!» 71
Bernd Schmelzer – Kumpel aus dem Kaliwerk Bischofferode

Bischofferode beschäftigt uns bis heute 76
Bodo Ramelow

Wir Mitarbeiter wollten das Werk übernehmen 79
Erhard Werther – Brigadeleiter und Betriebsratsmitglied
des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda

Widerstand gegen die Treuhandanstalt 82
Bernd Gehrke

Vom Ende unserer Kunst- und Kulturstätten

«Am Ende habe ich nur geheult.» 87

Gerhard Schmelzer – Leiter des FDGB-Kulturhauses
im Kaliwerk Bischofferode

«Nichts blieb so, wie es einmal war.» 91

Brunhilde Psurek – Kindergärtnerin und Mitglied im Arbeitertheater
des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda

Wir wurden mit Mut und Glück zu Unternehmern

Auf ins Unternehmertum 93

Irmtraud Steinert – Pharmazeutin im VEB Pharmawerk Neubrandenburg

«Zeit für Lübzer» – vom Betriebsdirektor zum Geschäftsführer 97

Hubert Getzin – Betriebsdirektor im VEB Brauerei Lübz

Vier Jahre Kampf gegen die Treuhand 101

Reinhard Franz – Technischer Leiter im VEB Kombinat Plasticart

Trauma Treuhand

Wenn die Seele «Stopp!» ruft 105

Angela Thomas – Elektronikfacharbeiterin im
VEB Fernsehetelektronik Oberschöneweide

In zweiter Generation Hartz IV 109

René Becker – Produktionsarbeiter aus Riesa,
vorübergehend obdachlos

«Manche Schicksale raubten mir den Schlaf.» 111

Dagmar Jacoby – Transformatorenbauerin und Personalerin
im Transformatorenwerk Oberspree

«Ich habe keine Hoffnung mehr.» 113

Anonym – Ingenieur-Ökonomin, lebt seit vielen Jahren von Hartz IV

«Wir wollen eine Entschädigung!» 115

Helga Förster – Drogistin aus Hirschfelde

Epilog: Von der Treuhand zu blühenden Landschaften 118

Jörg Roesler

Dr. Dagmar Enkelmann, Jahrgang 1956, ist Diplomhistorikerin und hat auf dem Gebiet der Jugendforschung promoviert. In der Zeit der politischen Wende beteiligte sie sich in Bernau aktiv an der Arbeit des Runden Tisches und wurde im März 1990 in die Volkskammer der DDR gewählt. Für die PDS bzw. DIE LINKE gehörte sie für mehrere Legislaturperioden dem Deutschen Bundestag bzw. dem Brandenburger Landtag an. Von 2005 bis 2013 war sie Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Seit 2012 ist sie Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Editorial

Dagmar Enkelmann

Liebe Leserin, lieber Leser, erinnern Sie sich noch? Diese Frage habe ich in den vergangenen Wochen und Monaten oft gehört. Der Anlass sind 30 Jahre politische Wende in der DDR, die Grenzöffnung und ihre Folgen. Runde Jahrestage bringen es so mit sich, dass wir uns bewusst erinnern und fragen: Wie war das? Was haben wir damals erlebt? Wie geht es uns heute?

In Ostdeutschland sind diese Fragen immer verbunden mit biografischen Brüchen, mit der Erinnerung an den damaligen Arbeitsplatz und die Überführung der einst volkseigenen Betriebe in private Unternehmen. Und ganz schnell geht es dann um die «Treuhand». Während vor einigen Jahren bei diesem Thema noch so manches Gespräch verstummte, weil niemand gern über Arbeitsplatzverlust, Existenzängste und das Ringen um einen Neuanfang spricht, gibt es jetzt das zunehmende Bedürfnis, diese Erfahrungen zu teilen und auszutauschen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dieses Bedürfnis aufgegriffen und lässt in einer Ausstellung die Geschichte der Treuhand durch ostdeutsche Lebensgeschichten lebendig werden. Die individuellen Geschichten machen deutlich: Der ökonomische Kahlschlag auf dem

Gebiet der ehemaligen DDR war für viele ein Schock. Sie haben das Agieren der Treuhandanstalt wie einen Schicksalsschlag empfunden. Der Protest gegen die Politik der Treuhand hat die Anstalt von Anfang an begleitet – ebenso wie die Erfahrung, dass Widerstand in Form von Betriebsbesetzungen, Demonstrationen vor der Treuhandzentrale in Berlin oder sogar Hungerstreiks zumeist vergeblich war. Es war ein Kampf David gegen Goliath, den in der Regel die Treuhand gewann.

Bei den Massenentlassungen ging es nicht um individuelle Lebensleistungen. Emanzipationserfahrungen der Jahre 1989/90, berufliche Qualifikationen und Kenntnisse aus 40 Jahren DDR fanden keinerlei Berücksichtigung. Das war vor allem für jene schmerzhaft, die die DDR mit aufgebaut hatten, deren Lebens- und Familiengeschichte auf vielfältige Art und Weise mit der Berufstätigkeit und dem Arbeitskollektiv verknüpft war. Sie mussten ohnmächtig mit ansehen, wie ihr Betrieb für die symbolische eine D-Mark verkauft oder gleich ganz geschlossen wurde.

Diese Abwicklungen empfanden viele als ungerecht und demütigend. Einige haben ihre Heimat verlassen und versuchten in den alten Bundesländern

einen Neuanfang. Wer Glück hatte, fand vor Ort einen neuen Arbeitsplatz. Wer kein Glück hatte, blickt heute auf eine sogenannte gebrochene Erwerbsbiografie zurück, in der sich Beschäftigungszeiten mit Phasen der Erwerbslosigkeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Ein-Euro-Jobs oder auch mit dem Versuch der Selbstständigkeit abwechselten.

Dabei war die ursprüngliche Idee der Errichtung einer Treuhandanstalt eine ganz andere gewesen. Als «Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums» war sie am 1. März 1990 von der Modrow-Regierung beschlossen worden mit dem Ziel, das Volkseigentum zu bewahren und im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten. Mit dem Sieg der «Allianz für Deutschland» bei der letzten Volkskammerwahl 1990 wurde die Treuhand dann zur Privatisierungsbehörde.

Die Auswirkungen sind bis heute spürbar. Noch immer besteht eine wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland. Das Versprechen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht erfüllt. Die Wirtschaftsstruktur im Osten ist eher kleinteilig, es fehlen große Industriebetriebe. Bei Einkommen und Vermögen hinkt der Osten dem Westen hinterher. So bekommen in Ostdeutschland laut Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit 2017 (Stand 31.1.2019) Altenpfleger*innen monatlich 499 Euro brutto weniger, Mechatroniker*innen 755 Euro und Maurer*innen sogar 955 Euro. Ostdeutsche sind auch heute noch in Führungspositionen unterrepräsentiert.

Die Politik der Treuhand und ihrer Nachfolgeorganisationen kann zwar nicht mehr rückgängig gemacht werden, es ist aber wichtig, Zeitzeug*innen zu hören und die Geschichte der Treuhand und die Ergebnisse ihres Wirkens in Ostdeutschland politisch aufzuarbeiten. Zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse dazu hat es im Bundestag bereits gegeben. Sie scheiterten zum einen am mangelnden Aufklärungswillen der Union, die in der Nachwendezeit hauptverantwortlich für die Treuhandpolitik war, und zum anderen an der Unzugänglichkeit der Akten. Dies befördert Legendenbildung und Mythen, die heute von Rechtspopulist*innen für ihre Politik missbraucht werden. Nur die Öffnung der Archive und der öffentliche Zugang zu den Treuhandakten können für Transparenz und Aufklärung sorgen

und damit die Hintergründe der Privatisierungs- und Liquidierungspolitik von volkseigenem Vermögen durch die Treuhand offenlegen.

Liebe Leserin, lieber Leser, in diesem Begleitbuch zur Ausstellung «Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale» können Sie die Geschichten von Zeitzeug*innen lesen. Sie waren zur Wendezeit beispielsweise Schlosser in der Neptunwerft Rostock oder Kranführerin im Stahlwerk Riesa, waren Betriebsdirektor in der Braunkohlenveredlung Lauchhammer oder Pharmazeutin im Pharmawerk Neubrandenburg. Sie reflektieren die damaligen Ereignisse und schildern die Auswirkungen der Treuhandpolitik auf ihren Lebensweg. Es sind bewegende Geschichten, die zum Nachdenken anregen. Sie sollen auch Ermutigung sein, eigene Geschichte(n) selbstbewusst weiterzugeben.

Hans Modrow, 1989/90 Ministerpräsident der DDR, und Christa Luft, Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung, lassen die Zeit aus ihrer Sicht noch einmal Revue passieren. Professor Jörg Roesler ordnet die Treuhandanstalt und ihre Politik historisch ein, Bernd Gehrke dokumentiert den Widerstand.

Ich danke Katrin Rohnstock und ihrem Team für ihr Engagement und ihre Beharrlichkeit bei der Erarbeitung dieses Projekts. Sie setzen sich seit Jahren mit der Treuhandpolitik auseinander und motivieren ehemalige Beschäftigte der DDR-Betriebe, ihre Geschichten zu erzählen. Ich danke allen Erzählenden für ihre Offenheit und die Bereitschaft, sich an diesem Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu beteiligen. Es ist wichtig, die Erinnerungen für künftige Generationen zu bewahren. Neben einer noch ausstehenden politischen Aufarbeitung der Treuhandpolitik, ihrer Folgen und der Verantwortung der Bundesregierung ist es an der Zeit, den Weg zur deutschen Einheit neu zu reflektieren und den Blick nach vorn zu richten: Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Demokratie müssen in eine neue Balance gebracht werden, damit das Versprechen der gleichberechtigten sozialen und demokratischen Teilhabe nicht unter die Räder eines neuen Autoritarismus und Nationalismus gerät.

Ihre Dagmar Enkelmann

Prof. Dr. Jörg Roesler, Jahrgang 1940, studierte an der Hochschule für Ökonomie Wirtschaftswissenschaften und Geschichte an der Humboldtuniversität. Von 1974 bis 1991 forschte er am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. 1978 wurde er Leiter des Bereichs «Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus» und 1982 zum Professor berufen. Er begleitete das Institut durch die Evaluierungen, bis es 1991 geschlossen wurde. Danach hielt er Gastvorlesungen in Kanada und den USA und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter «Aufholen ohne Einzuholen! Ostdeutschlands rastloser Wettlauf 1965–2015. Ein ökonomischer Abriss».

Vom Volk zum Eigentum

Jörg Roesler

Wenn der Name Treuhandanstalt (THA) fällt, gehen in Ostdeutschland die Emotionen hoch. Die Treuhand gilt vielen Ostdeutschen als Symbol für eine verfehlte Vereinigungspolitik, deren Auswirkungen bis heute zu spüren sind: Ihr werden die gegen alle Versprechen der Initiatoren der Treuhandpolitik bis heute spürbaren Unterschiede in der Wirtschaftskraft Ost- und Westdeutschlands zugeschrieben; sie legte die Grundlagen für die bis heute ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Ist diese Einschätzung – um nicht zu sagen ihre Verdammung – gerechtfertigt? Oder haben diejenigen – vor allem Westdeutsche – recht, die sagen, dass mittels der Treuhand der schwierige Versuch unternommen wurde, einer maroden, ihrem Ende nahen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen?

Die bis heute wiederholten Aussagen, dass die DDR-Wirtschaft Ende der Achtzigerjahre marode gewesen sei, stützen sich allein auf Angaben zur negativen Differenz der Wirtschaftskraft der DDR, verglichen mit der Bundesrepublik, ohne dabei andere westeuropäische Marktwirtschaften oder osteuropäische Planwirtschaften zu berücksichtigen. Wirtschaftsanalysen, die nach 1990 von

Siegfried Wenzel veröffentlicht wurden,¹ weisen aber aus, dass die DDR Ende der Achtzigerjahre nach dem Umfang der Industrieproduktion unter den mehr als 30 Staaten Europas einen achten beziehungsweise neunten Platz einnahm, gemessen am Umfang des produzierten Nationaleinkommens einen neunten beziehungsweise zehnten Platz.

Legt man als Maßstab für die Effektivität der Produktion die dafür in internationalen Vergleichen meist genutzte Kennziffer, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, zu Grunde, dann verzeichnete die DDR 1988 ein Produktivitätsniveau von etwas über der Hälfte der Bundesrepublik und vier Fünftel des britischen. Spanien erreichte dagegen

¹ Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muss sie bezahlen? Stand und Perspektiven, Berlin 2003, S. 173. Wenzel, stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR und 1990 Mitglied der Regierungsdelegation zur Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, stützt sich in seinen Aussagen insbesondere auf streng vertrauliches Material der Zentralverwaltung für Statistik für die SED-Führung vom 29. August 1989.

nur drei Viertel des DDR-Niveaus. Dass die DDR ökonomisch zu den führenden Staaten in der Welt gehörte, zeigte sich auch im Außenhandel. Der Export der DDR bestand zu 48 Prozent aus anspruchsvollen Industrieprodukten wie Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel. Gemessen am Volumen des Exports nahm die DDR in Europa den zehnten Platz, im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) den zweiten Platz ein.² «Marode», wie nach 1990 behauptet, war die DDR-Wirtschaft 1989 also auf keinen Fall. Wenn Ostdeutschlands Wirtschaft 1991 – nach vollzogener Transformation – in der ökonomischen Werteskala im nationalen wie im internationalen Vergleich weit nach unten gerutscht war, dann hatte daran die Treuhandanstalt wesentlichen Anteil.

Der Start der Treuhandanstalt: Von der Ursprungsidee zum Instrument radikaler Transformation

Was heute weitgehend vergessen ist: Die ursprüngliche Treuhand war nicht etwa das Ergebnis eines Diktats der Bundesregierung, sondern entsprang einem Beschluss der DDR-Führung. Dazu schrieb deren damaliger Ministerpräsident Hans Modrow in seinen Erinnerungen: «Nach den Vorstellungen meines Kabinetts – es war nach Aufnahme von Vertretern der Opposition schon die Regierung der Nationalen Verantwortung – sollten die volkseigenen Kombinate und Betriebe in Aktiengesellschaften und GmbHs umgewandelt werden. Dr. Wolfgang Ullmann von der Bürgerbewegung «Demokratie Jetzt» und Minister ohne Geschäftsbereich in der Modrow-Regierung brachte den Vorschlag ein, Volksaktien zu schaffen, um einzelne Bürger an diesem Eigentum zu beteiligen.»³

Damit die Anfang März 1990 aus dem System staatlicher Kontrolle entlassenen Volkseigenen Betriebe (VEB) weder «herrenlos» noch deren bisherigen Leiter de facto zu Eigentümern wurden, gründete die Regierung Modrow noch am 12. März 1990, auf der letzten Sitzung des Runden Tisches, eine «Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums». Sie erhielt den Auftrag, Gesellschafterrechte wahrzunehmen, und verfügte über 100 Prozent des Stammka-

pitals der Betriebe, deren Privatisierung vorgesehen war. Sie sollte schrittweise erfolgen und keineswegs alle Unternehmen erfassen.

Das Treuhandkonzept der Modrow-Regierung sah Privatisierungsverfahren vor, die, so die damalige Wirtschaftsministerin Christa Luft, «nicht schlechthin auf die Übernahme der bundesdeutschen Rechtsordnung» zielten.⁴ Für die Realisierung dieser Aufgabe wurden zweieinhalb Jahre veranschlagt.

Das Kabinett Modrow fasste den Beschluss im Rahmen des Prozesses der Entwicklung seines Wirtschaftsreformkonzeptes als Antwort auf die Protestdemonstrationen vom Herbst 1989, bei denen Hunderttausende die Forderung nach einer grundlegenden Umgestaltung der DDR erhoben hatten. Auf wirtschaftlichem Gebiet war vielfach die Aufhebung der «Kommandowirtschaft» gefordert worden. Modrows Kabinett stellte sich dieser Aufgabe.

Bald nach Amtsantritt 1989 hatte Wirtschaftsministerin Christa Luft öffentlich über die «Einführung der sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft in der DDR als Ziel der Modrow-Regierung» gesprochen.⁵ Noch vor Jahresende 1989 lag der Entwurf einer in sich geschlossenen Wirtschaftsreform vor. Sie sollte – bei einem prinzipiellen Bekenntnis zur Herstellung der deutschen Einheit – in einem noch für mehrere Jahre politisch souveränen und ökonomisch selbstständigen Staat DDR erfolgen und – bei Nutzung von Erfahrungen der BRD – eigenständig gestaltet werden. Generell war ein behutsames Vorgehen vorgesehen.

Von Seiten der Bundesregierung gab es dagegen zunächst keine Einwände. Die Ende November 1989 veröffentlichte Stellungnahme Bonn's zu den Ereignissen in der DDR, das «Zehnpunkteprogramm» von Bundeskanzler Helmut Kohl, war, nach Einschätzung des Spiegel-Korrespondenten und Verfassers einer Kanzlerbiographie Jürgen Leinemann, noch ein «vorsichtiges und vages Programm zur deutschen Einheit», das

2 Ebd. 3 Hans Modrow: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S. 51. 4 Christa Luft: Zwischen Wende und Ende. Erweiterte Neuausgabe, Berlin 1999, S. 99. 5 Ebd., S. 93.

hinsichtlich der Ausgestaltung des Vereinigungsprozesses durchaus Gestaltungsraum ließ.⁶ Doch die Haltung des Bundeskanzlers änderte sich nach dessen eigener Darstellung grundlegend, als er Dresden besuchte, um mit Ministerpräsident Modrow zu verhandeln und von Tausenden von Dresdnern stürmisch begrüßt wurde. Ein «Schlüsselerlebnis» nannte Kohl diesen Empfang, «einen Wendepunkt schlechthin». Angesichts der jubelnden Menge glaubte er, keine Rücksicht mehr auf Regierungsinstitutionen, Parteien und die Bürgerbewegung in der DDR nehmen zu müssen.⁷ Er ließ sich ganz von jener in der Bundesrepublik vorherrschenden Ideologie leiten, dass die Marktwirtschaft mit Privateigentum der Planwirtschaft mit Staatsapparat prinzipiell überlegen sei. Es läge daher nicht nur im Interesse der Bundesregierung und der bundesdeutschen Konzerne, sondern auch im Interesse der ostdeutschen Bevölkerung, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen so rasch und so radikal wie möglich den bundesdeutschen anzugleichen.⁸ Kohl versicherte immer wieder, dass es ihm dabei vor allem um das Wohl der Ostdeutschen gehen würde, und erklärte die rasche Wiedervereinigung zur «Chefsache». Doch seine Abkehr vom eigenen «Zehnpunkteprogramm» nach dem Dresdener «Schlüsselerlebnis» war vor allem machtpolitisch begründet. 1989 steckte die Regierung Kohl in einer Vertrauenskrise. Kohls Biograf Leinemann schilderte die missliche Lage: «Possen, Tölpelereien, Widerwärtigkeiten – vom Parteispenden-Skandal mit Kanzler-«Blackout» bis zur Barschel-Affäre – eine Folge dreist wegerklärter öffentlicher Zwickigkeiten hatten die Bürger überfordert. Abwanderung zu anderen Parteien, Verdrossenheit, Misstrauen und Verachtung waren die Folge».⁹ Sich als Hoffnungsträger der Ostdeutschen, als Verfechter der Einheit feiern zu lassen, um aus dem Meinungstief herauszukommen, diese Gelegenheit ergriff der gewiefte Politiker Kohl. Seine Entscheidung sollte sich als mehr erweisen als nur ein rettender Strohalm. Allerdings musste die Einheit schnell kommen, sollte seine machtpolitische Taktik funktionieren. Für den Herbst 1990 waren turnusgemäß Bundestagswahlen vorgesehen. Bis dahin musste

die deutsche Einheit vollzogen sein, wenn die CDU ihre Mehrheit behalten und in der nächsten Wahlperiode Kohl weiterhin Kanzler sein wollte. Dementsprechend drückte Helmut Kohl aufs Tempo. Als im März 1990 Wahlen in der DDR anstanden, tourte er für die dortige CDU durch das Land und gab Wohlstandsversprechen. Von einem zu erwartenden zweiten deutschen Wirtschaftswunder war wiederholt die Rede.

Am 18. März 1990 holte Kohls «Allianz für Deutschland» 45,2 Prozent der Stimmen (CDU allein 40,9 Prozent) und ließ die Gegenkandidaten Oskar Lafontaine (SPD) und Hans Modrow (PDS) weit hinter sich. Die Mehrheit der Wähler wollte offensichtlich keine Experimente, wie sie die Modrow-Regierung begonnen hatte, sondern mehr Wohlstand, wie sie ihn bei den Westdeutschen sah, wollte daher die D-Mark so rasch wie möglich. Der Soziologe Raj Kollmorgen kommentiert die Wahlentscheidung so: «Viele Ostdeutsche hätten im März 1990 eine Art «implizitem Gesellschaftsvertrag» zugestimmt: «Wir lassen uns ganz gern enteignen, wenn wir dafür den Wohlstand des Westens bekommen.»¹⁰

Die abgewählte Regierung Modrow musste zurücktreten und konnte keinen Einfluss mehr auf den Vereinigungsprozess ausüben. Der Weg war frei für eine von Thomas de Maizière geführte Koalitionsregierung der Ost-CDU, für eine DDR-Regierung, die ausführte, was Kohl wollte – und was den Konzernen der Bundesrepublik, die die Regierung Kohl stets gestützt und gefördert hatten, nutzte.

In bundesdeutschen Wirtschaftskreisen hatte man mit Sorge beobachtet, wie in den USA, Großbritannien, Kanada und anderen westlichen Ländern der Wirtschaftsaufschwung, der die zweite Hälfte der Achtzigerjahre geprägt hatte, zu Ende ging. Nach heftigen Kurseinbrüchen an den Weltbörsen seit Ende 1987 herrschte bei den westdeutschen Konzernbossen die Furcht vor einer neuen weltweiten Rezession. Diese hätte die Bundesrepublik als «Exportweltmeis-

6 Ebd. 7 Zit. in: Ebd., S. 65. 8 Ebd. 9 Ebd., S. 52 f.

10 Zit. in: Hendrik Lasch, Die Klagen der «Sonderdeutschen», in: neues deutschland vom 6./7. April 2019, S. 20–21.

ter» besonders getroffen, es sei denn, es wäre gelungen, zusätzliche Märkte zu erschließen. Unbeschränkter Zugang zu neuen Märkten winkte nun mit Kohls Vereinigungspolitik, die die ostdeutsche Wirtschaft schutzlos der westdeutschen Konkurrenz ausliefern würde.

Die von Kohl angestrebte Währungsunion «so rasch wie möglich» fand daher volle Unterstützung der bundesdeutschen Wirtschaft – und auch maßgeblicher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. Als prominentestes Beispiel gilt der von Mitarbeitern des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs im Februar 1990 veröffentlichte Report mit dem bezeichnenden Titel «Soziale Marktwirtschaft – jetzt. Ein Konzept für die Systemtransformation in der DDR». In ihrer Studie sprachen sich die Wirtschaftswissenschaftler «für die möglichst rasche, schockartige Integration der Wirtschaften beider deutscher Staaten» aus. Die DDR könne, um zeitraubende legislative Arbeit zu vermeiden, «dann die Wirtschaftsgesetze der Bundesrepublik so weit wie irgend möglich einfach übernehmen.» Ein derartiger Schock werde sich für die ostdeutsche Wirtschaft als heilsam erweisen – anders als eine Monate oder gar Jahre andauernde Übergangsperiode, in der in Ostdeutschland Elemente von Plan- und Marktwirtschaft nebeneinander bestehen und sich gegenseitig behindern würden.¹¹ Fand sich unter den bundesdeutschen Wirtschaftsfachleuten niemand, der dieser Schocktherapie widersprach?

Es gab durchaus warnende Stimmen. Seit Ende 1989 waren auch in der Bundesrepublik Schriften verfasst und vorgestellt worden, in denen appelliert wurde, die besondere Dimension des Transformationsproblems, eine ganze Volkswirtschaft auf neue Grundlagen zu stellen, nicht zu unterschätzen. Dr. Günter Storch, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, stellte in seiner Denkschrift einleitend fest: «Mit der Umstrukturierung der sozialistischen DDR-Wirtschaft zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung würde theoretisch und praktisch Neuland betreten. Weder gibt es eine brauchbare Theorie des Übergangs von einem Wirtschaftssystem zum anderen noch existieren pragmatische Handlungsanweisungen». Der Finanzwissenschaftler lehnte eine «vollständ-

ge Liberalisierung der DDR-Wirtschaft in einem Schritt» ab. Die sei «vom Konzept her zwar bestechend, doch dürften mit einer schockartigen Anpassung beträchtliche Übergangsprobleme wie Arbeitslosigkeit [und] Unternehmenszusammenbrüche verbunden sein». Der Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung in der DDR, schlussfolgerte Storch, werde «deshalb nur schrittweise vorgenommen werden können, um soziale Härten möglichst gering zu halten.»¹² Vom DDR-Fernsehen interviewt, stellte ein anderer Gegner von Kohls radikaler Vereinigungspolitik, Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, klar: «Über Zeitpunkt und Umtauschsatz kann erst nach gründlicher Prüfung entschieden werden.»¹³

Doch diese öffentlich geäußerten Bedenken hielten den Bundeskanzler nicht auf. Nach dem für Kohl berauschenden Wahlergebnis vom 18. März 1990 hörte niemand mehr auf die Zweifler. Die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung de Maizière akzeptierte die «Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion» im Mai 1990. Am 1. Juli traten ihre Bestimmungen in Kraft. Maßgeblich überließen die Verantwortlichen der letzten DDR-Regierung die Transformation den Politikern und Wirtschaftsführern der Bundesrepublik. Selbst der Bundesbankpräsident machte wider besseres Wissen bei der Währungsunion mit. Ein gutes Jahr später trat er, verstört von deren wirtschaftlichen und sozialen Folgen in den neuen Bundesländern, von seinem Amt zurück. Kohl hatte mit seinen Vorstellungen von der raschen und radikalen Einführung der Marktwirtschaft in der DDR und der dabei der Treuhand als «Privatisierungsanstalt» zugedachten Rolle auf der ganzen Linie gesiegt.

11 Vgl. Dieter Lösch/Peter Plötz: Soziale Marktwirtschaft jetzt. Ein Konzept für die Systemtransformation in der DDR. HWWA-Report. Nr. 82, Februar 1990, S. 1–46. **12** Günter Storch (Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank): Ansätze für eine Wirtschaftsreform in der DDR und begleitende Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik, Frankfurt/Main, 1. Dezember 1989 (Vervielfältigtes Manuskript), S. 15. **13** Zit. in: Edgar Most: Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals. Gibt es einen dritten Weg? Berlin 2009, S. 162.

Die Treuhand in Funktion: Die Anstalt in den Händen der «Besserwessis»

Die Regierung de Maizière verwarf das Konzept eines behutsamen Übergangs in die Marktwirtschaft und einer Treuhand als Bewahrerin des Volksvermögens. Sie hielt sich an die Vorgaben aus Bonn, wo Finanzminister Waigel forderte, «jetzt eine schlagkräftige Beteiligungsverwaltung aufzubauen, die in der Lage ist, schnelle Privatisierungserfolge zu erzielen.» Für manche Beobachter überraschend, hielt die Bundesregierung an der Treuhand fest. «Der Treuhandanstalt», so Waigel, «kommt bei der Privatisierung des Industrie- und Grundvermögens eine zentrale Rolle zu.»¹⁴

Von der neu gebildeten DDR-Regierung verlangte das DDR-Parlament, die Volkskammer, mit dem «Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens» die von der Bundesregierung geforderte Neuausrichtung der Institution vorzunehmen. Damit waren die Vorstellungen von Eigentumsvielfalt und verschiedenen Formen des Gemeineigentums, die die Schöpfer der Treuhand vertraten und für die auch bundesdeutsche Fachleute plädiert hatten, endgültig passé.

Die Treuhandanstalt, nunmehr als reine «Privatisierungsdienststelle» konzipiert, nahm am 1. Juli 1990 ihre Arbeit auf. Geführt wurde sie von westdeutschen Spitzenmanagern. Der erste Präsident, der die Vorstellungen der Regierung Kohl, vor allem von Finanzminister Waigel, zu realisieren hatte, war von Juli bis August 1990 Rainer M. Gohlke. Auf ihn folgte bis zu seiner Ermordung im April 1991 Detlev Karsten Rohwedder. Ende März 1991 hielt er in einer Botschaft «an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Treuhandanstalt», später auch als «Rohwedders Testament» bezeichnet, die Bedingungen, Grundsätze und Ziele für die Tätigkeit der Treuhandanstalt fest: «Zentrale Aufgabe ist es, die Staatswirtschaft so schnell wie möglich zurückzudrängen. Privatisierung ist die wirksamste Sanierung.» Privatunternehmen könne jedoch nicht jeder der Treuhand übergebene VEB werden. Denn «es gibt in den neuen Bundesländern Betriebe, die keine Chance haben, Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen,» die deshalb geschlossen werden müssten.¹⁵ Rohwedders Nachfolgerin Birgit Breuel,

die bis zur Schließung der Treuhandanstalt im Dezember 1994 an deren Spitze stand, setzte dessen Privatisierungspolitik entschlossen fort. Der Ausbau der Treuhandanstalt schritt unter Rohwedder und Breuel rasch voran. Im Sommer 1991 verfügte die Behörde bereits über 2.300 Mitarbeiter. Als die Treuhandanstalt am 31. Dezember 1994 offiziell ihre Tore schloss, waren allein in ihrem Stammhaus, im Gebäudekomplex des ehemaligen Hauses der Ministerien der DDR in der Leipziger Straße, 3.000 Mitarbeiter beschäftigt. Gut zwei Drittel der Treuhandmitarbeiter kamen aus dem Osten. Die aus der DDR stammenden Kader, die unmittelbar nach der Gründung der Anstalt ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurden alsbald einer «Reinigung» unterzogen.¹⁶

Die Mitarbeiter aus dem Westen besetzten rasch die oberen Ränge in den Ressorts. Sie prägten entscheidend die Art und Weise, wie – mit welchem Ziel und in welchem Tempo – die Treuhandanstalt die Privatisierung betrieb. Bei der Verwirklichung ihrer Vorstellungen von Treuhandarbeit kam ihnen zugute, dass die Treuhandanstalt extrem zentralistisch organisiert war. Ihre Machtfülle, meinten Treuhandkritiker, ähnele der der Staatlichen Plankommission der DDR.¹⁷

Unverrückbares Ziel für die leitenden Treuhandmitarbeiter war die Herbeiführung von Eigentumsverhältnissen wie in der Bundesrepublik, von deren Systemüberlegenheit sie überzeugt waren. Die von Widerspenstigen – die andere Vorstellungen wie etwa von einem Eigentums-mix in Ostdeutschland gehegt hatten – gereinigte ostdeutsche Mitarbeiterschaft hielt sich an die Weisungen ihrer Westchefs, auch wenn sie jene hinter vorgehaltener Hand als «Besserwessis» kritisierten.

¹⁴ Zit. in: Rüdiger Liedtke: Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993, S. 26. ¹⁵ Ebd., S. 54 f. ¹⁶ Fritsch, Peter-Michael: Verraten und verramscht. Das erste Buch zur Treuhand, Berlin 2013, S. 45. Mehr zur Zusammensetzung und Entwicklung der Beschäftigten der Treuhandanstalt ist zu finden bei: Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018, S. 600–663. ¹⁷ Darunter der Absolvent der Hochschule für Ökonomie der DDR und freie Autor Michael Fritsch. Ebd. S. 49.

Den aus dem Westen gekommenen Treuhandangestellten ging es jedoch in der Regel um mehr als die Einführung von Marktwirtschaft und Privateigentum. Eine einflussreiche Gruppe verfolgte ganz spezifische Interessen: Einige der aus dem Westen kommenden neuen Treuhandmitarbeiter waren sogenannte Leihmanager, die befristet aus den oberen Etagen der westdeutschen Konzerne in die Treuhandanstalt versetzt worden waren. Sie sollten für die Firmen ausspähen, welche der ehemaligen VEB für ihren Konzern von Interesse sein könnten. War Interesse vorhanden, wurden diese Unternehmen aufgekauft und als Filialbetriebe in den Konzern eingegliedert. Hinsichtlich Unternehmenspolitik, Beschaffung und Abrechnung unterstanden die Betriebe von nun an dem Willen der Konzernzentrale. Nachdem der «Leihmanager» seine Schuldigkeit getan hatte, nach vollzogener Privatisierung zugunsten seines Auftraggebers oder nachdem er verhindert hatte, dass der Betrieb der Konkurrenz in die Hände fiel, verließ er in der Regel die Treuhandanstalt und kehrte in seinen Konzern zurück.

Ostdeutsche Interessen, wie zum Beispiel die Weiterführung der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit anderen Betrieben des ehemaligen Kombinats oder mit Kooperationspartnern in den Ländern Osteuropas, spielten dabei keine Rolle, ebenso wenig wie das Interesse der Belegschaften am Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Anders sah es aus, wenn Betriebe im sogenannten Management-Buy-Out¹⁸ an ostdeutsche Käufer gingen. Allerdings wurden nur sechs Prozent der ehemaligen Volkseigenen Betriebe an Bürger aus den neuen Bundesländern privatisiert. Generell wurden gewinnbringende oder Gewinne versprechende Betriebe zügig privatisiert, die übrigen fanden nur zögernd Käufer, viele überhaupt nicht.

Nicht nur «Jammerossi»: Die Auseinandersetzung der Ostdeutschen mit der Treuhand

Birgit Breuel äußerte sich im Herbst 1992 in einem Artikel in der «Zeit» über die Entwicklung in der ehemaligen DDR: «Die Menschen in Ostdeutschland sind einem Veränderungsprozess

ausgesetzt, der schier unglaublich ist.»¹⁹ Noch deutlichere Worte fand Regine Hildebrandt (SPD), Ministerin für Arbeit und Soziales der brandenburgischen Landesregierung, in einem Interview von 1993. Auf die Frage «Sind die Ostdeutschen die großen Verlierer der Einheit?» antwortete sie: «Wer denn sonst? Das steht völlig außer Zweifel. Viele sind in dem neuen System, in dem neuen Land, deutlich Menschen zweiter Klasse.»²⁰

Das wirft die Frage auf: Warum konnten die Ostdeutschen diese für sie so ungünstige Entwicklung nicht verhindern? Warum haben sie sich gegen die Treuhand, Instrument und Symbol ihrer unbefriedigenden sozialen Lage, gegen die demütigende Behandlung nicht gewehrt?

Von Sozialwissenschaftlern im Westen wurde zur Erklärung eine Hypothese verbreitet, «nach der die neuen Bundesbürger von der rasanten Transformation und von der Vereinigungskrise subjektiv überfordert würden».²¹ Bezugnehmend auf diese Argumentation, die im Westen rasch angenommen wurde, fand die Bezeichnung «Jammerossi» für das – wie man meinte typische – Verhalten von ehemaligen DDR-Bürgern Verbreitung. Aber genügt diese Erklärung?

Tatsächlich war denjenigen Ostdeutschen, die – wie es im DDR-Sprachgebrauch hieß – die «Kommandohöhen» in der Wirtschaft innehatten, die in den Industrieministerien und an den Spitzen der Industriekombinate tätig waren, schnell jeglicher Einfluss genommen worden. Die Privatisierer der Treuhandanstalt hatten bei ihnen sehr wohl mit Widerstand gerechnet und sie bereits entmachtet, bevor sich der Privatisierungsprozess mit all seinen Scheußlichkeiten breit entfaltete. Einmal entlassen, konnte die ostdeutsche Wirtschaftselite, auch wenn sie es gewollt hätte, nicht mehr mitentscheiden.

18 «Nach diesem Modell sollten die Geschäftsführer und Manager der Ost-Firmen ihre Unternehmen selbst erwerben, damit ein einheimischer Mittelstand entstehen konnte.» Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995, S. 145. **19** Zit. in: Liedtke, a.a.O. S. 209. **20** Ebd., S. 82f. **21** Gensicke, Thomas: Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 189.

Und die Belegschaften in den Betrieben, die Werkdirektoren, Betriebsratsvorsitzenden und Leiter der Betriebsgewerkschaftsleitungen bis hin zu den «einfachen Arbeitern»? Ließen sie alles widerstandslos mit sich geschehen? Wie reagierten sie auf die Vorgaben der Treuhandanstalt, in deren – zeitweises – Eigentum ihre Betriebe übergegangen waren?

Dazu wird in den einschlägigen Monographien zur Treuhandanstalt wenig Stellung genommen. Aber es gab den Widerstand, es gab Gegenwehr gegen die «allmächtige Treuhand». Wieder und wieder reisten Arbeiter und Angestellte aus den von massenhaftem Stellenabbau und von Schließung bedrohten Betrieben nach Berlin und protestierten in der Leipziger Straße lauthals gegen das Treuhandregime. Dieser Widerstand darf nicht dem Vergessen anheimfallen. Er war keineswegs unbedeutend.

Für die Jahre 1990 bis 1993 wurden von Sozialwissenschaftlern (in Auswertung von Tages- und Wochenzeitungen) für die neuen Bundesländer 1.032 Protestaktionen ermittelt. Unter «Einhaltung der öffentlichen Ordnung» verliefen 38 Prozent von ihnen, mit Personen- oder Sachschäden verbunden waren 13 Prozent. Wie beträchtlich die Intensität der Protestaktionen in Ostdeutschland, gemessen an der Anzahl der Protestaktionen in Bezug auf die Einwohnerzahl, war, zeigt ein internationaler, von Sozialwissenschaftlern vorgenommener Vergleich dieser Proteste mit denen in einigen osteuropäischen Ländern. Deren Intensität war in den neuen Bundesländern fast anderthalb Mal so hoch wie in der Slowakei und fast doppelt so hoch wie in Polen. Die Proteste in den neuen Bundesländern waren häufiger, verletzten eher die öffentliche Ordnung, und es kam öfter zu gewaltsamen Übergriffen als in Polen, der Slowakei und Ungarn.²²

In den neuen Bundesländern erreichte die Protestaktion der Kumpel der Kaligrube Bischofferode den größten Bekanntheitsgrad. Beispielhaft ist sie vor allem, weil das Schicksal dieses Betriebes sowohl hinsichtlich der wahren Absichten hinter der Treuhandprivatisierung als auch der demütigenden Behandlung der Betriebsbelegschaft charakteristisch ist. Die Lage, in die die Kalikumpel durch die Treuhandanstalt gebracht wurden und gegen die sie protestierten, war ty-

pisch und traf auf Tausende von Treuhandbetrieben zu.

Als in Thüringen die ersten Betriebe pleitgingen, waren die Mitarbeiter des Kaliwerks Bischofferode noch nicht sonderlich beunruhigt.²³ Ihr Unternehmen, wie die anderen Thüringer Betriebe, die Kali förderten, hätte, so glaubten sie, gute Aussichten, auch unter den Konkurrenzbedingungen auf dem deutschen Markt und den internationalen Kalimärkten zu bestehen. Fachleute stimmten ihnen zu und begründeten ihre Einschätzung vor allem mit der Exportfähigkeit der Betriebe des Kalibergbaus. Ein Großteil des in der DDR erzeugten Kalisalzes – das vier Fünfteln der westdeutschen Kaliförderung entsprach und von der geologischen Qualität her mindestens so gut wie das westdeutsche war – wurde traditionell seitens der DDR exportiert, in großem Umfang auch nach Westeuropa. In der DDR, wo man in den Achtzigerjahren stark verschuldet gegenüber dem Westen war, schätzte die Wirtschaftszentrale die Kalibetriebe als Devisenbringer und investierte in sie.

Es erwies sich jedoch, dass auch die gegenüber manch anderem Zweig der DDR-Industrie besser ausgerüsteten Betriebe des Kalibergbaus von der Entlassungswelle, die seit der Wirtschafts- und Währungsunion durch die neuen Bundesländer lief und bis Dezember 1990 zu einer Arbeitslosenzahl von 642.000 führte, nicht verschont blieben. Das hatte folgenden Grund: Mit der Wirtschafts- und Währungsunion vom Juli 1990 kam für die hessische Kali & Salz AG, die in den Achtzigerjahren in die Verlustzone abgerutscht war und seit einigen Jahren keine Dividende mehr auszahlen konnte, auf dem Kalimarkt erstmals

22 Vgl. Maté Szabo: Some Lessons of Collective Protests in Central European Post-Communist Countries. Publikationsreihe des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien (FIT) Nr. 8/2000, S. 1–17. **23** Zur Entwicklung des Kaliwerkes und zum Kampf der Kaliwerker von Bischofferode um den Erhalt ihres Betriebes vgl. Gerhard Jüttemann: Allgemeines und Privates vom Kampf in Bischofferode, in: Ulla Plener (Hrsg.): Die Treuhand – der Widerstand in den Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994), S. 85–95; Jörg Roesler: Konkurrenz ausgeschaltet, in: junge Welt vom 2. Juli 2018, S. 12–13.

ungefiltert die ostdeutsche Konkurrenz hinzu. Da lag es nahe, diese unliebsame Konkurrenz mit Hilfe von Gewährsmännern in der Treuhandanstalt auszuschalten. In den ersten drei Jahren nach der «Wende» kam es so auch in Bischofferode zu schmerzlichen Entlassungen. Von ursprünglich 1.600 Beschäftigten waren 1993 noch 690 übrig.²⁴ Die Verhandlungen der Treuhandanstalt mit der Kali & Salz AG, die mehrheitlich zum BASF-Konzern gehörte, führten Ende April 1993 zu einem Fusionsvertrag. Von der damit geschaffenen Mitteldeutschen Kali- und Salz AG (MDK) gehörten der BASF 51 Prozent der Aktien, der Treuhandanstalt 49 Prozent, das heißt die BASF konnte bestimmen, was weiter mit den thüringischen Bergwerken geschah. Die Treuhandanstalt wollte Bischofferode je nach Marktlage schließen.

Für den Betriebsrat war damit klar: «Es sollte eine Fusion stattfinden, bei der vom Osten fast nichts bleibt. Die lästige Konkurrenz aus dem Osten sollte eliminiert und außerdem sollten neue Märkte für den Westen gewonnen werden.»²⁵ Bereits für den Heiligabend 1992 organisierte der Betriebsrat im Eichsfeld die erste Großdemonstration gegen die Schließung des Schachtes. Um die Aufmerksamkeit für ihren Fall in ganz Thüringen und darüber hinaus zu gewinnen, wurden Demonstrationen vor dem Landtag in Erfurt, vor dem Bundestag in Bonn und vor der Treuhandanstalt in Berlin organisiert. In ganz Deutschland bekannt wurden die Bischofferöder Kumpel jedoch erst, als zwölf von ihnen am 1. Juli 1993 unter Tage in den Hungerstreik traten, um die Schließung ihres Schachtes zu verhindern. Die Bischofferöder erfuhren Zustimmung und Solidarität von den Belegschaften anderer ostdeutscher Betriebe, die in die gleiche oder eine ähnlich prekäre Lage

geraten waren. Sie erkannten: «Bischofferode ist überall!» Aus den betrieblichen Protesten eine ganz Ostdeutschland umfassende Protestbewegung zu machen, blieb allerdings ein Wunschtraum, da ostdeutsche Führungskräfte aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften bereits fast vollständig entlassen worden waren.

Ungeachtet des sich in den Bischofferöder und anderen Protestaktionen widerspiegelnden bedeutenden Widerstands blieben Treuhandanstalt und BASF hartnäckig beim Schließungsbeschluss für Bischofferode. Ein Nachgeben hätte das ganze Treuhandsystem in Frage gestellt, einschließlich der direkten Einwirkungsmöglichkeit der bundesdeutschen Konzerne auf die ostdeutsche Wirtschaft über die Privatisierungsinstitution.

Der Treuhand unterstanden im Dezember 1990 fast 9.000 ehemals Volkseigene Betriebe. Bis Ende 1994 wurden 53 Prozent dieser Betriebe an Privateigentümer verkauft, weitere 15 Prozent reprivatisiert bzw. kommunalisiert. Die Übrigen befanden sich am Ende der Treuhandtätigkeit «in Liquidation». Die Masse der Betriebe, für die man keine Käufer fand, wurde erst von der «Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sondervorhaben» (BvS), die 1995 Nachfolgerin der Treuhandanstalt wurde, endgültig stillgelegt. Das Firmensterben der verschmähten ehemaligen VEB hatte enorme Auswirkungen auf die Beschäftigung in den neuen Bundesländern. Aber auch in den aufgekauften Treuhandbetrieben wurde die Beschäftigtenzahl rücksichtslos reduziert. Die Anzahl der Arbeitsplätze in den der Treuhandanstalt zugeordneten ostdeutschen Unternehmen betrug 1990 4,1 Millionen. 1995 belief sich die Zahl der Beschäftigten in den privatisierten Industriebetrieben auf kaum mehr als eine Million.

24 Jüttemann, a.a.O., S. 85. 25 Ebd., S. 87.

Prof. Dr. Christa Luft, Jahrgang 1938, ist Ökonomin. Sie war in der Modrow-Regierung 1989/90 als Wirtschaftsministerin verantwortlich für die Konzipierung einer Wirtschaftsreform. In der frei gewählten Volkskammer saß sie dem Haushaltsausschuss vor. Von 1994 bis 2002 war sie direkt gewählte Abgeordnete für die PDS im Deutschen Bundestag. Christa Luft ist Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und freie Publizistin.

Die Treuhand – die größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten

Christa Luft

Lohnt es, nach nunmehr 30 Jahren über die Treuhand zu reden? Ich sage: «Ja, es lohnt sich!»

Denn sobald das Stichwort Treuhand fällt, schlagen bei den meisten Ostdeutschen die Emotionen hoch. Viele verbinden mit ihr nicht nur die totale Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft, sondern auch ihre Zersplitterung und Verscherbelung, millionenfache Arbeitsplatzverluste und eine Marktumverteilung zugunsten des Westens. Die Folgen sind 30 Jahren später noch spürbar und zum Teil irreparabel.

Legenden ranken sich um diese Zeit, in der viel Unabgeholtenes steckt. Ich war wohl die Erste, die ein Buch über die Treuhandanstalt verfasste: «Treuhandreport. Werden, Wachsen und Vergehen einer deutschen Behörde» erschien 1992. Elmar Faber, der Chef des Aufbau Verlags, hatte mich animiert, diesen Zeitzeugenbericht zu schreiben. Er enthält zahlreiche Quellen. Mein zweites Buch, «Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand»,

erschien vier Jahre später beim Orell Füssli Verlag in Zürich. Der Titel ist eine Parodie: In den Jahren nach dem Ende der DDR machte sich Eigentums-Wollust breit – und nicht die vergleichsweise harmlose Lust, von der Aristoteles einst gesprochen hatte.

Sachkundige oder gar Böswillige halten den Bürgern entgegen, die Treuhand sei ein Geschöpf der SED-geführten Modrow-Regierung gewesen. Sie sollen glauben, diese habe den Weg für den Ausverkauf des DDR-Volkvermögens gebahnt. In diese Kerbe schlägt auch das 2016 erschienene Buch «Wer verkaufte die DDR? Wie leitende Genossen den Boden für die Wende bereiteten» von Klaus Blessing, in dem ich zusammen mit Günter Mittag²⁶ und einigen anderen als Verkäuferin der DDR

26 Von 1979 bis 1989 Sekretär des Zentralkomitees der SED für Wirtschaft von 1976 bis 1989 und Mitglied des Staatsrates der DDR (A.d.R.).

rangiere. Der Autor zitiert einen namentlich nicht genannten Journalisten, der das Ehepaar Honecker 1990 während ihres Kirchen-Asyls in Lobetal interviewte. «Solche Gestalten wie Michael Brie und Dieter Klein von der Humboldt Universität und Christa Luft von der HfÖ [Hochschule für Ökonomie] hatten die Treuhand ja schon lange vorgedacht», so Margot Honecker.²⁷

Mit wachsendem Zeitabstand verblasst das Wissen darum, dass es die «Treuhand» 1990 in zwei grundverschiedenen Ausrichtungen gab: zum einen die am 1. März 1990 auf Beschluss der Modrow-Regierung gegründete, mit dem Auftrag, das Volkseigentum der DDR im Interesse ihrer Bürger zu bewahren; zum anderen die von der Regierung de Maizière zu verantwortende und von der frei gewählten Volkskammer als Gesetz beschlossene. In dieser ab 1. Juli 1990 wirksamen Treuhandanstalt führten bereits Westdeutsche das Zepter. Sie war das Pendant zur Währungsunion und zielte auf rasche Privatisierung des Volksvermögens.

Für mich steht diese zweite Treuhand für die größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten. Was in Ostdeutschland über Jahrzehnte unter schwierigen äußeren und inneren Bedingungen, unter Angriffen und Entbehnungen aufgebaut worden war, machte diese Behörde innerhalb von vier Jahren platt. Aus ihrem Tun sprach unverhüllt die Arroganz der Macht.

Als die Modrow-Regierung am 17. November 1989 die Amtsgeschäfte übernahm, bestand eine ihrer vordringlichsten Aufgaben darin, ein Wirtschaftsreformkonzept zu entwickeln. Die Wirtschaft der DDR litt unter Problemen, die lange bekannt, bis dato aber nicht angegangen worden waren. Nicht die Planung war das Problem gewesen, sondern deren zentralistische Umsetzung mit Hunderten von Kennziffern, Bilanzanteilen, Koeffizienten, welche am Ende die Initiative lähmten. Hinzu kamen die mangelnde Eigenverantwortung der Kombinate sowie ein starres Preissystem, das eher die Verschwendung förderte als die Effizienz. Das Leistungsprinzip galt nur auf dem Papier. Die Wirtschaft der DDR krankte bis zuletzt daran, dass 1972 unter Günter Mittag die noch existierenden privaten und halbstaatlichen kleinen und mittleren Betriebe enteignet und in die großen Kombinate

eingebunden worden waren. Allein diese Maßnahme kostete die DDR viel an Produktivität, Motivation und Innovationsbegeisterung.

Vor diesem Hintergrund nahm die Regierung Modrow ihre Arbeit auf. Nach intensiver Diskussion mit über 150 Vertretern aus Wirtschaftspraxis und Wissenschaft sowie mit Vertretern der Bürgerbewegung entwarfen wir ein Reformkonzept. Unser Ziel: eine soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft unter Beibehaltung von Staatseigentum in den Schlüsselbereichen, bei Förderung genossenschaftlichen, kommunalen und auch privaten Eigentums. So konnten die 1972 enteigneten Betriebe an die vormaligen Eigentümer zurückgegeben werden, wenn diese oder ihre Erben es wollten. Die Gewerbefreiheit wurde vorbereitet und ein Joint-Venture-Gesetz von der Volkskammer beschlossen. Zu Letzterem hatte es zuvor emotionale Debatten am Runden Tisch gegeben. Reinhard Schult vom Neuen Forum bezichtigte mich wegen der eingeräumten Möglichkeit einer limitierten Kapitalbeteiligung westlicher Unternehmen an ostdeutschen Betrieben des Verrates.

Zu unseren Vorhaben gehörte auch, aus den Kombinatene jene Bereiche herauszulösen, die nicht zum Kerngeschäft gehörten. Eine Privatisierung der großen Unternehmen der Industrie, des Bau- und Transportwesens war nicht vorgesehen. Daher stand auch die Bildung einer Treuhand zunächst nicht zur Debatte. Eine solche wird installiert, wenn staatliches Eigentum von Dritten verwaltet werden soll. Das war nicht unser Ziel.

Im Dezember 1989 beriefen wir eine Generaldirektoren-Konferenz ein, auf der es hoch herging. Den Chefs der Kombinate ging manches, was wir vorhatten, nicht schnell genug. Das war nach einer langen Phase der Agonie, die sie unter der Stoph-Regierung²⁸ durchlebt hatten, sehr verständlich. Die Generaldirektoren brachten ihre Kritik, Forderungen und Vorschläge in unser Reformkonzept ein, wissend, dass manches Zeit

27 Von 1963 bis 1989 Ministerin für Volksbildung der DDR (A.d.R.). **28** Willi Stoph, langjähriger Vorsitzender des Staatsrates, leitete die Regierungsgeschäfte der DDR in der Zeit zwischen dem Rücktritt Erich Honeckers und der Neubildung der Regierung unter Hans Modrow (A.d.R.).

zur Umsetzung brauchte. Am Runden Tisch wurde es Ende Januar 1990 lebhaft diskutiert, am Ende aber akzeptiert, genau wie von der Volkskammer.

Die angedachten und zum Teil bereits in Umsetzung befindlichen Reformpläne der Modrow-Regierung wurden jedoch plötzlich obsolet. Zum einen hatte der Ministerpräsident mit dem Runden Tisch die Übereinkunft getroffen, im Interesse der politischen Stabilität der DDR die Volkskammerwahlen vom 5. Mai auf den 18. März 1990 vorzuziehen. Dass danach die politische Konstellation der DDR anders aussehen würde, war abzusehen. Die «Allianz für Deutschland», angeführt von der Ost-CDU, warb vehement für die rasche Vereinigung mit der BRD. Zum anderen wurden die Vorhaben der Modrow-Regierung durchkreuzt, als Bundeskanzler Kohl Anfang Februar 1990 ankündigte, zeitnah die Mark der DDR durch die D-Mark abzulösen. Sein Argument: Anders ließe sich nach geöffneter Grenze die Abwanderung von DDR-Bürgern nicht stoppen, und das westdeutsche Boot sei schon voll.

Die Mehrheit der Bevölkerung der DDR war von der Aussicht begeistert. Daran, dass bald die deutsche Einheit hergestellt werden würde, ließ auch der Ablauf des offiziellen Besuchs der DDR-Regierung bei der Bundesregierung am 13. und 14. Februar 1990 in Bonn keinen Zweifel. Überschattet war er von dem dort inzwischen bekannten sogenannten Schürer-Papier – der «Analyse der ökonomischen Lage der DDR» vom 30. Oktober 1989. Gerhard Schürer²⁹ und Alexander Schalck-Golodkowski³⁰ hatten darin die unmittelbar bevorstehende Zahlungsunfähigkeit der DDR beschworen. Vieles wurde später korrigiert. Damals in Bonn aber hieß es: «Die DDR ist am Ende!»

Der Westseite ging es nicht mehr um ein schrittweises Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten über eine Vertragsgemeinschaft und eine Konföderation. Nur ob es ein Anschluss oder ein Beitritt der DDR zur BRD sein sollte, darüber waren die Würfel noch nicht gefallen. Vor diesem Hintergrund erhielt das Eigentumsproblem für uns einen völlig neuen Rang. Weder das Bürgerliche Gesetzbuch noch das Handelsgesetzbuch kennen den Titel «Volkseigentum»,

und das Grundgesetz der BRD stellt zwar de jure Gemeineigentum unter Schutz, nicht aber ein Konstrukt wie das DDR-Volkseigentum. Die Frage lautete also: Was machen wir mit den volkseigenen Kombinat, die sich in Kürze auf dem Westmarkt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen behaupten müssen?

Bürgerrechtler, allen voran der von mir sehr geschätzte Wolfgang Ullmann von «Demokratie Jetzt», forderten im Februar 1990 am Runden Tisch die kostenlose Übertragung des Volkseigentums an die Bevölkerung mittels Anteilscheinen. Theoretisch war das eine Möglichkeit, praktisch gab es dazu, angesichts des Zeit- und des politischen Drucks, keine Chance. So kam es am 1. März 1990 per Beschluss der Modrow-Regierung zur Gründung einer Treuhandanstalt zur «Bewahrung des Volkseigentums im Interesse der Allgemeinheit». Sie übernahm die Treuhandenschaft über das Volkseigentum, das sich in Fondsinhaberschaft von Betrieben, Kombinat und Einrichtungen befand. Das war eine Sturzgeburt.

Es musste darum gehen, das Volksvermögen zusammenzuhalten, auch spontanen Aktionen einen Riegel vorzuschieben. Bärbel Bohley vom «Neuen Forum» war im Februar 1990 bei mir und berichtete über Beobachtungen von Bürgerrechtlern. Danach soll es zwischen Westmanagern und Ost-Wirtschaftschefs, die sich über langjährige Geschäftskontakte kannten, Absprachen gegeben haben für «die Zeit danach».

Nach der Gründung der Treuhandanstalt erfolgte mit einer Verordnung vom 15. März 1990 die Entflechtung der Kombinate und VEB und deren Umwandlung in Aktiengesellschaften oder GmbHs. Das entsprach einer formalen Privatisierung mit dem Ziel, dass sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen agieren und sich am Kapitalmarkt mit Geld versorgen konnten.

29 Von 1965 bis 1989 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, dem zentralen Organ der Planung der Wirtschaft in der DDR (A.d.R.). **30** Von 1966 bis 1989 Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (Koko), der wirtschaftliche Aktivitäten koordinierte und unter anderem Handelsgeschäfte mit dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) abwickelte (A.d.R.).

Am 18. März folgte die Volkskammerwahl, welche die «Allianz für Deutschland» gewann. Sie strebte die schnelle staatliche Einheit an, und die Regierung de Maizière begann mit Hilfe Bonner Finanzbeamter, die vorgefundene Treuhand in eine Agentur zur raschen Privatisierung des Volkseigentums umzufunktionieren. Dieser Crashkurs stieß selbst bei namhaften westdeutschen Ökonomen auf Skepsis und Kritik. Doch die Einführung der D-Mark in Ostdeutschland, also die Währungsunion, und die rasche Privatisierung waren für die Bundesregierung ohne Alternative. Bundesfinanzminister Theo Waigel ließ daran keinen Zweifel, als die Ausschüsse «Deutsche Einheit» der Volkskammer und des Bundestages im Mai 1990 in Bonn zusammenkamen.

Die Privatisierungsagentur nahm am 1. Juli 1990 zeitgleich mit der Einführung der D-Mark ihre Arbeit auf. Ihr erster Präsident war Rainer-Maria Gohlke, ein früherer Bahnmanager. Unterstellt wurde die Treuhand dem Finanz-, nicht dem Wirtschaftsministerium. Das schloss strukturelles Engagement aus, etwa die Modernisierung zukunftsfähiger Unternehmen, den Erhalt von Absatzmärkten für ostdeutsche Unternehmen, die Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit.

Gohlke warf nach 33 Tagen wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Bundesregierung das Handtuch. In einem späteren Treuhanduntersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages antwortete er auf die Frage des Abgeordneten Otto Schily, was aus der BRD-Wirtschaft geworden wäre, hätte man die D-Mark über Nacht um 400 Prozent aufgewertet, wie das nach der Währungsunion mit der Währung der DDR passierte: Dann wäre sie in die Knie gegangen. Über eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität lassen sich Absatzzrückgänge von vier bis fünf Prozent auffangen, aber nicht 400 Prozent. Das hatten namhafte Ökonomen der Bundesrepublik im Vorfeld betont. Doch diese Zeit war keine der Ökonomen. Sie gehörte den Politikern, und die verfolgten ihre Ziele rigoros.

Gohlkes Nachfolger wurde Detlev Karsten Rohwedder. Er kam vom Hoesch-Konzern und galt als ausgewiesener Sanierer. Ich lernte ihn persönlich kennen. Rohwedder vertrat eine modera-

te Position, was das Tempo der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft betraf, und stützte sich dabei auch auf die Ausführungen des früheren Wirtschaftsministers Karl Schiller: «Die beiden deutschen Staaten können sich vereinigen, ohne dass von der einen Seite erwartet wird, alles zu privatisieren», schrieb uns dieser im Januar 1990 nach einem Besuch. «Man kann das über Zeiten strecken. Natürlich müssen sich die ostdeutschen Unternehmen im Wettbewerb bewähren können.» Rohwedder übersetzte das in: «Erst sanieren, dann privatisieren!»

Bei einem Vortrag in Wien im Januar 1991 schätzte er den Marktwert des unter seinen Fittichen befindlichen «Salats», wie er etwas despektierlich sagte, auf etwa 600 Milliarden D-Mark. Ihm schwebte eine behutsame Privatisierung vor, die durchaus etliche Jahre hätte dauern könne. In Gesprächen mit Walter Romberg (SPD), Finanzminister in der Regierung de Maizière, schloss er einen Zehnjahreszeitraum für systemrelevante Unternehmen nicht aus. Die Bundesregierung aber sah das anders.

Am 21. Januar 1991 hielt der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und spätere Bundespräsident Horst Köhler auf einer Sitzung des Treuhandpräsidialausschusses in Köln einen Vortrag. Vor versammelter Mannschaft verlautbarte er: «In der ostdeutschen Wirtschaft muss auch mal gestorben werden. Da muss auch mal Blut fließen.» Er nannte die Treuhand «eine politische Veranstaltung». Diese Diktion, so wird von anderen Teilnehmern berichtet, ließ Rohwedder sehr nachdenklich zurück.

Am 1. April 1991 wurde Detlev Rohwedder ermordet, sein Tod ist bis heute nicht aufgeklärt. Ihm folgte die in Niedersachsen als CDU-Finanzministerin abgewählte Birgit Breuel an die Treuhand-Spitze. Ihr Motto lautete: «Erst privatisieren, dann sanieren.» Sie gab westdeutschen Interessenten, darunter Glücksritter und Spekulanten, oft ohne Vorlage von Referenzen und versüßt mit Fördergeldern, den Vortritt beim Zugriff auf Vermögenswerte. Am 31. Dezember 1994, dem Ende ihrer Amtszeit, befanden sich davon gemessen an der Beschäftigtenzahl und der Höhe der Investitionszusagen fünf Prozent in ostdeutschen, zehn Prozent in ausländischen und 85 Prozent in Händen westdeutscher «In-

vestoren».³¹ Letztere entledigten sich billig ihrer ostdeutschen Konkurrenz und übernahmen deren Märkte sowie Spezialisten. Statt zunächst erwarteter Privatisierungserlöse hinterließ die Agentur 230 Milliarden D-Mark Schulden. Zur Hinterlassenschaft gehörten auch über zwei Millionen offiziell Arbeitslose und eine deindustrialisierte, kleinteilige Wirtschaftsstruktur.

Zu Birgit Breuels Zeit war auch ich oft im Treuhand-Haus am Alexanderplatz. Ich sah all die schwarzgewandeten, vorwiegend jüngeren Männer mit ihren Goldketten und den großen Koffern auf den Gängen sitzen. Keiner von ihnen musste nachweisen, dass er schon einmal erfolgreich eine Firma geführt hatte. Entscheidend für einen Zuschlag war allein die richtige Postleitzahl aus den alten Bundesländern.

Als besonders verheerend erwies sich die Privatisierung des ehemaligen VEB Wärmeanlagenbau in Berlin. Über ein Schweizer Unternehmen, das lediglich acht Beschäftigte hatte, erwarb ein gewisser Michael Rottmann den Betrieb mit seinen über 1.000 Beschäftigten. Zielgerichtet schlachtete er den VEB aus. Nachdem er alles verscherbelt hatte, tauchte er unter. Viele Jahre später wurde er festgenommen, doch da hatte er all das Geld längst ins Trockene gebracht. Genau so lief es in unzähligen anderen Fällen. Wenn gleich es auch eine Reihe ernst zu nehmender Investoren gab, die den erworbenen Betrieb mit

Herzblut weiterführten – letztlich gab es viele, die lediglich ihr eigenes Glück im Auge hatten.

Die Märkte der ehemaligen DDR-Betriebe seien zusammengebrochen, heißt es vielerorts. Gegen diese These wehre ich mich bis heute. Statistisch nachweisbar ist: Die Marktanteile der DDR-Betriebe wechselten in die Hände westdeutscher Unternehmer. Sie nahmen die erschlossenen Märkte freilich mit Kuschhand, die Betriebe selbst mit ihren Mitarbeitern standen zumeist außerhalb ihres Interesses. In eine Marktwirtschaft ohne Markt gestoßen zu werden, ist bestenfalls ein schlechter Witz.

Ihren Hauptauftrag, «die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und Arbeitsplätze zu sichern», nahm die Treuhandanstalt vermutlich nicht einmal zu Kenntnis. Sie erfüllte ihn in keiner Weise und duldete stattdessen massenhaft Subventionsbetrug und andere kriminelle Machenschaften.

Bei alledem dürfen wir nicht vergessen: Das alles geschah unter den Augen und mit dem Wissen der Bundesregierung. Auch sie darf man nicht aus der Verantwortung entlassen, denn sie hat den Managern der Treuhand Haftungsfreistellung zugesagt. Die Bundesregierung ist verantwortlich für die Altschuldenregelung, die Investitionsbremse «Rückgabe vor Entschädigung» und vieles mehr. Gab es Alternativen? Ich sage klar und deutlich: «Ja, es gab sie!»

31 Ähnliche Zahlen nennt Karl Döring in seinem Buch «EKO – Stahl für die DDR, Stahl für die Welt», Berlin 2015, S. 235. «87 Prozent des Vermögens [...] landete bei Altbundesbürgern, sieben Prozent bei ausländischen Investoren und nur sechs Prozent bei ehemaligen DDR-Bewohnern.»

Dr. Hans Modrow, Jahrgang 1928, ist Gesellschaftswissenschaftler. Er war Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED in Dresden. Während der politischen Wende war er vom 13. November 1989 bis zum 12. April 1990 Vorsitzender des Ministerrates der DDR. Später war er Abgeordneter im Bundestag und im Europaparlament. Er war Ehrenvorsitzender der PDS und ist heute Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE.

Wir dürfen uns nicht länger beugen!

Hans Modrow

Oft wird so getan, als sei die DDR eine Insel irgendwo mitten in Europa gewesen. Aber wir waren keine Insel, ganz besonders nicht in der Wirtschaft. Von Beginn an spielte die Sowjetunion eine entscheidende Rolle bei den wirtschaftlichen Entscheidungen. So wurden die Weichen in Richtung der Eigentumsverhältnisse bereits vor Gründung der DDR gestellt. Die Bodenreform 1945, sprich die Enteignung der Großgrundbesitzer, oblag noch der sowjetischen Militäradministration. Mit solchen Entscheidungen hatten wir in der DDR umzugehen.

Am 4. Dezember 1989 traf ich mich dank der Vermittlung meines Freundes Valentin Falin in Moskau erstmals mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. Unser Treffen fand am Rande der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes statt. Während der Tagung war mir klar geworden, dass Gorbatschow das militärische Bündnis der sozialistischen Staaten nicht länger tragen würde, es würde auseinanderfallen. Welche Unterstützung hätte dann die DDR noch zu erwarten?

Drei Tage später tagte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der

Sowjetunion. Gorbatschow erklärte dort, womöglich unter dem Eindruck unseres Gesprächs: «Die DDR ist der wichtigste Verbündete, den wir haben.» Doch die Ereignisse in unseren Ländern überschlugen sich. Bereits vor unserem zweiten Treffen am 30. Januar 1990 in Moskau stellte Gorbatschow die deutsche Einheit nicht mehr in Frage.

Angesichts des nahenden Zusammenschlusses der DDR mit der BRD wollten wir verhindern, dass die ostdeutsche Wirtschaft zusammenbricht. Zuerst stellten wir den Grundsatz auf: Alles, was die sowjetische Militäradministration von 1945 bis 1949 tat, war, ist und bleibt rechtens. Dafür stehe ich bis heute! Dies betraf insbesondere die Bodenreform. Denn wäre sie infrage gestellt worden, hätte dies weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen können. Die Rückübertragung sämtlichen Eigentums hätte im Raum gestanden – nicht nur auf ostdeutschem Boden. Nach der Bodenreform wurde Land an Menschen verteilt, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten geflüchtet waren. Würde ihnen ihr Land in Ostdeutschland nun genommen werden, hätten sie womöglich Anspruch auf ihr ehemaliges Eigentum in Polen oder der Tschechoslowakei gestellt.

Gorbatschow sagte später: «Die Bodenreform spielte auf der Ebene, die ich zu verantworten hatte, nie eine Rolle.» Natürlich spielte sie keine Rolle für den Mann, der sich 1997 von den Erben der Großgrundbesitzer 30.000 Mark für einen Vortrag geben ließ, in dem er verkündete, diese Bodenreform sei etwas Falsches gewesen! Nun sollte der Zwei-plus-Vier-Vertrag – das Abkommen der beiden deutschen Staaten mit Frankreich, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion vom September 1990 –, mit dem die Bodenreform bestätigt worden war, nicht mehr gültig sein.

Unsere zweite Maßnahme, um den Zusammenbruch unserer Wirtschaft zu verhindern, bestand im Beschluss zur Gründung der «Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums». Noch im Jahre 1990, wenige Monate nach der Gründung unserer Treuhand, folgten das Ende der DDR und die Zerstörung ihrer Industrie im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Was stand wohl hinter Kohls Gedanken von den «blühenden Landschaften», die da schon bald kommen sollten?

«Der Markt wird alles richten», hieß es allenthalben. Der damalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Horst Köhler, formulierte es klar und sein Finanzminister Theo Waigel blies in das gleiche Horn: Die Treuhand ist ein politischer Vorgang. Dieser «politische Vorgang» hieß im Klartext: «Privatisierung ist die beste Sanierung.» Die Kasse, auf die unser Volkseigentum überschrieben wurde, war jedoch nicht die des Staatshaushalts des vereinigten Deutschlands. 85 Prozent des Volkseigentums der DDR gingen in das Eigentum westdeutscher Unternehmer über. Und plötzlich sollten große Teile dieses Eigentums – die Betriebe, Fabriken, Maschinen, die Immobilien und Produktionsmittel – nichts mehr wert sein! War das wirklich nur Gelumpe, was die neuen Besitzer da übernahmen? Oder erfolgte hier im großen Maßstab ein Ausverkauf, ja ein Verschieben von Eigentum?

Die Liquidatoren – Konkursanwälte, die eingesetzt wurden, um die Betriebe «flüssig» zu machen – leisteten ganze Arbeit bei der «Abwicklung» des Volksvermögens der DDR. Wie viele Milliarden schluckten sie dabei wohl? Das legt bis heute keiner auf den Tisch.

Manches Großunternehmen wurde für eine symbolische D-Mark verscheuert. Für diese eine Mark übernahm der neue Besitzer das Betriebsgelände sowie das gesamte Guthaben des Unternehmens, das sich aus den Immobilien, den Maschinen, der Ausstattung zusammensetzte. So mancher kassierte auf einen Schlag Werte in Höhe von einigen Millionen D-Mark. Das war die Tätigkeit der Treuhand!

Ich sage es grob und deutlich: Was hinter dieser Tätigkeit steckte, bei der Milliardenwerte den Besitzer wechselten, ist bis heute nicht aufgedeckt! Als Klaus von Dohnanyi von 1990 bis 1994 als Beauftragter der Treuhandanstalt für die Privatisierung ostdeutscher Betriebe unter anderem das Kombinat TAKRAF³² auseinandernahm, floss viel davon bis nach Hamburg. Wer redet heute darüber?

Oft ist von alten DDR-Seilschaften die Rede. Von den Verstrickungen der Treuhandverantwortlichen hört man nichts. Ich gehöre zu denen, die politische Verantwortung trugen. Bis heute stehe ich in aller Deutlichkeit zu dieser Verantwortung – anders als diejenigen, die mit gut Kassiertem an der Elbe oder anderswo in ihren Villen sitzen. Das ist der Unterschied!

Ich halte das Erzählen über die Treuhand für nötig und richtig. Nur so wird festgehalten, was von der Wirtschaft der DDR übrigblieb und was aus den aussortierten Arbeiterinnen und Arbeitern der DDR-Kombinate wurde, aus der Stahl- und Braunkohleindustrie, aus dem Maschinen- und Schiffbau, der Konsumgüterproduktion, den Forschungseinrichtungen, aus all den Betrieben, die im Strudel untergingen.

Als noch wichtiger erachte ich jedoch, dass dieser Teil unserer deutschen Geschichte nicht länger so weitergeschrieben wird wie bisher. Es steht im Raum, das Handeln der Akteure der Treuhand endlich genauer zu prüfen. An dieser Stelle dürfen sich die Ostdeutschen nicht länger beugen und kleinmachen. Eine tiefe Analyse ist dringend nötig, um diese Vergangenheit politisch und juristisch aufzuarbeiten. Hinzu kommt der unüberhörbare Ruf nach Gerechtigkeit. Für sie gilt es zu kämpfen!

32 Tagebau-Ausrüstungen, Krane und Förderanlagen (A.d.R.).

**Plötzlich waren wir
überqualifiziert**



Überqualifiziert: Sie müssen sich selbst was suchen!

Claudia Röbger, Jahrgang 1964, lernte Schuhfacharbeiterin mit Abitur und studierte Ledertechnologie an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Zwischen 1989 und 1992 arbeitete sie in der Modellabteilung des VEB Schuhfabrik «Paul Schäfer» in Erfurt, bis die Textil- und Lederindustrie der DDR mehr oder weniger verschwand. Seitdem ist sie freiberufliche Journalistin und Autorin.

Am 30. Juni 1992 hatte ich meinen letzten Arbeitstag als Diplomingenieurin für Ledertechnologie in der Entwicklungsabteilung des VEB Schuhfabrik «Paul Schäfer» Erfurt. Als ich die Tür hinter mir zuzog, war das Werk I fast leer. Drei Jahre hatte ich dort gearbeitet und erlebte nun den Untergang der Leichtindustrie hautnah mit.

Die Erfurter Schuhfabrik war hervorgegangen aus einem 1872 von Eduard Lingel gegründeten Privatunternehmen, in dem anfangs fünf Mitarbeiter in Handarbeit Schuhe herstellten. Ende der Achtzigerjahre umfasste der VEB zwölf Werke und weitere Produktionsstätten. Mehr als 3.000 Mitarbeiter gehörten zum Betrieb – damit war «Paul Schäfer» der größte Damenschuhproduzent Europas. Insgesamt beschäftigte das Schuh-Kombinat der DDR über 30.000 Mitarbeiter.

Ich gehörte zur Abteilung der Salamander-Gestaltungsproduktion. In den Siebziger- und Achtzigerjahren hatten einige VEB den Auftrag erhalten, unter bestimmten Vorgaben Produkte westlicher Unternehmen herzustellen. Diese machten sich das niedrige Lohnniveau in der DDR zunutze, denn der Osten brauchte Devisen. Der Großteil der Waren wurde in die BRD exportiert, der Rest unter Verwendung der westdeutschen Warennamen in der DDR vertrieben: Lebensmittel zum Beispiel in Delikat-Geschäften, Kleidung, Schuhe und anderes in Exquisit-Läden, im Intershop oder über Genex.

Die siebte und oberste Etage des schönen alten Backsteingebäudes der Schuhfabrik beherbergte unsere Modell-Entwicklungsabteilung – mit

etwa 20, 30 Mitarbeitern, zu denen neben mir zwei weitere Technische Modelleure gehörten. Drei Jahre arbeitete ich in diesem Beruf, bevor ich ihn mitsamt Diplomabschluss an den Nagel hängen musste. Nach der zehnten Klasse hatte ich mich für eine Ausbildung entschieden: Schuhfacharbeiter mit Abitur. Viel Wahl hatte ich nicht.

In der Schuhindustrie der DDR arbeiteten weit mehr Frauen als Männer. Nicht nur an den schweren Ledernähmaschinen, auch die Stanzen, die Zwickmaschinen und die Fließbänder wurden überwiegend von Frauen bedient. Leichtindustrie war Frauensache.

Meine ersten Praxismonate im Betrieb brachten das volle Programm: Schnürsenkel im Akkord einfädeln, Sohlen am Fließband kleben und die Riemchen für die zu jener Zeit beliebten Jesuslatschen – auch Römerlatschen genannt – aus einer Rinderhaut stanzen.

Nach der Ausbildung entschied ich mich für das Studium an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, zu dem der Betrieb mich von Beginn an delegieren wollte, und beendete es als Diplom-Ingenieurin für Ledertechnologie. Aufgrund meiner gestalterischen Ambitionen hatten mich die Verantwortlichen von «Paul Schäfer» bereits für die Modellabteilung vorgemerkt. Das war mein Wunsch. Während des Studiums kam meine Tochter Carolin zur Welt. Drei Wochen später heiratete ich ihren Vater. Als meine Tochter zwölf Wochen alt war, brachten wir sie täglich in die Kinderkrippe, die sich – wie der Kindergarten auch – auf dem Campus befand. Auch ein Ärztehaus gab es nebenan. Das soziale Gefüge funktionierte.

Am 1. März 1989 trat ich – sozusagen direkt nach dem Studium – meine Stelle als Technische Modelleurin in der Entwicklungsabteilung des Erfurter Hauptwerkes an. Wir hatten eine kleine Dachwohnung in ruhiger Wohnlage bekommen, die wir allerdings selbst sanieren mussten. Mein Mann hatte ein zweites Studium der Informationstechnik, das gerade erst angeboten wurde, begonnen. So war ich nun mit einem monatlichen Gehalt von etwa 800 Mark brutto der Verdienener der Familie. Die Miete für unsere kleine Mansardenwohnung in Erfurt betrug 37 Mark.

Meine Aufgabe in der Modellabteilung der Salamander-Gestaltungsproduktion bestand darin, Schuhmodelle in produzierbare Einzelteile zu zerlegen. Wir prüften, ob die gewünschten Ösen vorhanden waren, welche Sohlen zum Schuh passten. Wir berechneten, an welchen Stellen Material für Nähte und Montage zugegeben werden und wo das Leder zur weiteren Verarbeitung geschärft, also dünner gemacht werden musste. Kurz: Wir machten aus dem Entwurf einen Schuh. Die Grundmodelle erhielten wir direkt vom Auftraggeber in Westdeutschland.

Mein Arbeitstag begann um 6.30 Uhr, doch meine erste Schicht schon lange davor: Um halb fünf klingelte der Wecker, um sechs öffnete der Kindergarten, der zum Glück auf dem Weg lag. Meine Tochter war fast täglich das erste Kind in der Einrichtung. Die Übergabe musste schnell gehen, denn ich benötigte zu Fuß noch eine knappe halbe Stunde für den Arbeitsweg. Weil ich nicht auffallen wollte und dieser kollektive Ehrgeiz ansteckend war, stand ich täglich schon morgens unter Zeitdruck. Gut, dass ich gern und schnell zu Fuß unterwegs war. Schade aber für mein kleines Mädchen, das sich dieser frühmorgendlichen Eile tapfer unterordnete.

Dass meine ersten Monate im DDR-Betrieb bald schon die letzten sein würden, konnte ich mir nicht vorstellen. Obwohl ich insgeheim längst beschlossen hatte, nicht in einem solchen Großbetrieb alt zu werden. «Niemals», sagte ich mir manchmal, werde ich 40 Jahre hier arbeiten. In den Gesprächen der Frauen, die ich oft mithörte, ging es um Kinder und Enkel, um die Wohnungseinrichtung, das Fernsehprogramm, den Urlaub im Gewerkschaftsheim. Diese Welt schien mir

zu klein für ein ganzes Leben. Nicht ahnend, wie viel sie den Menschen bedeutete, denn sie stand für eine Sicherheit, die wir alle bald verlieren würden.

Die Ereignisse des 9. November 1989 erreichten mich zunächst nur am Rande. Die Fernsehbilder des Mauerfalls sah ich zu Hause in schönstem Schwarz-Weiß. Berlin war weit weg. Drei Wochen nach Grenzöffnung, nachdem der größte Ansturm vorüber war, fuhr ich nach Kassel, um mein Begrüßungsgeld in einen Ölradiator umzuwandeln. Nun konnte ich endlich das Kinderzimmer heizen.

In der Schuhfabrik «Paul Schäfer» lief alles scheinbar weiter wie bisher, doch die Selbstverständlichkeit des Alltags war weg. Die Leute diskutierten miteinander, Sitzungen häuften sich, Frauen steckten die Köpfe zusammen, fluchten und weinten manchmal. Der Betrieb kämpfte, nun wieder unter dem Namen des einstigen Traditionsunternehmens Lingel, ums Überleben sowie um Anerkennung auf internationaler Ebene. Unsere Modelleure entwarfen neue Schuhe und im Zeitraffer entstanden hochwertige Einzelpaare. Mit den Chefs und vollen Koffern reisten sie auf Messen und holten Bestnoten für unsere Schuhe. Alle hofften noch.

Dennoch kam die gesamte Produktion nach und nach zum Stillstand. Die vertraut gewordenen Geräusche der Maschinen verstummten. Ein Fließband nach dem anderen stoppte, eine Etage nach der anderen leerte sich – Zuschneiderei, Stepperei, Bodenmontage, Finish-Abteilung ... Die Produktionsmitarbeiter, die sich morgens als zähe Masse durch das Werktor schoben, wurden weniger – täglich sichtbar. Dass es nicht nur um vorübergehende Kurzarbeit ging, wussten wir bald. Doch dass das Aus der Schuhproduktion bereits besiegelt war, nicht. «Treuhand» klang nach Sachlichkeit und Vertrauen. Und immerhin hatten wir topmoderne und exquisite Damenschuhe zu bieten.

Während die Produktion in der Modellabteilung noch auf Hochtouren lief, wurde anderswo entschieden. Im Februar 1992 brach die Treuhand in Berlin endgültig und offiziell den Stab über die Lingel Schuhfabrik GmbH. Der Vorzeigeproduktionsbetrieb der DDR sollte fast komplett abgewickelt werden und damit einer der bedeutendsten

Plätze industrieller Schuhproduktion in Deutschland verschwinden.

Dabei hätte Lingel – so Insider und Experten später – mit etwas Unterstützung der Branchenkollegen eine realistische Überlebenschance gehabt. Ausgestattet mit teils modernsten Maschinen und basierend auf computergestützter Organisation war es kein maroder, heruntergewirtschafteter Betrieb. Doch nicht nur der Wechsel in ein anderes Wirtschaftssystem erschwerte einen Neustart, sondern die gesamte Schuhindustrie in Deutschland war unter Druck. Der westeuropäische Markt war übersättigt. Hinzu kamen Importe in riesigen Dimensionen, vor allem aus Billiglohnländern wie China und Taiwan. Auch die Alt-Bundesländer waren davon betroffen. Salamander hatte zu dieser Zeit schon Werke in Bayern und Rheinland-Pfalz geschlossen.

Außerdem gab es Probleme, mit denen fast alle Ostbetriebe nach der Währungsunion zu kämpfen hatten: Unsere bisher größten Abnehmer in Osteuropa konnten die Ware nicht mehr bezahlen, und die ostdeutschen Käufer zogen billigere Westschuhe vor.

So bekamen schließlich die letzten Schuhwerker ihre Kündigung zum 30. Juni 1992. Wenige Monate hatten genügt, um die Schuhindustrie in Erfurt auszulöschen. Als wir Gewissheit hatten, dass es keine Rettung mehr geben würde, kippte die Stimmung in unserer Entwicklungsabteilung auf einen Schlag. Bis zuletzt hatten alle gehofft und sich durch nichts von der Arbeit abhalten lassen. Doch jetzt fühlte sich alles traurig an. Viele kamen nun gar nicht mehr, meldeten sich krank. Meine Kollegen Manfred, Günther, Thea und Dieter – alle über 50 – hörten auf, ihre Messer zu schärfen. Sie fragten sich, was nun werden sollte. Diesen Beruf hatten sie gelernt und das hier war ihr Leben. Die Resignation war bei allen spürbar.

Ich blieb bis zum letzten Tag dabei, denn mein Absolventen-Vertrag garantierte mir einen Arbeitsplatz auf drei Jahre und hatte seine Gültigkeit über den politischen Umbruch hinaus behalten. Dieses Recht musste ich jedoch auf gerichtlichem Wege durchsetzen.

Mir wurde bewusst, wie gut ich es bei alledem noch hatte: Ich war 25 Jahre alt und konnte neu anfangen. Dass ich mehr als neun Jahre Ausbil-

dung an den Nagel hängen musste, verdrängte ich. Es galt, baldmöglichst einen neuen Weg zu finden und Geld zu verdienen. Später würde ich weitersehen, mir vielleicht ein neues Ziel setzen können.

Die Dame auf dem Arbeitsamt schlug die Hände über dem Kopf zusammen: «Was soll ich nur mit Ihnen machen? Noch eine Ingenieurin, Sie sind überqualifiziert. Sie müssen sich selbst etwas suchen!» Ihre Ratlosigkeit überraschte mich, aber sie machte mir keine Angst. Sicher würde ich etwas finden. Sollte sie sich um die Älteren kümmern.

Ich fand ein Weiterbildungsangebot, das mir gefiel und vom Arbeitsamt finanziert wurde. Neben Grundlagen des Journalismus lernte ich in den eineinhalb Jahren unter dem Titel «Multimedia» vor allem den Umgang mit Grafikprogrammen sowie Grundlagen der Fotografie und Kameraführung. Wenig später gründete der Chefausbilder eine Firma und holte mich dazu. Eine Handvoll «Multimedianeer» produzierten Image- und Messerfilme für Thüringer Unternehmen und Institutionen wie die Landratsämter, teils mit Unterstützung des Landes. Ich hatte Glück und konnte drei Jahre später als freiberufliche Autorin bei einer Produktionsfirma für den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) einsteigen. Zudem schrieb ich regelmäßig für die Thüringer Allgemeine.

Allerdings machte ich in dem neuen Metier auch schmerzhaft Erfahrungen, die Konkurrenz war groß. Da ich mit meinen Ideen und Themenvorschlägen jedoch genügend Aufträge erhielt, verdiente ich bald genug für meine Tochter und mich. Zu dieser Zeit lebten mein Mann und ich bereits getrennt. Später arbeitete ich für verschiedene TV-Sender und Zeitungen, meist als Freiberuflerin, pendelte zwischen Thüringen und Berlin. Inzwischen bin ich angestellte Redakteurin bei einer Zeitung.

Dass ich als Alleinerziehende viel zu viel unterwegs war, auch an vielen Abenden und Wochenenden, und dass ich mir in all den Jahren zu wenig Zeit für meine Tochter nahm, das habe ich erst sehr viel später verstanden. Bis heute bedaure ich das sehr.

Ein Faible für Schuhe ist mir geblieben. Wer einmal weiß, wie aufwendig sie hergestellt werden, schätzt sie und trägt sie möglichst lange.



Vom Werftstolz zum Wanderarbeiter

Dieter Kahmann, Jahrgang 1957, absolvierte eine Lehre zum Maschinenbauer. Von 1976 bis 1979 ging er zur Armee. Danach arbeitete er als Schlosser auf der Neptunwerft in Rostock. Als diese 1989 trotz voller Auftragsbücher dichtgemacht wurde, wechselte er in einen Dienstleistungsbetrieb.

Als die Wende kam, hatte ich bereits zehn Jahre in der Reparaturabteilung im Fischkombinat, einer Zweigstelle der Rostocker Neptunwerft, gearbeitet. Die Werft gab es bereits seit 1850. Sie baute den ersten eisernen Schraubendampfer Deutschlands. Wahrzeichen war der über 50 Meter hohe Schwimmkran, der «Lange Heinrich», den man schon von Weitem sehen konnte. Er wurde von einer Dampfmaschine angetrieben und hievte riesige Bauteile und unzählige Hauptmotoren von hier nach da.

Das Fischkombinat betrieb die gesamte Hochseefischerei der DDR und vereinte sämtliche Fischfang-, Verarbeitungs- und Handelsbetriebe unter sich. Wir warteten und reparierten Fischereifahrzeuge. In den Siebzigerjahren betreuten wir vier Schiffe, Viertakt Diesels mit 3.800 Pferdestärken, außerdem kleine Fang- und Verarbeitungsschiffe. Wir setzten vor allem die Hauptmaschinen, die Hilfsdiesels, Kühler, Pumpen und Ruderanlagen instand. Das war eine abwechslungsreiche Arbeit und machte Spaß.

Kurz vor der Wende hatten wir circa 40 Schiffe – und jede Menge Arbeit. Unsere Brigade wartete auch die Bunkerflotte des Kraftstoffversorgers VEB Kombinat Minol: kleine Schiffe, gebaut in Polen, die die großen betankten, wenn sie im Überseehafen lagen. Die Werft wurde ständig erweitert, das Hafengelände wuchs und wuchs. Sie gab über 6.000 Beschäftigten Arbeit. Frachtschiffe, Schlepper und Fähren liefen ebenso vom Stapel wie Forschungsschiffe, Schwimmkräne und Feuerlöschboote.

Doch plötzlich war er da, der Westen. Am 15. Juli 1990 erhielten wir in der Neptunwerft Mitteilung von der Kombinatiensleitung: «Alle fertigen Arbeiten

werden bis 12 Uhr bezahlt. Danach ist Schluss.» Aus volkseigen wurde privat.

In der Reparaturabteilung gab es ab Frühjahr 1991 immer weniger Arbeit. Einmal in der Woche gingen wir in der Werft vorbei, fragten: «Habt ihr was zu tun für uns?», um gleich darauf wieder nach Hause geschickt zu werden. Wir warteten und warteten. Die ersten wurden entlassen, dann die nächsten. Ende August kam ein Bereichsleiter zu uns und erzählte: «In Kiel auf der Werft sind Leute ausgefallen. Die brauchen sechs Maschinenbauer. Wollt ihr euch melden?» Einer aus der Brigade stand auf und sagte: «Dieter, wenn du gehst, gehe ich auch.» Also fuhren wir zu Lindenau nach Kiel und wurden in einem kleinen Hotel untergebracht, kamen zu sechst auf ein Zimmer. Das Gästehaus hieß «Zur Wartburg» und lag neben der Werft an der Kieler Förde – ein bisschen Thüringen in Schleswig-Holstein.

Wir erlebten in Kiel hautnah mit, wie sie im Westen arbeiteten. Einmal kam Norbert, Betriebsrat und Vorarbeiter: «Da liegt 'ne Schiffsschraube, die ist heute Abend dran.» Ich fragte: «Und wo sind die Kollegen?» Wenn wir in der Neptunwerft eine Schiffsschraube eingebaut hatten, standen mindestens vier, fünf Meister und Ingenieure dabei, noch einmal so viele packten mit an. «Drei Mann werden ja wohl reichen!», sagte Norbert und war wieder weg.

Die West-Kollegen machten Sachen, bei denen unser Arbeitsschutz aus allen Wolken gefallen wäre. Wir bauten beispielsweise fünf Pumpen in einen Tanker ein. Ich fragte, ob uns jemand ein Auge als Aufhängung für einen Flaschenzug anschweißen würde. Da bekam ich zu hören: «Wir nehmen ein paar Bohlen, die legen wir übereinander und da hängen wir den Flaschenzug rein.

Das kriegen wir schon rübergezerrt.» Mir machte das Sorgen, denn es ist alles andere als bekömmlich, wenn eine Pumpe mit über vier Tonnen nicht richtig gesichert ist und plötzlich herunterfällt ... Mir war klar: Im Westen arbeiteten sie zwar effektiv, aber weder fortschrittlicher noch besser. Nur der Druck auf die Belegschaft war größer.

Die Kieler merkten bald, was wir konnten. In den ersten Tagen guckten sie uns noch komisch an, zum Schluss luden sie uns zum Grillen ein und wollten uns nicht mehr gehen lassen. Die Neptunwerft hingegen, die uns nach Kiel ausgeliehen hatte, versuchte an allen Ecken zu sparen. Sie setzten Zahlungen aus und versuchten, das Hotelfrühstück gegen unseren Lohn aufzurechnen. Wir protestierten lautstark auf der Neptunwerft. Dann zahlten sie brav.

Ich wusste, dass die Auftragsbücher vieler unserer Werften voll waren. Trotzdem gerieten sie in den Ausverkauf. Bald stand fest, dass die Neptunwerft als erste kaputtgehen würde. Sie lag mitten in der Stadt und war Rostocks Aushängeschild. Der letzte Stapellauf erfolgte 1991. Danach mussten wir Arbeiter unsere Werft selbst abreißen: Wir sägten also den Ast ab, auf dem wir saßen. Der Westen wollte uns offensichtlich als Konkurrenz ausschalten.

Ich hatte das Glück, zum Armaturenbau geschickt zu werden. Dort überholte ich Ventile. Das war ein gutes halbes Jahr richtige Arbeit. Danach sollten wir eine Ankerwinde reparieren, ich musste also zurück zum Maschinenbau. Im April 1992 lag mein Aufhebungsvertrag auf dem Tisch. Die letzten Kollegen auf der Werft wurden zum Juni 1992 entlassen. 400 Leute blieben übrig. Die Werft wurde 1997 von der Meyer Werft GmbH & Co. KG übernommen. Sie bauen heute unter anderem Flusskreuzfahrtschiffe.

Ich hatte innerhalb dieser Umbruchzeit Glück, denn in meinem Garten in Gehlsdorf gab es genug zu tun. Diese Ablenkung half mir sehr. In der Laubenkolonie hielten die Leute zusammen.

Nach meinem letzten Arbeitstag in der Werft wollte ich in einem Teilbetrieb der Neptunwerft eine Umschulung zum Werkzeugmacher absolvieren, doch ein Platz sollte erst in einem dreiviertel Jahr frei sein. Um die Zeit zu überbrücken, fing ich bei einem Schuhdienstleister an. Als die Umschulung näher rückte, schwante mir, dass

ich während der zweijährigen Ausbildung nur 900 D-Mark im Monat verdienen würde – unmöglich mit zwei Kindern und meiner Ehefrau auf «Null-Stunden-Kurzarbeit». Beim Schuhreparateur gab es etwas mehr Geld. Deshalb blieb ich dabei.

Ich hatte drei Monate Zeit, um das Schuhereparieren zu begreifen. Sonst wäre ich wieder entlassen worden. Dazu kamen Grundkurse in Halle, wo mir das Nötigste beigebracht wurde. Dann gab es ein Praxisjahr und verschiedene Aufbaukurse, die jeweils zwei Wochen dauerten. Es gab viel zu tun und die Arbeit machte Spaß. 1992/93 standen die Leute im Rostocker Kaufhaus mit ihren Schuhen Schlange, denn es gab im Osten nicht genug Schuster. Wir schlossen eine Marktlücke. In Rostock gab es sieben Filialen. Im Zuge einer angestrebten Gewinnoptimierung sollten wir Mitarbeiter 1996 jedoch unsere Geschäfte pachten und als Selbstständige wirtschaften.

Mich beordnete die Zentrale erst einmal für ein Dreivierteljahr nach Berlin. Ich wurde überall in der Stadt eingesetzt, bis ich am Tierpark Friedrichsfelde eine feste Filiale bekam. Dann wechselte ich in den neu eröffneten Laden an der Friedrichstraße. Ich gewöhnte mich gerade an das Umfeld, als mein Chef mich mit einem Lächeln fragte: «Dieter, willst du nicht nach Hamburg wechseln?» Von «wollen» konnte keine Rede sein, aber welche Wahl hatte ich denn?

In Hamburg lebte ich 14 Monate lang im Hotel. Meine Familie und ich standen das durch, hielten immer zusammen. Ich schrieb ein Versetzungsgesuch, um nach Berlin zurückzukehren. Das funktionierte. Seit 1999 habe ich hier nun mein Zimmerchen bei meinem Cousin. Ich pendele bis heute zwischen Rostock und Berlin. Hier leben und dort arbeiten, das ist kein Leichtes.

Sicherlich habe ich keinen Traumjob. Doch manchem meiner ehemaligen Kollegen erging es weitaus schlimmer als mir. Bis vor sechs Jahren traf sich unsere ehemalige Brigade unregelmäßig, um über alte Zeiten zu sprechen. Da bekam man Geschichten zu hören! Nur ein einziger war bis zum Schluss bei der Neptunwerft geblieben. Die Älteren schickte man in Vorruhestand oder Rente. Damit wurde jede Menge Erfahrung und Wissen aussortiert. Sie waren fort, beschwerten den Geldbeutel und das Gewissen nicht mehr.

**Die Arbeit war
mein Leben**



HELD
DER ARBEIT

Der «Held der Arbeit» – arbeitslos

***Helmut Fischer**, Jahrgang 1936, lernte 1951 den Beruf des Maurers. Bereits auf seiner ersten Baustelle im Spezialbaukombinat Magdeburg bewies er sein großes Talent und sein Engagement, so dass seine Brigade nach ihm benannt wurde: «Die Fischers». Ab 1964 arbeitete er im VEB Chemische Werke Buna als Karbidofenmaurer und wurde für seine Leistungen 1984 mit der hochrangigen Auszeichnung «Held der Arbeit» geehrt.*

Schon mein Großvater war Maurer und vielleicht verdanke ich ihm meine Berufswahl. Im Jahr 1951 trat ich in seine Fußstapfen und begann mit der Ausbildung. Doch nur in meiner Heimatstadt tätig zu sein, war mir zu eintönig. Mein Großvater riet mir: «Junge, werd Feuerungsmaurer. Das ist interessanter – und komplizierter!» Mein Ehrgeiz war geweckt. Ich ging nach Frankleben zur Firma Weber und lernte, Kessel, Öfen und Schornsteine zu bauen.

Dann ging ich auf Montage zunächst in den VEB Spezialbau Leipzig. Dort fertigten wir unter anderem Schornsteine, Hochöfen und Tieföfen. Daraufhin nahm der Spezialbau Magdeburg den Betrieb Leipzig in seine Zuständigkeit auf. In Merseburg veranstalteten die Magdeburger sogleich eine große Versammlung. Sie suchten eine Brigade für ein Aufgabenfeld, das sich mit unserem in Leipzig überschchnitt. «Wer traut sich das zu?», fragten sie. «Wenn das einer kann, dann nur der Helmut!», riefen meine Jungs und schoben mich vor.

Wir wurden geschult und gingen nach Magdeburg auf Montage. Bald wurde ich Brigadier. Ob Tag oder Nacht – unsere Truppe, 20 Mann, war stets abrufbereit. Wir reparierten Öfen in Leipzig, Thale, Eisenhüttenstadt, Riesa, Brandenburg, Buna und an anderen Standorten. Überall gab es etwas zu tun. Es war eine harte Arbeit. Alle 14 Tage kamen wir am Donnerstagabend nach Hause. Montags, bei Zeiten, fuhren wir wieder los. Meine Frau und ich hatten drei Kinder, dieser Rhythmus wurmte mich.

Um die Öfen zu reparieren, mussten wir sie von einer Seite aufbrechen und danach zumauern. Es dauerte zwei Wochen, bis die frisch gefertigte Seite getrocknet und der Ofen wieder einsatzbereit war. «Das ist ja keine Produktivität!», sagte ich. «Wir könnten doch trocken mauern!» Wir probierten es aus und es funktionierte. So konnten wir viel schneller vorgehen. Unsere Brigade wurde von nun an nur noch «die Fischers» genannt. «Mensch, die Fischers müssten überall hin!», hieß es.

Schließlich wurde ich ins Karbidwerk nach Buna versetzt. Meine ganze Spezialtruppe zog mit. Der hiesige Schichtleiter, Herr Trömel, sollte bald in Rente gehen und ich war für seinen Platz vorgesehen.

Schon in den ersten Tagen erkundigte ich mich nach dem sozialistischen Wettbewerb im Kombinat. Statt einer Antwort erhielt ich ein Achselzucken. Das wollte ich ändern. Meine treue Brigade hatte ich hinter mir, zusätzlich suchte ich mir weitere Verbündete. Gemeinsam knieten wir uns in die Arbeit.

Um Trömel's Stelle auszufüllen, musste ich zum Studium in die Betriebsschule. Die Schulbank war noch nie etwas für mich gewesen, aber ich biss die Zähne zusammen. 1973 wurde ich Meister.

In Buna hatten wir drei Ofenhäuser mit je vier Öfen. Jeder einzelne hatte etwa die Höhe eines dreistöckigen Hauses. Das Gelände war so groß, dass wir es mit dem Fahrrad befuhren. Hitze, Dreck und Staub – das bedeutet Karbidbrennen. Das war unsere Welt!

Stück für Stück gelang es mir, das Kollektiv zu motivieren, und wir arbeiteten uns hoch. Wir zeigten Einsatz und zeichneten uns durch hohe Qualität unserer Arbeit aus. Drei Mal verteidigten wir den Titel «Kollektiv der sozialistischen Arbeit», erhielten die Auszeichnung «Bereich der vorbildlichen Ordnung, Disziplin, Sicherheit und Sauberkeit» und wurden auch anderweitig geehrt und anerkannt. Wir erfüllten nicht nur den Plan, nein, wir hatten sogar Planplus. «Die Fischers» blieb unser Spitzname und bürgte in Buna für Qualität.

Neben der Arbeit half ich bei der Volkspolizei aus und war Mitglied der Kommission für Ordnung und Sicherheit. Außerdem schrieb ich als Volkskorrespondent für die Zeitungen «Freiheit» und «Aufbruch». «Politik ist eine Sache des Alltags», pflegte ich zu sagen.

Im Jahr 1984 trudelte ein Brief bei mir ein, dessen Inhalt mich völlig überraschte:

«Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik verleiht Ihnen in Anerkennung herausragender Leistungen und Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 35. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik den Ehrentitel HELD DER ARBEIT»

Ich fiel aus allen Wolken. Das war einer der höchsten Ehrentitel der DDR. Die Preisverleihung fand am 3. Oktober 1984 um 8 Uhr im Spree-restaurant im Palast der Republik statt. Mit Stolz nahm ich die Auszeichnung an.

Es hagelte Glückwünsche von der Belegschaft, von Freunden und Verwandten. Noch Wochen später kamen die Leute vorbei, um mir die Hand zu schütteln. Ich erhielt Postkarten und Briefe, in denen man mir gratulierte.

Fünf Jahre später brach die Wende über uns herein. Es begann ein wahres Trauerspiel. Wie auf Kommando wurden keine großen Reparaturen mehr an den Öfen vorgenommen. Jeder spürte:

Da bahnt sich etwas an. Das Karbid wurde nun im Westen teurer mit Öl hergestellt. Unser Werk wurde nicht mehr gebraucht.

Als ich in Berlin Hans-Joachim Kozyk traf, der bis 1987 Generaldirektor des Kombinats Buna gewesen war, sagte er zu mir: «Es kann passieren, dass irgendwann mal Feierabend ist. Also, Fischer, am besten du wirst Bauleiter.» Ich beherzigte seinen Rat und ging in die Frankeschen Stiftungen zu Halle, um dort meine Befähigung zum Bauleiter zu machen. In Buna wurde kurz darauf alles zurückgefahren. Die drei Ofenhäuser wurden abgestellt und demontiert. Das dauerte zwei Jahre.

In dieser Zeit arbeitete ich als Bauleiter beim Umbau des Kurt-Wabbel-Stadions in Halle. Während sich im Karbidwerk die Katastrophe abspielte, ging es mir dort vergleichsweise gut: Ich hatte meine Arbeit und mein Geld.

Bis zum Schluss blieb ich in meiner Position als Baubeauftragter von Buna angestellt. Wenn ich in Buna gebraucht wurde, fuhr ich dorthin. Doch auch für mich hieß es irgendwann: «Du musst zum Gespräch. Hier ist Feierabend»

So ging ich in die Arbeitslosigkeit. Große Abfindungen gab es nicht, viele Kollegen standen auf der Straße. «Arbeitslos», das hatte es zu DDR-Zeiten nicht gegeben.

Eines Abends machte meine Frau eine Entdeckung: «Schau mal, in Merseburg suchen sie im Spezialbau einen Polier.» Ich stellte mich dort vor und es passte alles. So arbeitete ich noch drei Jahre als Polier in Merseburg.

Als die Eltern meiner Frau starben und wir deren Haus verkauften, waren wir für die Banken kreditwürdig. So konnten wir 1998 bauen.

Ich hatte Glück, dass ich Familie und ein Haus hatte, in das ich meine Zeit und Kraft investieren konnte. Wem dies nicht vergönnt war, den traf es weitaus härter. Bekannte von mir lebten in Halle-Neustadt. Sie saßen nur in der Wohnung rum und lösten Kreuzworträtsel. Im Vergleich dazu hatte ich doch Schwein.

«Ich liebte meine Arbeit!»

Ingeborg Reinhardt, Jahrgang 1932, begann nach dem Abitur eine Berufsausbildung zur Funkmechanikerin und studierte Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Dresden. Als Diplomingenieurin arbeitete sie ab 1961 im VEB Fernsehgerätestaßfurt in dem Bereich Forschung und Entwicklung. Von 1969 bis 1984 war sie als Technische Direktorin im Betrieb tätig, danach arbeitete sie noch für einige Jahre in der Qualitätssicherung.

Nach dem Abitur 1951 begann ich eine Berufsausbildung zur Funkmechanikerin im VEB Stern Radio Staßfurt und ging nach der Facharbeiterprüfung zum Elektrotechnik-Studium an die Technische Hochschule in Dresden. Die Immatrikulation einer Bewerberin in einer ingenieurtechnischen Fachrichtung war in der DDR völlig normal. Es herrschte Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums kehrte ich 1961 als Diplom-Ingenieurin in den inzwischen umbenannten VEB Fernsehgerätestaßfurt zurück. Neben der Radioproduktion war das Produktionssortiment um die Herstellung von Schwarz-Weiß-Fernsehgeräten erweitert worden. Hierfür wurden eine große Produktionshalle und ein Materiallager neu gebaut. Ich arbeitete als Entwicklungsingenieurin in der Forschung, die sich inzwischen auch mit der Farbfernsehtechnik befasste.

1969 bewarb ich mich für die Funktion des Technischen Direktors. Ich wollte umfassendere Aufgaben in der technischen Entwicklung des Betriebes übernehmen. Diese Tätigkeit übte ich bis 1984 aus.

Mir unterstanden die Bereiche Forschung, Entwicklung und Technologie, die auch den Werkzeugbau, den Rationalisierungsbau und die Messsenderzentrale umfassten, die Investitionsabteilung und die Instandhaltung. 1980 wurde die Forschung und Entwicklung in einen selbstständigen Direktionsbereich ausgegliedert.

Meine erste Aufgabe als Direktorin für Technik bestand darin, die Endprüfung der Farbfernseh-

geräte in eine moderne Fließbandfertigung zu überführen. Ursprünglich waren Endprüfplätze in abgedunkelten Kabinen als Einzelarbeitsplätze vorgesehen – eine Verfahrensweise, die für eine Massenproduktion ungeeignet war. Ein neu entwickeltes Verfahren mit Messsenderanlage, die Signale in vielen verschiedenen Farbnormen ausstrahlte, und eine verbesserte Anlage für alle Farb- und Schwarz-Weiß-Geräte bildeten die Voraussetzung für die Produktion der in den weiteren Jahren von uns entwickelten Farbfernsehergerädetypen.

Ende der Siebzigerjahre wurden unter meiner Leitung weitere Investitionen realisiert. Es entstand eine zusätzliche Fertigungshalle, in der die Baugruppenfertigung in Vorbereitung der Automatisierung dieser Produktionsprozesse zusammengefasst wurde. Um Schüler der polytechnischen und erweiterten Oberschulen in die Produktionsmethoden eines Fertigungsbetriebes einzuführen, entstand ein separates Gebäude. Nach der Wende wurde es abgerissen, da dieses Unterrichtsfach in der BRD nicht für notwendig angesehen wird.

Für eine moderne Gestaltung des Werkzeug- und Rationalisierungsbaus wurde eine Werkhalle mit einem Nebenbau für den Sozialtrakt und die Konstruktionsräume errichtet. In der Halle wurde der Maschinenpark der bis dahin separat im Betrieb untergebrachten Werkstätten zusammengefasst und durch hochproduktive Maschinen ergänzt.

Dieses Objekt lag mir besonders am Herzen. Es bildete eine wichtige Voraussetzung für die Modernisierung der Fernsehgeräteproduktion.



Heute wird es nicht mehr genutzt und befindet sich in einem verwahrlosten Zustand – mit zerschlagenen Fenstern und ungepflegtem Umfeld. So teilt es das Schicksal vieler ehemaliger Produktionsbetriebe der DDR und erinnert mich immer wieder daran, was wir der bundesdeutschen Marktwirtschaft geopfert haben.

1984 wurde durch den Minister für Elektrotechnik/Elektronik festgelegt, dass die Funktionen der Fachdirektoren der Kombinati-Leitung und des Stammbetriebes durch eine Person wahrgenommen werden mussten. Das hätte für mich bedeutet, meine Ingenieur-tätigkeit zugunsten einer umfangreichen Verwaltungstätigkeit zu opfern. Das mir unterbreitete Angebot, weiter die Funktion des Technischen Direktors wahrzunehmen, lehnte ich deshalb ab.

Zu diesem Zeitpunkt wurde mir deutlich, dass nicht überall Frauen in Ingenieurberufen anerkannt wurden. Denn das Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik hatte eine umfangreiche Zusammenarbeit mit japanischen Betrieben aufgenommen. Für die Verhandlungen – zum Kauf von Fertigungsautomaten – und für den betrieblichen Erfahrungsaustausch wurden von unserer Seite nur männliche Mitarbeiter bestimmt. Die Begründung lautete, dass in Japan weibliche Ingenieure nicht respektiert werden würden.

Ich übernahm deshalb die Funktion einer Beauftragten zunächst für die Erarbeitung der Voraussetzungen für die Produktion von Videorekordern – die aber auf Grund des hohen Investitionsaufwandes nicht realisiert wurde – und dann für die Qualitätssicherung.

Am 1. Oktober 1991 ging ich in den Vorruhestand. Mir blieb daher das Erlebnis einer menschlichen Katastrophe erspart. Am gleichen Tag wurde einem großen Kreis von Mitarbeitern, überwiegend Frauen, gekündigt. Augenzeugen berichteten mir, dass man überall im Betrieb weinende Menschen antraf. Das waren Mitarbeiter, die durch die Kündigung die Voraussetzungen für die Sicherung des Lebensniveaus für sich und ihre Familien verloren hatten. Das Recht auf Arbeit war zwar in der DDR gesichert, nicht aber in der BRD.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten blieb ich der Erinnerung an das Fernsehwerk treu und engagierte mich im Verein der Freunde der Staßfurter Rundfunk- und Fernseh-technik. Ich arbeitete an dem Buch von Dr. Dieter Artymiak «Vom Rundfunkgeräte- zum Fernsehgerätewerk» mit. Dieses gibt einen umfangreichen Überblick über die Entwicklung unseres Werkes und erzählt von der Geschichte des Fernsehens in Staßfurt von 1945 bis 1996.

**Wir wurden verhöhnt
und diffamiert**

«Sie stellten uns hin, als hätten wir im Sandkasten gespielt.»

Erhard Reiche, Jahrgang 1936, absolvierte nach der achten Klasse eine Lehre als Schlosser im Braunkohlenwerk «Friedenswacht» in Lauchhammer. Er schloss ein Ingenieurstudium für Brikettieren und Koksveredlung in Senftenberg ab. 1959 wurde er zum Betriebsleiter der Brikettfabrik Plessa ernannt. 1964 machte Erhard Reiche den Abschluss als Fachingenieur für Arbeitsschutz und trat anschließend die Stelle als Sicherheitsinspektor im Braunkohlenkombinat Lauchhammer an. 1991 ging er in den Vorruhestand. Seit 2002 engagiert er sich im Traditionsverein Braunkohle Lauchhammer e.V.

Ich bin Gästeführer an den Biotürmen in Lauchhammer, dem einzigen Bauwerk, das von der Kokerei übriggeblieben ist. Ich mache das, weil ich es für notwendig erachte, anderen mitzuteilen, was in der Vergangenheit passierte – in meinem Leben und in der Betriebsgeschichte.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Industrie Lauchhammers kaum zerstört, alle Brikettfabriken und Kraftwerke blieben erhalten. Dann kam die Teilung Deutschlands. Wir mussten die Reparationen an die Sowjetunion leisten. Das Chemo-Werk wurde demontiert, ebenso die Brikettfabrik 64 sowie weitere moderne Technik der Braunkohleindustrie auf dem Gebiet der DDR.

Hinzu kam das Embargo. Der Westen lieferte keine Steinkohle. Doch wie sollten wir unsere Stahlwerke betreiben? Stahl wurde dringend gebraucht, um das Land aufzubauen. In dieser Not beauftragte man die Bergakademie Freiberg zu erforschen, wie aus Braunkohle Koks hergestellt werden könnte. In kürzester Zeit wurde beschlossen, in Lauchhammer eine Kokerei zu bauen.

Vom Baubeginn bis zum ersten Koksabstich dauerte es nur acht Monate und 14 Tage. Das ist eine heldenhafte Leistung und stellte eine Weltneuheit dar. Wenn ich westdeutsche Gäste führe, können sie das nur schwer glauben. Doch wenn ich es erläutere, sagen sie auf dem Rückweg von den Biotürmen zum Parkplatz: «Von dem, was Sie erzählen, haben wir einfach nichts gewusst.»

Darum ist es so wichtig, über die Vergangenheit zu reden. Wer seine Vergangenheit leugnet, hat keine Zukunft.

Nach meiner Ausbildung, der Arbeit als Betriebsleiter der Brikettfabrik Plessa und dem anschließenden Fachingenieurstudium begann ich 1964 als Sicherheitsinspektor im Braunkohlenkombinat Lauchhammer. Ich war zuständig für die Großkokerei und überwachte dort die gesamte Arbeitssicherheit.

Wir Sicherheitsinspektoren sorgten dafür, dass die gesetzlichen Bestimmungen des Gesundheits-, Sicherheits- und Arbeitsschutzes bewusst und freiwillig eingehalten wurden. Das war wichtig: bewusst und freiwillig. Es hatte keinen Zweck, mit der Peitsche hinter den Werktätigen zu stehen. Wir mussten so auf sie einwirken, dass sie sich richtig verhielten, wenn Gefahr bestand.

Als jedoch die Wende kam, stellte man uns hin, als hätten wir im Sandkasten gespielt. Unsere Arbeit, unsere Erfahrungen wurden nicht ernst genommen. In Cottbus wurden Anpassungsveranstaltungen organisiert. Einmal in der Woche lud ich mein Auto mit Sicherheitsingenieuren voll und fuhr dorthin. Beim ersten Mal erläuterte ein Diplomingenieur, der frisch von der Schule kam, die gesetzlichen Bestimmungen der Bundesrepublik. Nach 20 Minuten wurde uns klar: Wir hatten in der DDR über Bürokratismus geschimpft, aber da kannten wir die BRD-Bürokratie noch nicht! Beim nächsten Mal las ein anderer



Diplomingenieur uns vor, wie der Arbeitsschutz in der Bundesrepublik betrieben wurde. Das hörten wir uns zehn Minuten lang an, dann meldete sich einer: «Was Sie da vorgelesen haben, das möchte ich mal praktisch erläutern». Aus der Lamäng hielt er mit Bravour einen Fünf-Minuten-Vortrag. Das war für den Diplomingenieur peinlich. In der Pause gingen wir zum Veranstalter: «Wir sind seit 30 Jahren auf dem Gebiet tätig. Was ihr hier veranstaltet, geht nicht.» Der Lehrgang wurde abgeblasen. In den nächsten Anpassungsveranstaltungen saß ich meist neben dem Leiter des Lehrgangs. Ich wurde oft gefragt: «Wie habt ihr das gemacht?»

Der Leiter des Bergamtes für unser neues Bundesland Brandenburg sagte: «Wissen Sie, ich musste die DDR-Arbeitsschutzgesetze studieren. Ich habe sie als hervorragend empfunden. Sie waren eindeutig, kurz, prägnant. Doch einen Mangel hatten sie: Da waren keine Lücken, die ein Rechtsanwalt nutzen könnte. Wenn ihr armen Hunde was verbockt hattet, musstest ihr das ausbaden.»

Bei den folgenden Anpassungslehrgängen wurden wir gut bewirtet und behandelt. Sie hatten mitgekriegt, dass wir Fachleute waren.

Als Sicherheitsingenieur für Kokereien wurde ich schließlich nicht in Lauchhammer übernommen. Doch der Produktionsleiter stellte mich als leitenden Sicherheitsingenieur für Brikettfabriken ein. Nun kamen sogar Kollegen aus den alten Bundesländern zu uns, die sich erkundigten, wie wir unseren Arbeitsschutz organisierten. Sie waren angenehm überrascht.

Mit der Abwicklung der Braunkohlenindustrie 1991 wurde auch ich endgültig abgewickelt und in Altersübergang geschickt. Ich konnte das nicht verstehen. Mit 54 nicht mehr gebraucht zu werden, war schlimm für mich.



Ich bekam schwere gesundheitliche Probleme, sollte einen Herzschrittmacher kriegen. Ich habe «gedickscht», das sagt man im Sächsischen, wenn einem alles nur noch egal ist.

Zehn Jahre hat es gedauert, bis ich mich wieder für etwas begeistern konnte: Auf seinem Geburtstag überredete mich mein ehemaliger Vorgesetzter und der Geschäftsführer der Braunkohlenveredlung, Dr. Konrad Wilhelm, mich in seinem Traditionsverein zu engagieren. Seither bin ich Gästeführer. Dafür setzte ich mich sogar noch einmal auf die Schulbank und machte einen Lehrgang.



Wir bringen euch bei, mit Messer und Gabel zu essen

***Bernd Hoffmann**, Jahrgang 1948, erlernte den Beruf des Chemiefacharbeiters in Leuna. Im Anschluss studierte er drei Jahre Ingenieurökonomie und nahm im September 1969 eine Tätigkeit als Abteilungsökonom im VEB Elektrokohle Lichtenberg auf. 1980 übernahm er den Posten des Planungsleiters. Von 1990 bis 1993 saß er im Vorstand der Elektrokohle Lichtenberg Aktiengesellschaft.*

Elektrokohle war ein typischer Arbeiterbetrieb, wo neben Dreck auch gerne mal Schimpfwörter flogen. Gegründet im Jahr 1872, galt er als ein Traditionsbetrieb.

In der Zeit, in der ich beim VEB Elektrokohle arbeitete, erfüllten wir den Plan und erfreuten uns deshalb der Gunst der DDR-Staatsführung. Der Betrieb zählte stolze 2.700 Mitarbeiter. Bis auf wenige Ausnahmen kannte ich alle, die Hälfte von ihnen sprach ich sogar mit Vornamen an. Die Arbeiter waren einander wohlgesonnen, der Umgang war kollegial.

Meine erste Arbeitsstelle im VEB Elektrokohle als Abteilungsökonom befand sich im Produktionsbereich Silizium-Heizleiterfertigung. Von dort aus wurde ich in die Zentrale Planung des Betriebes berufen und wurde 1980 Planungsleiter. Diese Funktion erfüllte ich bis zur Wende.

Plötzlich war die freie Marktwirtschaft da. Ich bewarb mich um den Vorstandsposten der von mir mitgegründeten Elektrokohle Lichtenberg Aktiengesellschaft und wurde vom Aufsichtsrat bestätigt.

Durch die HbE-Anlage, die Anlage für hochbelastbare Elektroden, die wir noch zu Wendezeiten fertig gebaut hatten, hatten wir uns einen Schuldenberg von über 100 Millionen D-Mark aufgeladen. Zu Beginn der Bauarbeiten hatte die DDR noch bestanden. Sie hätte den Bau finanzieren sollen. Nach der Wende fühlte sich jedoch keiner mehr für die neue Anlage verantwortlich und die Kosten fielen auf uns zurück.

Wir unternahmen etliche Versuche, uns von den Schulden zu befreien. Dafür stießen wir sogar bis nach München vor, um eine Entschuldung

zu erreichen. Leider ohne Erfolg. Man stellte uns Mitarbeiter der Treuhandanstalt an die Seite. Angeblich sollten sie uns helfen, uns in der neuen Situation zurechtzufinden. Doch als erstes kam von ihnen der Vorwurf, wir würden rote Zahlen schreiben.

Daraufhin schickten sie uns ein paar «Esel», die uns beibringen wollten, wie man läuft: Wir sollten nicht zweimal den linken Fuß aufsetzen, sondern beide Füße abwechselnd. Wir begriffen schnell. Das Schrittmuster war uns nicht fremd und wir taten es ihnen gleich. Zur Belohnung schenkten sie uns Messer und Gabel, damit wir nicht nur – wie bisher – mit dem Löffel essen mussten.

Wir verabschiedeten uns von nicht-marktfähigen Produkten und strukturierten uns nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. Die HbE-Anlage war die Investition wert gewesen und erwies uns nun einen hervorragenden Dienst. Durch die Technologie stiegen wir auf und wurden zum konkurrenzfähigen Wettbewerber. Wir konnten mithalten, schrieben schwarze Zahlen. Zugegebenermaßen waren diese nicht nachhaltig, doch wir befanden uns auf dem richtigen Weg und hielten Kurs.

Allerdings schafften wir es nicht, den gesamten Betrieb aufrechtzuerhalten. Wir gliederten einige Bereiche aus, privatisierten andere und stellten ihnen Maschinen und Gebäude zur Verfügung. Manche Mitarbeiter entließen wir in den Vorruhestand, andere hatten selbst etwas Neues gefunden. Damit die Treuhand einige unserer Leute in ihre Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen integrierte, zog ich bei den Verhandlungen brav meinen Kopf ein, wenn sie sich über unsere Geldforderungen echauffierten. Mit dem Betriebsrat gaben



wir unser Bestes, damit bei uns keine Scharen in die Arbeitslosigkeit gingen.

Von 2.700 Mitarbeitern konnten wir letztlich 200 in den neuen Betrieb übernehmen. Die Treuhand tat nichts, außer uns einzuhämmern, wir seien verschuldet und unproduktiv. Um aus der misslichen Lage herauszukommen, mussten wir uns selbst helfen. «Los, wir wollen!», sagten wir uns. Wir hatten ja die Kapazitäten. Wir hatten Geld. Aber eben auch horrenden Schulden. Wir klemmten uns dahinter. Für unser Überleben wollten wir nichts unversucht lassen und kämpften an allen Fronten. So begannen wir, «Tabus» zu brechen.

Mit einem unserer großen Wettbewerber im Westen verhandelten wir über eine Kooperation. Vermutlich durchschauten diese die Treuhand und beschlossen, uns als Konkurrenten den Haien zu überlassen. «Ossis, macht mal euer Ding alleine», sagten sie. Davon ließen wir uns jedoch nicht entmutigen.

Parallel schlugen wir uns mit anderen Unternehmen herum. Die Treuhand hatte die Regelung getroffen, Geldforderungen zwischen einzelnen Firmen treuhandintern zu klären. Dafür stellten sie einen Obmann. Einmal stießen wir mit einer Firma zusammen, die uns belieferte hatte. Sie

forderten 103 Millionen D-Mark von uns, aber wir konnten sie nicht bezahlen. Es war nichts Persönliches, wir kämpften alle um unser Überleben. Ihre Ansprüche waren berechtigt und ich fühlte mich furchtbar. Doch ich war der Vertreter von Elektrokohle und musste meinen Betrieb verteidigen.

«Als es die DDR noch gab, habt ihr etliche Termine versäumt!», schüttelte ich mir aus dem Ärmel. «Dadurch traten Probleme auf und wir konnten große Summen nicht rechtzeitig zurückzahlen. Wir hatten riesige Verluste und schulden euch nichts!» Ich begann, ihnen spontan komplizierte Rechnungen aufzutischen. «Ihr schuldet uns vier Millionen!», stellte ich anschließend fest.

Der anwesende Obmann der Treuhand wäre fast in Ohnmacht gefallen. «Das kann doch nicht sein, hier kommt einer, will 103 Millionen, und der Esel da drüben will vier von ihm! Da mache ich nicht mehr mit», schimpfte er. «Ich gehe jetzt nach Hause!» Das war meine schönste Verhandlung. Nach intensivem Suchen und vielen Mühen fanden wir eine russische Kohlenstoff-Werkstätte in Wjasma, einer Stadt unweit von Moskau, mit der wir eine Kooperation eingingen. Mit der HbE-Anlage stellten wir eine Qualität der Graphit-Elek-

trode her, die die Russen für ihre Elektro-Stahlwerke benötigten. Wir verschickten unsere gerüttelten Elektroden nach Wjasma. Dort wurden sie imprägniert und gebrannt und anschließend nach Bitterfeld gefahren, um graphitiert zu werden. Die graphitierten Elektroden wurden in Elektrokohle Lichtenberg weiterbearbeitet und für den Versand fertig gemacht. Mit diesem hochwertigen Produkt gelang es uns, unseren Umsatz stabil zu gestalten.

Dieses komplexe Verfahren, bei dem die Elektrode einmal um die Welt transportiert werden musste, entwickelten mein Amtsbruder Ulrich Hanff und ich in einem Strategiepapier weiter. Mit zwei Westdeutschen, die uns unterstützten, hatten wir ausgetüftelt, wie das Verfahren vereinfacht und effektiver gestaltet werden konnte. Wir hätten die Graphit-Elektrode mit einer Kapazität von bis zu 35.000 Tonnen produzieren können. Damit wären wir für die Bundesrepublik ein echter Stein des Anstoßes gewesen, denn wir hätten die Leistungsfähigkeit der Konkurrenten im Westen erreicht.

Während wir noch intensiv an unserem Papier arbeiteten, tauchte eine Firma auf und bot an, unser Konzept in die Sprache der Wessis zu übersetzen. Wir stimmten zu, denn wir waren in unseren Formulierungen sehr kopflastig und nicht mit anschaulichen Grafiken vertraut. Das ausgearbeitete Konzept wurde bei der Treuhand eingereicht. Wir hielten es für wasserdicht. Auch unsere Partner aus der BRD waren überzeugt davon. Rückblickend war das jedoch unser letzter Sargnagel.

Am 10. Dezember 1993 um zehn Uhr wurden Ulrich Hanff und ich in die Treuhandanstalt bestellt. Man ließ uns warten. Im Vorfeld war der Aufsichtsrat, der uns bis dato arbeiten ließ, entlassen worden. Wir ahnten Böses. Die Zeit zog sich hin. Es wurde Mittag. Speisen oder Getränke bot man uns nicht an. Die Stunden vergingen, und wir wurden immer nervöser. Schließlich dämmerte es draußen. Dann wurde es stock-

duster. Um 18 Uhr empfing man uns endlich. Eine Stunde später waren wir fristlos entlassen. Ich durfte noch einmal mein Büro betreten, um meine persönlichen Sachen abzuholen.

Die Liste der Vorwände war lang: Die Kooperation mit den Russen wäre hinter dem Rücken der Treuhand erfolgt und in der Belegschaft würden wir Unruhe stiften. Juristisch gesehen, hatten sie genug Gründe beisammen, um uns zu kündigen. Widerstand war zwecklos. Alles, was wir in unserer Situation für den Betrieb für strategisch klug gehalten hatten, verwendeten sie nun gegen uns.

Zwei Monate lang zog ich mich zurück undleckte meine Wunden. Wenn man 27 Jahre alles für eine Firma gegeben hat und plötzlich so weggeworfen wird, da steht man erst mal vor dem Gar nichts. Nur langsam erholte ich mich und musste mir schließlich eingestehen: «Tja, Bernd, Krieg verloren.»

Nun hieß es: Weitermachen. Ich gründete eine der ersten privaten Arbeitsvermittlungen in Ostberlin. Ein Baubetrieb brauchte dringend gute Leute, die fand ich. Daraufhin fragten sie mich, ob ich nicht bei ihnen als Prokurist anfangen wolle. So kam ich in eine Baufirma und wurde dort schließlich Geschäftsführer. Bis zur Rente arbeitete ich dann in der Erwachsenenbildung, wo ich mich sehr wohl fühlte und hoffentlich einen guten Eindruck hinterließ.

Heute denke ich: Was die Treuhandanstalt in den Neunzigerjahren geboten hatte, war äußerst glanzlos, oberflächlich und feige. Wer war überhaupt die Treuhand? Letztlich Mitarbeiter, die einen Auftrag und viele Vorgaben hatten. Ich denke, im Stillen lautete ihr Auftrag, alles kaputtzumachen, was die Wessis hatten und was sie nicht brauchten. Diesen Auftrag erfüllten die Mitarbeiter der Treuhandanstalt vorzüglich.

Das sind nur Vermutungen. Ich kenne ihre Vorgesetzten nicht und weiß nicht, wer der Hauptverantwortliche war. Und 30 Jahre später werde ich mich da auch nicht mehr reinsteigern.

**Wir waren Konkurrenz:
Unsere Betriebe wurden
abgewickelt**

Trotz Innovation in die Insolvenz

Albrecht Meyer, Jahrgang 1942, schloss sein Studium an der Ingenieurschule «Rudolf Diesel» in Meißen als Diplom-Ingenieur für Kältemaschinenbau ab und arbeitete seit 1965 als Versuchsingenieur beim VEB dkk (Deutsche Kühl- und Kraftmaschinen) Scharfenstein. 1985 wurde er zum Leiter der Versuchsabteilung und somit verantwortlich dafür, Alternativen für das Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW)-Kältemittel zu finden. Ab 1996 leitete er die Abteilung Technik bei Foron. Nachdem der Betrieb liquidiert wurde, arbeitete Albrecht Meyer zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Bionik und ab 2006 als technischer Mitarbeiter bei Wätas Olbernhau.

Im Jahr 1987 wurde das Montreal-Abkommen zum Schutz der Ozonschicht unterzeichnet. Es schrieb vor, ozonschädigende und chlorhaltige Substanzen, wie das FCKW-Kältemittel, auszumustern. Als Leiter der Versuchsabteilung im VEB dkk Scharfenstein war ich dafür verantwortlich, ein neues umweltfreundliches Kältemittel zu finden.

Ab 1988 forschten wir an Alternativen. Die Produkte, die in der westlichen Welt genutzt wurden, standen uns nicht zur Verfügung. Wir schlugen eine andere Richtung ein und suchten nach Kältemitteln, die besser und günstiger wären. Wir gingen zielgerichtet unseren eigenen Weg. Bis 1989 die Wende kam.

Nun konnten wir auf die im Westen vorhandenen Stoffe zugreifen. Unsere Forschung nach einem umweltfreundlicheren Kältemittel legten wir in der Umbruchphase auf Eis. Aus Verkaufsgründen wollten wir keine Sonderstellung auf dem Markt einnehmen. Um bestehen zu können, passten wir uns an. Wir machten, was alle anderen machten, denn die Kunden erwarteten, dass unsere Kühlschränke denen aus dem Westen ähnelten. Unser größter Nachteil war, dass wir so gut wie keine Einbaukühlschränke anboten.

Mit dem Kältemittel, das der Westen favorisierte und das wir nun benutzen konnten, waren wir nicht zufrieden. Es basierte auf teilfluorierten Kohlenwasserstoffen, den HFKW, und war somit zwar nicht ozonschädlich, hatte aber einen hohen GWP-Wert (global warming potential, Erderwärmungspotenzial) und trug zur Klima-

erwärmung bei. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hatte versucht, in der Bundesrepublik ein weniger schädliches Kältemittel durchzusetzen, welches auf reinen Kohlenwasserstoffen basierte. Die Idee, dieses als Kältemittel in Haushaltskühl- und Gefriergeräten zu verwenden, kam vom Dortmunder Hygieneinstitut. Die Hersteller lehnten es jedoch ab, mit der Begründung, dass es bei Tests zu Bränden und Explosionen gekommen wäre.

Als wir 1991 die Hausgerätemesse Domotechnika in Köln besuchten, kam Greenpeace auf uns zu. Wir hatten bereits eine FCKW-freie Wärmedämmung aus Styropor entwickelt. Diesen Werkstoff hatten auch andere Kühlgerätehersteller benutzt, ihn jedoch 1970 durch Polyurethan mit dem Treibmittel FCKW 11 ersetzt, weil dieses bessere Dämmeigenschaften aufwies. Aus Embargo-Gründen konnte dkk diese Dämmung nicht nutzen und entwickelte die Technologie mit Styropor weiter (dkk-Patent «Sonderschäumverfahren»).

Greenpeace überzeugte uns, mit ihnen zu kooperieren und das neue Kältemittel in unseren Kühlschränken zu testen. Bereits seit dem 1. Juli 1990 stand dkk jedoch unter der Treuhänderschaft der Treuhandanstalt und firmierte unter dem Namen Foron Haushaltgeräte GmbH. Überall unsere Aktivitäten mussten wir der Treuhand Rechenschaft ablegen. Da wir fürchteten, dass sie uns die Entwicklungsarbeiten nicht erlauben würde, hängten wir unsere Kooperation mit Greenpeace nicht an die große Glocke.



Wir begannen schnell mit den Tests. Damit wir der Treuhand nicht negativ auffielen, bat ich den Verantwortlichen von Greenpeace, mit uns eine Vereinbarung über die Entwicklungsfinanzierung abzuschließen. Darin hielten wir fest, Still-schweigen über die Zusammenarbeit zu wahren. Es gelang uns, die brennbaren reinen Kohlenwasserstoffe in Kühlgeräten serientauglich einzusetzen, zusätzlich den Energieverbrauch zu verringern und die gleichen Sicherheitsstandards zu gewährleisten, wie bei den unbrennbaren FCKW-Kühlschränken. Wir lieferten Greenpeace zehn Kühlschränke für ungefähr 26.000 D-Mark. Sie testeten die Geräte, alle Prüfungen waren positiv. Währenddessen plante die Treuhand weiter weg, Foron zu liquidieren. Im Juli 1992, am Tag, als die Treuhand unsere Firma schließen wollte, gingen wir mit der neuen Kühltechnik an die Öffentlichkeit.

Binnen vier Wochen gingen 65.000 Vorbestellungen für den «Greenfreeze» ein. Die Treuhand nahm nun Abstand von der Liquidation. Sie gab uns sogar noch einmal fünf Millionen D-Mark Entwicklungsgelder, allerdings mit der Forderung, in einem dreiviertel Jahr die Serienproduktion zu beginnen. Dies gelang uns. Am 15. März 1993 ging unser Kühlschrank in Serie. Er erfüllte alle Umwelanforderungen und wurde 1993 mit dem ersten Deutschen Umweltpreis ausgezeichnet.

Andere Hersteller versuchten indessen mit aller Macht, den Erfolg des neuen Kältemittels zu verhindern. Sie standen unter großem finanziellem Druck, weil die Bundesregierung mehrere Millionen an Fördergeldern für das bisher im Westen favorisierte Kältemittel ausgegeben hatte. Sie streuten Gerüchte, dass unsere Kühlschränke nicht sicher wären, dass sie explodieren würden oder einen höheren Stromverbrauch hätten. Greenpeace nannte diese Firmen spöttisch «Die chlorreichen Sieben».

Alle deutschen Gerätehersteller hatten eine freiwillige Selbstverpflichtung abgegeben, bis 1995 FCKW-freie Geräte in den Handel zu bringen. Anstelle von FCKW sollten sie das umweltschädliche HFKW R 134a verwenden. Diese Verpflichtung unterschrieben wir nicht. Denn wir vertraten den Standpunkt, dass auch andere Kältemittel – insbesondere, wenn sie umwelt-

freundlicher wären, wie unsere Alternative aus reinem Kohlenwasserstoff – Bestandteil der freiwilligen Verpflichtung sein sollten. Wir hatten uns eine eigene Selbstverpflichtung erarbeitet, die wir dem Umweltminister Klaus Töpfer übergaben, als er sich in der Nähe von Scharfenstein aufhielt. Die deutschen Gerätehersteller akzeptierten unseren Vorschlag nicht und schlossen uns von ihrer Selbstverpflichtung aus. Man hatte es eben nicht gern, dass einer aus dem Osten einem die Stirn bot.

Nun wurde es politisch. Die Bundesregierung berief eine Kommission ein, um die Problematik der FCKW-haltigen Kühlschränke in den Griff zu bekommen. 50 Fachleute – darunter Ärzte, Vertreter der Chemieindustrie und von Verbraucherschutzverbänden – beschäftigten sich im Dezember 1992 mit den Kältemitteln. Wir hatten es mit unserer umweltfreundlichen Alternative geschafft, Aufmerksamkeit zu erwecken.

Andere Hersteller erkannten, dass wir auf dem richtigen Weg waren. Plötzlich versuchten sie mit aller Kraft, sich unsere Technologie anzueignen. Als die Kommission im Mai 1993 erneut zusammentrat, zogen die übrigen Hersteller nach und rüsteten auch auf reinen Kohlenwasserstoff um. Ab 1995 ging unsere eigene Produktion dennoch zurück. Die Konkurrenz verkaufte ihre Kühlschränke zu günstigeren Preisen. Leider durften wir das Kohlenwasserstoff-Kältemittel nicht zum Patent anmelden, denn Greenpeace wollte, dass sich die umweltfreundliche Technologie verbreiten und weltweit zum neuen Standard würde – was auch gelang. Nur für uns, die wir diese Technik entwickelt hatten, sah es nicht gut aus.

In den ersten Monaten nach der Wende hörte ich oft: «Herr Meyer, wenn die Treuhand zu Ihnen kommt, bedenken Sie: Das sind keine Freunde!» Sie wollten uns aus dem Weg räumen. Denn das ist das Problem in der Marktwirtschaft: Die Konkurrenz muss weg. Bei dkk Scharfenstein hatten sie Erfolg. Wir gingen insolvent. Eine Zeit lang führte uns ein holländisches Unternehmen, bis dessen Mutterkonzern ebenfalls Insolvenz anmeldete. Die Bank gab uns ein Jahr, um einen neuen Investor zu finden, aber das gelang uns nicht. So endete die Geschichte von Foron und dkk Scharfenstein.



«Bei allen Veränderungen hatte ich Riesenglück.»

Dr. Rolf-Dieter Klodt, Jahrgang 1942, studierte an der Technischen Hochschule Merseburg Chemie. Er promovierte und war fast 40 Jahre in der Polymerforschung im VEB Chemische Werke Buna und den Nachfolgebetrieben tätig. Er arbeitete in den Redaktionsbeiräten der Betriebszeitung der Buna-Werke sowie der Fachzeitschrift «Plaste und Kautschuk» mit. Als Abteilungsleiter musste er nach der Wende sein gesamtes Forschungskollektiv entlassen.

Ich glaube, behaupten zu können, in der betrieblichen Arbeit stets nach kreativen Lösungen gestrebt zu haben. Ich war immer ungeduldig, etwas Neues zu entwickeln oder nach Verbesserungen zu suchen, etwas voranzutreiben, mich auszuprobieren. Auf keinen Fall auf der Stelle treten, das war mir wichtig. Vielleicht sind ja meine über 150 wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Patente ein Ausdruck dessen. Ich war Forscher mit Leib und Seele, obwohl meine Position gegenüber den Leuten in der Produktion nicht immer ganz einfach war. Es begann Ende der Sechzigerjahre mit der Entwicklung eines Verfahrens zur Herstellung der Polymerkombination ABS. Diese wurde wegen Investitionsschwäche vor dem Ziel abgebrochen. Danach arbeitete ich an einem Masseverfahren zur Herstellung von witterungsbeständigem, schlagzähem Polystyrol.

Eine große Aufgabe erwartete mich, als ich 1976 in ein Team berufen wurde, das den vielfältig verarbeitbaren Kunststoff Polyvinylchlorid (PVC) zur Weltmarktfähigkeit bringen sollte. Die DDR-Führung hatte sich entschlossen, die Anlagen vom westdeutschen Unternehmen Uhde – einer hundertprozentigen Tochter des Hoechst-Konzerns – auf Kompensationsbasis errichten zu lassen. Dies bedeutete, dass die Investition mit PVC-Lieferungen zurückgezahlt werden musste. Dazu sollte die vorhandene Alt-Anlage in Schkopau einen beträchtlichen Beitrag leisten. Die Entwicklung gelang, wenn auch mit zwischenzeitlichen Tiefschlägen und ständigen Bewährungsproben. Immerhin, die Refinanzierung konnte ein Jahr früher als geplant abgeschlossen werden.

Zwischen 1980 und 1989 standen Maßnahmen zur Produkt- und Verfahrensoptimierung an. In dieser Schaffensperiode erlebte ich die Wende und wurde noch in der Übergangsphase zum Abteilungsleiter meines Forschungskollektivs berufen.

Nach 1989 waren der Vorstand der Buna-Werke und insbesondere der Betriebsrat fest entschlossen, das Werk als Ganzes zu retten und möglichst viele Produktionslinien aufrechtzuerhalten. Sie suchten nach Investoren, doch für eine lange Zeit ließen sich keine seriösen Anbieter finden. Unser Forschungsbereich wurde nicht mehr gebraucht und daher geschlossen.

Und plötzlich lag die Aufgabe bei mir, mehr als 30 Mitarbeiter meines Kollektivs – nur ein Bruchteil davon hatte in der Betriebs- und Zentralen Forschung eine neue Arbeit gefunden – zu entlassen. Das fiel mir äußerst schwer, schließlich hatte ich lange und eng mit ihnen zusammengearbeitet. Natürlich hätte ich ihnen erklären können, dass das nicht meine Entscheidung war, dass ich als Abteilungsleiter lediglich die Beschlüsse anderer auszuführen hatte. Und dass ich selbst nicht wusste, wo ich bleiben würde. Doch in einer solchen Lage sind Erklärungsversuche zwecklos.

Die Menschen, die ich entließ, interessierten die Hintergründe nicht. Sie sahen nur ihre Kündigung. Manche nahmen das sehr persönlich und waren mächtig wütend auf mich. Glücklicherweise hatte ich später Gelegenheit, mich mit den meisten auszusprechen.

Als meine Forschungsgruppe aufgelöst war, stellte sich für mich die Frage: «Was passiert nun

eigentlich mit dir?» Ich hatte mich zwar in einer der drei neu gegründeten Bereiche der Zentralen Forschung beworben, doch wenig Zutrauen zu deren Überlebensfähigkeit. Eine mögliche Entlassung vor Augen, besuchte ich in Eigeninitiative verschiedene Motivationsschulungen, Kurse zur Anfertigung von Bewerbungsunterlagen und für die richtige Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche, ein Training für zukünftige Versicherungsvertreter und – gemeinsam mit meiner Frau – eine Sprachschule in Südengland.

In dieser von sehr viel Resignation geprägten Phase kam mir der Zufall zu Hilfe. In meinem ersten Wirkungsgebiet als junger Absolvent – in der Polystyrolforschung in Buna – wurde eine Stelle frei. Ich erkundigte mich beim Chef der Abteilung, ob er mich nicht wieder aufnehmen würde, und er willigte ein. Das stellte sich als eine gute Entscheidung heraus. Doch nicht sofort.

Die Jahre zwischen 1991 und 1995 waren mit weiterem Bangen um den Arbeitsplatz, mit Betriebsstilllegungen und Entlassungen von Mitarbeitern verbunden.

Zuerst wurde die ABS-Produktion eingestellt. Sie basierte als einzige in der Welt noch auf dem technisch veralteten Emulsionsverfahren. Die Produktionsmenge war zu gering, die Stilllegung deshalb nachvollziehbar und aus ökonomischer Sicht verständlich. Doch was interessierte es diejenigen, deren Arbeitsplatz verloren ging und die keine Alternativen aufgezeigt bekamen.

Eine ähnliche Situation bestand beim schlagzählen Polystyrol. Die Produktion auf «Compound-Basis» war museumsreif, die erreichbaren Qualitäten hatten unteres Niveau. Wieder mussten Kollegen gehen. Wieder musste ausgewählt werden, wen es trifft. Wie konnte das gerecht sein? Bei den Entscheidungen wurden Alter, soziale Kriterien, fachliche Qualifikation und Teamfähigkeit in Betracht gezogen. Doch – um ehrlich zu sein – gaben wir, wenn die ersten Kriterien einigermaßen vergleichbar waren, häufig den Teamplayern den Vorrang.

Ganz anders war die Situation beim sogenannten expandierbaren Polystyrol (EPS) – einer ebenfalls in der Abteilung angesiedelten Produktgruppe. EPS ist das Grundmaterial für die Herstellung von Partikelschaum, landläufig als Styropor bekannt. Anlass zu Euphorie gab uns auf diesem Gebiet

der zu erwartende Absatzmarkt. Ostdeutschland hatte Nachholbedarf bei der Dämmung von Häusern, wozu aufschäumbares Polystyrol eingesetzt wurde. Die in Buna vorhandenen Erfahrungen in der EPS-Produktion sollten ausgenutzt, die Produktionskapazität wesentlich erweitert und auf den neuesten Stand gebracht werden. Doch die Mitwettbewerber gaben uns keine Lizenzen für die Herstellung. Die Gründe sind klar: Sie wollten diese neuen Absatzmärkte selbst bedienen. Wirtschaftlich verständlich, aber wenig solidarisch.

«Gut», sagten wir, «dann entwickeln wir das Verfahren eben selbst!» Noch während der schwierigen und auf ein Scheitern hindeutenden Lizenzverhandlungen wurden Konzepte für eine Eigenentwicklung entworfen. Als feststand, dass es keine Lizenz geben wird, wurde die technologische Forschung forciert und parallel mit der Projektierung einzelner Anlagenteile begonnen. Das war riskant, aber auch dringend nötig, um den Fuß schnell in den Absatzmarkt zu bekommen.

Die neue Anlage wurde 1995 mit einer Plan-Kapazität von 40.000 Tonnen in Betrieb genommen. Es ist kurios: Der Umstand, dass die westdeutsche Großchemie in dieser sensiblen Phase des Wiedervereinigungsprozesses Eigennutz vor Hilfe walten ließ, rettete mir und einer größeren Zahl von Mitarbeitern in Buna für mindestens weitere fünf Jahre den Job.

Im selben Jahr wurden wir vom US-amerikanischen Chemieriesen The Dow Chemical Company (kurz Dow) übernommen, dem Weltmarktführer in der Produktion von sogenanntem Extrusionsschaum. Expandierbares Polystyrol auf Basis von Partikeln gehörte bislang nicht zu deren Produktionsprofil. Doch die erst kurz zuvor errichtete EPS-Neuanlage konnte nicht so einfach liquidiert werden. Obwohl von unserer Seite Synergieeffekte zwischen beiden Geschäftsfeldern als möglich angesehen und auch immer wieder angemahnt wurden, blieben wir bis zuletzt ein leidliches Anhängsel der Dow.

Die Quintessenz in Buna war: Von 20.000 Angestellten durften letztlich nur 2.000 im Betrieb bleiben. Ob jemandem gekündigt wurde oder nicht, hing im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: fachmännischem Können und purem Glück. Mit meiner ehemaligen Forschungsgruppe saß

ich auf einem Ast, der abgeschnitten worden war. Doch ich landete günstig, und dafür gab es mehrere Gründe: Mut und Entschlossenheit einiger führender Köpfe der Unternehmensleitung, Weitsicht und Beharrlichkeit des damaligen Abteilungsleiters Dr. Bernd Hamann, sofort nach der Wende eine neue Anlage zu bauen, und die Erkenntnis, dass uns die anderen Unternehmen nicht helfen würden. Ich hatte das Glück, zu den Verbliebenen in Buna zu gehören.

Ich erinnere mich gern an den ersten Polymerisationsansatz in den bisher ungewohnt großen 60-Kubikmeter-Reaktoren, in dessen Verlauf Selbstzweifel und der Glaube an das eigene fachliche Können und damit die Zuversicht über das Gelingen einander abwechselten. Auch an die vielen erfolgreichen Weiterentwicklungen, mit denen wir auf dem Markt Fuß fassen konnten. In den USA durfte ich auf dem ersten Polymersymposium der Dow unsere Ergebnisse präsentieren. Mit noch mehr Stolz erfüllte mich, dass ich zu den zwei Autoren aus Buna gehörte, die in der bekannten John Wiley & Sons-Serie in Polymer Science unter der Rubrik «Modern Styronic Polymers» den neuesten Erkenntnisstand auf dem jeweiligen Fachgebiet darstellen durften. Die überraschende Beförderung zum Product-Research-Leader auf der Grundlage von 800 eingereichten Seiten ließ den Glauben in mir aufkeimen, dass ich meine Forschungsarbeit bis zu meiner Rente ausführen könne.

Doch weit gefehlt. Gegen Ende meines Arbeitslebens lernte ich noch einmal eine andere, die brutale Seite des kapitalistischen Systems kennen: Es war im Jahr 2005, ich war noch nicht ganz 63 Jahre alt. Für die Dow war ich damit ein alter Mann, denn ihre eigenen Führungskräfte verabschiedeten sich oftmals bereits mit 57 oder sogar früher. Obwohl ich kurz vorher eine zweijährige Vorruhestandsregelung ausgehandelt hatte, hieß es plötzlich, ich müsse sofort gehen. Der Arbeitsplatz würde nicht mehr gebraucht. Schließlich bestellte man mich zur Personalche-

fin. «Es bleibt dabei, Du musst noch am Ende dieses Jahres nach Ablauf der Kündigungsfrist das Werk verlassen. Da hilft auch kein Veto», teilte sie mir mit.

Ich bekam eine Abfindung, aber es nagte noch lange an mir. Weil es aus heiterem Himmel kam und ein jüngerer Nachfolger trotz angeblicher Streichung des Arbeitsplatzes schon in den Startlöchern stand. Die Forschung wurde jedoch in der Folgezeit stark reduziert und schließlich ganz auf Null gesetzt. Der gesamte Geschäftsbereich EPS wurde pünktlich nach Ablauf der vereinbarten Garantiezeit von Dow verkauft, womit er das Schicksal vieler anderer Sparten davor und danach teilte.

Die Erfahrung, zunächst meine gesamte PVC-Forschungsgruppe und später in Intervallen noch weitere meiner ehemaligen Kollegen entlassen zu müssen, hinterließ ein dunkles Kapitel in meiner Lebensgeschichte. Für mich wandte sich letzten Endes alles zum Guten, wenn auch das Ende etwas kurios und unvorhersehbar war.

Meine Verabschiedung aus dem Berufsleben organisierte ich selbst. Ich lud zu einer Lunchpräsentation ein, bei der Kurzvorträge gehalten und Erinnerungen ausgetauscht wurden. Das hatte ich mir bei der Emeritierung von Wissenschaftlern in den regulären Ruhestand abgeschaut und für mich selbst immer gewünscht. Es war herrlich! Kollegen aus mehreren Unternehmen, mit denen ich zusammengearbeitet hatte, kamen. Tolle Fachleute. Dass ich bei allen Veränderungen und Neuanpassungen ein Riesenglück gehabt hatte, wurde mir dort noch einmal bewusst. Ein solcher Abgang war vielen meiner ehemaligen Arbeitskollegen nicht vergönnt. So musste meine Frau, die ebenfalls in Buna gearbeitet hatte, ihren angestammten Arbeitsplatz als Forschungsschemikerin schon mit 50 Jahren verlassen. Sie fand zwar durch glückliche Umstände eine neue – allerdings artfremde – Anstellung im Bereich «Altlasten», ging aber schließlich schon mit 53 Jahren in die Arbeitslosigkeit.



EIN LETZTES
„GLÜCKAUF“
1993
LAUCHHAMMER

Vom Kohlekombinat blieb nichts als Erinnerung

Dr. Konrad Wilhelm, Jahrgang 1951, absolvierte eine Lehre als Elektriker und arbeitete danach in der Kokerei Lauchhammer. An der Bergakademie Freiberg begann er ein Studium der Geophysik, das er aus politischen Gründen nicht abschließen durfte. Er wurde exmatrikuliert, kehrte nach Lauchhammer zurück und studierte später an der Ingenieur-Hochschule für Energetik in Zittau Elektrotechnik. Als Diplom-Ingenieur wurde er 1986 zum Leiter für Arbeits- und Produktionssicherheit des VEB Braunkohlenveredlung Lauchhammer ernannt. 1989 übernahm er den Posten des Betriebsdirektors und in dieser Funktion die Abwicklung des Betriebs. Seit 2001 leitet Konrad Wilhelm den Traditionsverein Braunkohle Lauchhammer e.V.

Mein Geburtsjahr ist das Jahr der Grundsteinlegung der Kokerei des VEB Braunkohlenveredlung in Lauchhammer: 1951. Mein Geburtsort befindet sich unweit davon.

Ich fing 1972 mit dem Facharbeiter-Abschluss in der Tasche in der Kokerei als Elektriker an. Ich lernte den Laden richtig kennen, nicht nur die gesamten Band- und Aufbereitungsanlagen, sondern auch die Menschen. Ich überlegte, welche Zukunftsperspektiven sich mir boten. Schließlich bewarb ich mich in Zittau an der Ingenieur-Hochschule für Energetik – und bekam einen Studienplatz für Elektrotechnik, erhielt das Wilhelm-Pieck-Stipendium und konnte ein wertvolles Forschungsstudium anschließen.

Als frisch gebackener Diplom-Ingenieur kam ich 1983 zurück in den Heimatbetrieb in die Abteilung Technologie. Ich sollte den kompletten Betrieb durchlaufen, alles an der Basis kennenlernen. Zuerst die Brikettpresse, dann die Kraftwerke, danach die Gasreinigung und alles Übrige. Es kam jedoch anders.

In der Brikettfabrik Plessa gab es im Jahr 1983, am 17. August um 7.20 Uhr, eine riesige Explosion, eine Staubverpuffung. Vier Menschen starben, viele wurden verletzt. Die Schlote bildeten einen Trümmerhaufen.

In der Folge wurde ich in die neu gebildete Grundsatzabteilung berufen, die sämtliche Entscheidungen der Betriebsdirektion vor- und nachbereitete. Sie gab die Richtung für den Be-

triebsdirektor vor und war maßgebend für die gesamte Entwicklung und Perspektive des Betriebes. Als plötzlich ein Fachdirektor verstarb, für den der Kaderersatz noch nicht geregelt war, hieß es zum 1. Mai 1986: «Du machst das. Wir haben keinen anderen.» So rutschte ich in die Position des Fachdirektors beziehungsweise des Leiters für Arbeits- und Produktionssicherheit.

Dann sollte das neue Kraftwerk in Lauchhammer angefahren werden. Der Dampferzeuger I war fertig. Zur Inbetriebnahme brauchte eigentlich bloß auf den Knopf gedrückt werden. Weitere Dampferzeuger befanden sich im Bau. Um die Inbetriebnahme vorzubereiten, das Personal zu rekrutieren und zu schulen, wurde ein weiterer stellvertretender Betriebsdirektorposten geschaffen. Auf diesen dritten Stellvertreterposten wurde ich am 1. Mai 1989 berufen.

Im Juni fiel der Betriebsdirektor aus, der zweite Stellvertreter folgte und dann auch noch der erste – aus gesundheitlichen Gründen. Auf einmal stand ich allein da. Jetzt ging es nicht mehr darum, das neue Industriekraftwerk anzufahren. Ein Betrieb mit fast 8.000 Leuten musste geleitet werden. Und das Mitte 1989, während jede Woche ein paar mehr Leute fehlten, die über Ungarn in den Westen abgehauen waren.

Der Generaldirektor Dr. Herbert Richter nahm mich im August 1989 zur Seite: «Du wirst vom dritten Stellvertreter zum amtierenden Betriebsdirektor berufen.»



Am 1. Oktober 1989 übernahm ich den Posten offiziell, mit allen Rechten und vor allem Pflichten. Bald danach kam die Grenzöffnung. Von dem Tag an ging es drunter und drüber. Es verstrich kein Tag ohne Hiobsbotschaften, kein Tag ohne schwerwiegende Entscheidungen, für die oftmals gar keine Entscheidungsgrundlage vorhanden war.

Bereits Ende 1989 wurde uns klar, dass wir den Betrieb nur schwer aufrechterhalten konnten. Mit der Einstellung der Carbochemie und dem starken Produktionsrückgang in der Metallurgie kam es zu einem drastischen Marktverfall von Braunkohlenhochtemperaturkoks (BHT-Koks). Aus Absatzgründen wurden bereits von Oktober bis Dezember 1989 die ersten zwei Ofeneinheiten der Kokerei stillgelegt. Andererseits war eine komplette und schnelle Stilllegung nicht möglich, da wir in einem vertraglich zugesicherten Verbundbetrieb standen. So lieferten wir unter anderem Rectisolgas an die BASF Schwarzheide GmbH. Als wäre das nicht genug Aufregung, fiel der Abschluss meiner Dissertation in diese Zeit. In der

Rückschau frage ich mich, wie ich das alles geschafft habe. Mit Hilfe meiner Frau stellte ich in vielen Nachtstunden meine Doktorarbeit fertig und reichte sie in Zittau ein. Am 2. Oktober 1990, dem letzten Tag der DDR, erhielt ich die Mitteilung über den Verteidigungstermin und keinen Monat später, am 29. Oktober, verteidigte ich meine Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland. An diesem Erfolg konnte ich mich in dieser verrückten Zeit persönlich aufrichten. Der Familie sei gedankt, dass sie es mitmachte!

Im gleichen Jahr begann in Lauchhammer das Theater mit der Treuhandanstalt. Bis zur Abwicklung wurde es immer dubioser. Wir stritten lange und oft mit den Verantwortlichen, meist aber auf verlorenem Posten. Gegen die Auftragsniedermacher und die wie Heuschrecken über uns herfallende Konkurrenz blieb uns keine Chance.

So lehnte die Treuhand den Plan ab, einen «Sannierungsbetrieb» Kokerei vom Gesamtunternehmen Braunkohlenveredlung Lauchhammer abzukoppeln. Der Weiterbetrieb der Kokerei zog das Gesamtunternehmen in große finanzielle Schwierigkeiten. Am 26. September 1991 wurde in Lauchhammer der letzte Koks ausgetragen. Damit wurde das für die DDR-Wirtschaft entwickelte – und nur dort unter den technologischen Bedingungen existenzfähige – Verfahren der BHT-Koksherstellung für immer eingestellt. Für den Braunkohlenveredlungsstandort Lauchhammer gab es danach keine Zukunft.

Das Schlimmste war, dass wir keine zufriedenstellenden Lösungen für die vielen Menschen finden konnten, die in die Arbeitslosigkeit gehen mussten.

So ging es für uns zu Ende mit der Kohle. Und nur folgerichtig übernahm ich die Verantwortung im Traditionsverein Braunkohle Lauchhammer e.V., um wenigstens einen kleinen Teil dazu beizutragen, dass der Bergbau in Lauchhammer und unsere Arbeit nicht ganz in Vergessenheit geraten.

SKET muss weg – ein realer Krimi

Angela Brockmann, Jahrgang 1963, studierte Dolmetscherin für Russisch und Französisch und begann ihre berufliche Laufbahn 1985 im Schwermaschinenbaukombinat Ernst Thälmann (SKET) in Magdeburg. Nach der Wende arbeitete sie in der SKET Maschinen- und Anlagenbau AG, dem Rechtsnachfolger des Kombinats, als Dolmetscherin für die Chefetage. 1994 wurde sie Geschäftsführerin der 1990 gegründeten SKET-Handel GmbH und Pressesprecherin des Stammbetriebes. Heute ist sie Unternehmerin und als Geschäftsführerin der Abrotec Energietechnik GmbH im Bereich erneuerbare Energien und Umwelttechnik tätig.

Reden und reisen, das war schon immer das, was ich wollte. Daher studierte ich Dolmetscher für Russisch und Französisch in Leipzig. Nach dem Studium landete ich durch die Arbeitsplatzlenkung der DDR im damaligen Schwermaschinenbaukombinat Ernst Thälmann (SKET). Ausgerechnet Magdeburg – in meinen Augen damals nur Schwermaschinenbau und hässliche Neubaublocks. «Hier bleiben wir auf keinen Fall», sagte ich zu meinem Mann. Doch dann erhielten wir im Rahmen eines FDJ-Projektes für junge Familien eine Wohnung – bereits während des Studiums war unsere erste Tochter zur Welt gekommen. Die Sache war entschieden.

Kurz vor der Wende 1989 wurde ich noch Reisekader. Bis dahin war ich als Dolmetscherin für SKET hauptsächlich im Osten tätig. Ich reiste nach Almaty, Tbilisi und Baku, nach Riga, Tallinn, Vilnius, Minsk und Moskau, wo ich schon einen Teil des dritten Studienjahres verbracht hatte. Nun durfte ich dienstlich in den Westen reisen. Und auch wenn der Westen sich auf Algerien beschränkte – ich fand es gut.

Den 9. November 1989 erlebte ich in der algerischen Wüste in Biskra, einem Ort, in dem SKET ein Kabelwerk baute. Ich hatte von Kollegen gehört, dass die Mauer gefallen sei, aber niemand wusste genau, was passiert war. Es war eine aufregende Zeit. Heute bin ich dankbar dafür, diese friedliche Wende miterlebt zu haben.

Weniger friedlich ging es nach 1989 bei SKET zu. Das Kombinat wurde von der Treuhand aufgespalten, am Stammsitz in Magdeburg wurde die

SKET Maschinen- und Anlagenbau AG gegründet. Es folgten zahlreiche Aus- und Neugründungen. Von den 30.000 Mitarbeitern vor der Wende waren 1991 noch 10.000 übrig.

Ich blieb zunächst in der Aktiengesellschaft, als Dolmetscherin der Geschäftsführung. Das war angenehm, denn nun musste ich nicht mehr durch die Walzwerke kriechen, sondern hatte es mit Ministern zu tun und übernachtete auf Reisen in Hotels, in denen im Winter auch geheizt wurde. 1993 war es nach tollen Jahren als Dolmetscherin Zeit für etwas Neues. Ich erhielt die Chance, als Geschäftsführerin die neu gegründete Ost-Consult Sachsen-Anhalt GmbH zu leiten, einen Zusammenschluss von großen ostdeutschen Maschinenbaubetrieben. Als die beiden Braunschweiger Unternehmer Carsten Oestmann und Helmut Borchert von der Salzgitter Maschinenbau AG 1994 den Zuschlag für SKET erhielten, ging ich zurück – dieses Mal als Geschäftsführerin von SKET-Handel, einem Tochterunternehmen mit Sitz in Berlin, und als Pressesprecherin des Stammbetriebes SKET SMM GmbH. In dieser Position war ich mittendrin in der Presseschlacht um SKET.

Oestmann und Borchert planten, den Betrieb durch Expansion, neue Märkte und neue Produkte zu sanieren und das Unternehmen mit mindestens 1.600 Beschäftigten – diese Zahl war im Kaufvertrag als Untergrenze festgeschrieben – weiterzuführen. Mitte 1995 ging es langsam bergauf, das neu aufgebaute Vertriebsnetz zeigte erste Erfolge, SKET machte Geschäfte mit China, es lief gut. Die Hannover-Messe 1995 war das äußere Signal zum Aufbruch. An unserem



Messestand bewunderte Bundeskanzler Helmut Kohl die Leistungsfähigkeit von SKET und zeitgleich organisierten wir für alle Mitarbeiter unsere legendäre SKET-Party. Es kamen 7.000 Leute. Die Stimmung war toll.

Aber die Treuhand hatte wenig Interesse, einen ostdeutschen Konkurrenten für die westdeutsche Schwerindustrie aufzubauen.

Vielleicht war es ja nur Zufall, dass der damalige Hauptanteilseigner des einzigen westdeutschen Walzwerksproduzenten Schlömann-Siemag Mitglied im SKET-Aufsichtsrat war. Vielleicht aber auch nicht ... Nein, SKET musste weg, und das Scheitern der Sanierung sollte den beiden Unternehmern aus Salzgitter angelastet werden. Eines Sonntags im September 1995 erschien im Magdeburger General-Anzeiger ein Artikel, in dem Rudolf Bohn, Treuhand-Vorstand und später Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in Sachsen-Anhalt, starke Zweifel daran äußerte, dass SKET überhaupt noch 900 Mitarbeiter halten könnte. Das schlug ein wie eine Bombe. Nicht nur bei den Mitarbeitern, denen gerade etwas ganz Anderes erzählt worden war, sondern besonders auch bei den neuen, mühsam akquirierten internationalen Kunden.

Für mich als Pressesprecherin der Geschäftsführung begann eine aufreibende Zeit. Die Leitungen liefen heiß, SKET war jeden Tag Thema in den Nachrichten. Aber mit den Medien war es damals schon so wie heute: Wenn etwas erst einmal als «Tatsache» öffentlich verbreitet war, war es schier unmöglich, den Schaden wieder einzufangen. Da konnte ich Fakten zitieren, Verträge faxen, Beschlüsse vorlegen – das spielte keine Rolle mehr. SKET war zum Abschuss freigegeben. Bald darauf wurden die ersten Aufträge storniert, Banken stiegen aus dem Finanzierungskonsortium aus, in der Belegschaft rumorte es.

Und es gab einen weiteren Fakt, der nun zum richtigen Problem wurde: Der Kaufvertrag mit der Treuhand war wegen der fehlenden EU-Zustimmung nie rechtskräftig geworden. Oestmann und Borchert waren somit angestellte Geschäftsführer. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die Nachfolgerin der Treuhandanstalt, hatte das Sagen.

Von nun an wurden alle Register gezogen. Ich erinnere mich an das abgekartete Vorgehen in

den Aufsichtsratssitzungen. Um anstehende dringende Entscheidungen zu verzögern, wurde dafür gesorgt, dass man zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht mehr beschlussfähig war. Eine von Oestmann und Borchert angestrebte Zusammenarbeit mit dem Windenergieanlagenhersteller ENERCON wurde seitens der BvS mit dem Verweis auf «Konzentration auf das Kerngeschäft» kategorisch abgelehnt. Pikant: Nach der Rückabwicklung des Kaufvertrages gingen Teile von SKET an ENERCON. Man sagt, für eine symbolische D-Mark, aber das weiß ich natürlich nicht. Fast schon in alter Stasi-Manier hatte die Treuhand einen Spitzel in der Geschäftsleitung rekrutiert. Wir fanden sein Tagebuch, 400 Seiten voll mit geheimen Gesprächen und geheimnisvollen Absprachen, Vorgehensweisen – was musste getan werden, um SKET endlich tot zu sehen. Ein Krimi eben, den das Leben damals sicher öfter schrieb.

Im Januar 1996 gaben die beiden Unternehmer aus Salzgitter endgültig auf. Im Oktober folgte die Gesamtvollstreckung und Zerschlagung von SKET. In der Folge wurde ein Verwalter für die Gesamtvollstreckung eingesetzt, der noch lange gegen die Treuhand prozessierte und dem Vernehmen nach etwa 175 Millionen D-Mark von der BvS zurückforderte. Weil SKET also doch nie insolvent war?

Ich selbst war zu dieser Zeit bereits aus dem Unternehmen ausgeschieden. Ich machte mich selbstständig. Unter anderem baute ich ein Callcenter auf, was damals noch sehr innovativ war. Anfang der 2000er-Jahre gründete ich ein Unternehmen, das auf den Bau von Blockheizkraftwerken und Kälteanlagen spezialisiert ist. Das führe ich bis heute.

Für mich als junge Frau war die Zeit bei SKET spannend, aufregend, lehrreich, nicht dramatisch. Aber viele alte «SKETis» sind auf der Strecke geblieben. Wenn ich davon ausgehe, dass sich die Geschichte vieler anderer Betriebe zu Treuhand-Zeiten ähnlich wie bei SKET zugetragen hat, müssen wir uns heute nicht wundern, dass keine Großbetriebe und Konzernzentralen im Osten ansässig sind. Um so schöner und bemerkenswerter finde ich es, dass es einige der SKET-Nachfolger bis hierher, 30 Jahre nach der Treuhand, geschafft haben. Das spricht doch für SKET, oder?



Die Treuhand hatte die falsche Strategie

Dr. Martin Wilke, Jahrgang 1957, studierte von 1978 bis 1983 an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt Physik/Elektronische Bauelemente und promovierte 1993 auf dem Gebiet der Messtechnik. Bis Dezember 1990 arbeitete er als Entwicklungsingenieur und Gruppenleiter in der Messverfahrensentwicklung im Halbleiterwerk Frankfurt (Oder). Von Januar bis Juni 1991 kümmerte er sich im Auftrag der Geschäftsleitung um den Aufbau neuer Geschäftsbereiche und übernahm später verschiedene Geschäftsführerposten in der Wirtschaftsförderung in Frankfurt (Oder). Von 2010 bis 2018 war er Frankfurter Oberbürgermeister; heute ist er in der Ansiedlungs- und Unternehmensberatung tätig.

Das Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) (HFO) prägte nicht nur die Stadt, sondern die ganze Region. Fast jede Familie hatte mit dem Werk zu tun. Das HFO leistete einen erheblichen Beitrag zum sozialen und kulturellen Leben in Frankfurt. Es brachte die Stadt voran. Ich selbst arbeitete dort seit Ende des Studiums als einer von über 8.000 Beschäftigten. Nach dem Zweiten Weltkrieg und den wirtschaftlichen Einschnitten durch die Reparationen, die der Osten an die Sowjetunion leistete, wurde die DDR mit Hilfe der großen Kombinate reindustrialisiert. In der Oderregion wurde in Schwedt die Erdölverarbeitung angesiedelt, in Eisenhüttenstadt die Stahlproduktion und in Frankfurt die Halbleiterindustrie. Die Menschen, die hier arbeiteten, bauten das Land mit auf. Ihre Lebensgeschichten sind mit den Werken verknüpft, ihre Lebensleistung steckt in den Betrieben, so auch im Halbleiterwerk. Und was wir dort schafften, konnte sich sehen lassen. Die Produkte, die wir unter den planwirtschaftlichen Bedingungen entwickelten, produzierten und exportierten, waren qualitativ hochwertig. Die Produktion war in der DDR nicht auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet. Das Kombinat Mikroelektronik, zu dem das HFO gehörte, hatte – wie alle anderen – einen Versorgungsauftrag. Robotron oder RFT (Rundfunk- und Fernmelde-Technik) mussten für die Herstellung von Computern und TV-Geräten mit Bauelementen versorgt werden. Ziel war auch, Unabhängigkeit von Importen aus dem westlichen Ausland zu er-

reichen. Vieles wurde deshalb nachentwickelt. Unser Produktionsprogramm umfasste bis zu 400 verschiedene Bauelemente.

Die Messverfahrensentwicklung verfügte über eine gute Ausstattung mit technischem Gerät. Es gab einen gigantischen Messpark. Denn die Mikroelektronik wurde besonders unterstützt: Hier kamen die knappen Devisen zum Einsatz. Als nach der Wende die ersten Manager und Ingenieure aus der Halbleiterindustrie des Westens zu uns kamen, überraschte es sie, wie hoch unsere technischen Standards waren. Sie staunten, unter welchen Bedingungen wir unsere Leistung erbracht hatten.

Wie alle anderen Kombinate bekam jedoch auch das HFO nach der Wende große Probleme, im neuen Wirtschaftssystem zu bestehen. Um den Betrieb erfolgreich zu privatisieren, hoffte die Treuhand auf das Geschäft mit Russland. Auf Grundlage der alten Handelsbeziehungen setzte sie auf einen entsprechenden Umsatz in Höhe von bis zu 50 Millionen D-Mark. Unter dieser Voraussetzung wurde die Privatisierung angegangen.

Der Umsatz erreichte aber nicht die gewünschten Höhen. Denn nach der Wende kauften die östlichen Kunden nicht mehr bei uns, sondern bevorzugten die Waren aus dem Westen. Dieser Effekt war auch beim privaten Einkaufsverhalten der Ostdeutschen zu beobachten. Produkte aus dem Osten wurden durch Westprodukte verdrängt. Durch die Währungsunion und die steigenden Lohnkosten wurden unsere Produkte zudem teurer.



Im Halbleiterwerk versuchten wir dennoch, eine Zukunft aufzubauen. Um auszuloten, wie wir die vorhandene Technologie, unser Know-how und die Erfahrungen im Kerngeschäft nutzen konnten, taten wir uns in verschiedenen Teams zusammen. Ich leitete ein Team, das sich mit der Solartechnik beschäftigte. Ich fuhr in die Schweiz, nach Österreich, Frankreich und Westdeutschland, zu Siemens und in das noch kleine Solarinstitut in Freiburg. Wir interessierten uns für die dortige Technologie und wurden von den Kollegen gut aufgenommen. In den Gesprächen merkten wir jedoch schnell, dass die Volumina, die in der noch jungen Solarbranche gebraucht wurden, zu gering waren, um große Produktionskapazitäten aufzubauen. Die Solarfertigung war keine belastbare Alternative zu den HFO-Produkten.

Im Februar 1991 stand fest, dass 3.900 Beschäftigten des HFO gekündigt werden würde. Von da an kam es immer wieder zu Protestaktionen in der Stadt. So versammelten sich im Juni 100 Männer und Frauen vor dem Betriebstor und starteten einen Autokorso zum Frankfurter Treuhand-Gebäude. Bei der Kundgebung drohte der Betriebsratsvorsitzende damit, dass die Arbeiter das Werk besetzen würden, wenn es keine Lösung für den Erhalt der Arbeitsplätze gäbe. Zum

30. Juli wurde dennoch 2.000 Arbeiterinnen und Arbeitern gekündigt. Sie kämpften weiter, um wenigstens eine angemessene Abfindung zu bekommen. Denn während im Februar eine Abfindungssumme von 22,4 Millionen verhandelt worden war, wollte die Treuhand nun nur noch 17,4 Millionen auszahlen. Im August fanden sich deshalb 15 Halbleiterwerker vor dem Betriebstor des HFO ein, um gemeinsam mit dem Betriebsrat eine Entlassenen-Mahnwache abzuhalten.

Der Kampf der Halbleiterwerker war verständlich, aber die Entwicklung war nicht aufzuhalten. Die Strategie war falsch. Die Treuhand setzte ausschließlich auf Privatisierung durch den Verkauf der Unternehmen. Es fehlte eine mit dem Land abgestimmte Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Potenzial des HFO steckt nicht in den Produktionshallen oder technischen Ausrüstungen, sondern im Know-how der Beschäftigten. Ziel hätte es sein müssen, mit Investoren aus der Branche neue Produktionsstätten zu errichten. Fördermittel waren ausreichend vorhanden, nur nicht das Verständnis, die Mikroelektronik und das HFO zu erhalten. Dresden machte es vor. Und im kleinen Umfang funktionierte es auch in Frankfurt, wo einige Ingenieure Firmen gründeten und die neuen Möglichkeiten nutzten.

Da immer mehr Arbeitsplätze abgebaut wurden, verließen viele Freunde die Region, was ein großer persönlicher Verlust war. Viele Leistungsträger des Halbleiterwerks gingen in den Westen. Viele meiner Kollegen kamen in den alten Bundesländern unter – in der Messtechnik in Hamburg oder München und bei einem Halbleiterproduzenten in Heilbronn, der Partnerstadt von Frankfurt. Diejenigen, die blieben, fanden keine Arbeit. Um sie aufzufangen, wurde 1991 die Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Strukturfördergesellschaft (BQSG) gegründet. Sie beschäftigte viele der Kollegen weiter, qualifizierte sie und versuchte, sie in reguläre Beschäftigung zu bringen. Die meisten konnten ihr spezielles Know-how nicht mehr einsetzen.

Zur gleichen Zeit entstand aus dem HFO heraus die Initiative, ein Technologiezentrum zu gründen. Die Europäische Union hatte schon vor 1989 ein Programm gestartet, um Technologiezentren zu fördern. So entstanden in mehreren Ländern European Business and Innovation Centres (BIC). Gesellschafter des Frankfurter BIC wurden die Industrie- und Handelskammer, die bereits zu DDR-Zeiten existierende Kammer der Technik, die Dresdner Bank, die Sparkasse, die Stadt selbst und ein privates Beratungsunternehmen aus Dortmund. Das BIC siedelte sich auf dem Gelände des HFO an. Später erfolgte ein Neubau. Seither unterstützt es Gründer, bietet Räumlichkeiten und Infrastruktur an. Ich bewarb mich im BIC und wurde als Projektmanager für Gründungsbetreuung und Marketing eingestellt.

Mit dem BIC verband sich die Hoffnung, dass eine Gründungswelle in Frankfurt einsetzen würde. Aber es zeigte sich, dass die Selbstständigkeit nur für wenige eine Möglichkeit war, wieder in Arbeit zu kommen. Die wenigen Ausgründungen aus dem HFO reichten nicht, um die Menge der weggebrochenen Arbeitsplätze auszugleichen. Nach und nach schmolz die Zahl der Menschen, die in Frankfurt in der Halbleiterindustrie tätig waren.

Sehr hoffnungsvoll war die Entwicklung des Instituts für innovative Mikroelektronik (IHP). Nach einer Evaluierung wurde es auf die blaue Liste gesetzt und als Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik fortgeführt. Im Technologiepark entstand ein Neubau nach höchsten technischen

Standards. Es werden bis heute Spitzentechnologien in Kooperation mit namhaften internationalen Unternehmen entwickelt.

Die Wertschöpfung am Standort, die Basis für jede Regionalentwicklung, befand sich dagegen im Sinkflug. Das Projekt der Chipfabrik mit Technologien des IHP und von Intel konnte nicht realisiert werden. Frankfurt nutzte später die Chancen, die die Solarbranche bot. Solar- und Halbleiterindustrie teilen ähnliches Know-how, auch die Anforderungen an Infrastruktur, Ver- und Entsorgung ähneln sich. Zuerst wurde First Solar in Frankfurt angesiedelt, dann Conergy. Eine regionale Technologieentwicklung führte zur Gründung von Odersun.

Die neue Aufbruchsstimmung ließ die Menschen hoffen. Viele frühere Halbleiterwerker kehrten aus den alten Bundesländern zurück – obwohl sie dort in der Mikroelektronik besser verdient hatten als in der Solarbranche. Sie nahmen in Frankfurt Führungspositionen im Management und in der Produktion ein.

Deutlich war der Aufschwung bei einem Blick auf den Parkplatz von First Solar zu spüren. Die Mitarbeiter kauften nicht nur Autos, sondern bauten auch Häuser – und dann brach alles erneut zusammen. Die Solarbranche war durch öffentliche Mittel bei Investitionen unterstützt worden. Der Bund stellte Mittel zur Verfügung, um den Markt zu entwickeln und nicht, um Innovationen zu schaffen. Als die Förderung reduziert wurde, brach der Markt zusammen. Die chinesischen Konkurrenten drängten nach Europa, und es gelang den hiesigen Produzenten nicht, mit neuen Produkten gegenzuhalten. Schließlich versetzte der Bund den Regionen, die sich auf die Solarbranche ausgerichtet hatten, den K.-o.-Schlag, als er die Einspeisevergütung für Solar-Strom verringerte. Die Menschen in Frankfurt wurden erneut enttäuscht.

Es bleibt eine dauerhafte Herausforderung, eine stabile wirtschaftliche Basis für die Entwicklung im Osten und speziell in Frankfurt (Oder) zu schaffen. Dabei geht es nicht um endlose Transferleistungen, sondern darum, Bedingungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglicht, ihre Chancen zu nutzen. Das stärkt das Selbstbewusstsein und dämpft die Anfälligkeit gegenüber populistischen Parolen.



Dann ging alles blitzschnell

***Ulrich Modes**, Jahrgang 1942, absolvierte eine Ausbildung als Spitzendreher im VEB Industriewerke Karl-Marx-Stadt. Anschließend studierte er Maschinenbau und arbeitete im VEB Zwickauer Maschinenfabrik, zunächst als Technologe, später als Assistent des Direktors für Technik. Von 1977 bis 1990 leitete er den VEB Eisenbahnmodellbau Zwickau (bis zur Enteignung 1972 Gützold GmbH; ab 1980 VEB Plasticart Annaberg-Buchholz Werk 5 Zwickau).*

Am 17. Februar 1977 um 13 Uhr wurde ich in das Büro des Ersten Sekretärs der SED-Kreisleitung Zwickau beordert. Er verdonnerte mich, den VEB Eisenbahnmodellbau Zwickau als Betriebsdirektor zu übernehmen. Ich bekam eine halbe Stunde Bedenkzeit. Obwohl ich nicht wollte, sagte ich zu. Welche Wahl hätte ich gehabt?

Am 1. März 1977 wurde ich Betriebsdirektor von insgesamt fünf Produktionsstätten, die sich im Innenstadtbereich von Zwickau konzentrierten und in einem desolaten Zustand waren: Die Leute arbeiteten für einen Stundenlohn von 1,18 DDR-Mark, in Produktionsstätten mit Trockenklosetts und ohne Pausenversorgung.

1977 lag die jährliche Gesamtproduktion des Werks mit seinen 100 Mitarbeitern bei etwa 85.000 Triebfahrzeugen. Bis 1990 erhöhte sich die Stückzahl auf etwa 180.000. Wir produzierten sowohl für den Binnenhandel als auch für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet, hauptsächlich aber für die Sowjetunion, Polen, die ČSSR und Ungarn.

1980 wurden wir dem Kombinatbetrieb Plasticart Annaberg-Buchholz angegliedert, zu dem damals sieben Werke gehörten, unter anderem Zschopau, Karl-Marx-Stadt und Großbräsen. Fortan produzierten viele Mitarbeiter ein riesengroßes Sortiment an Spielwaren und Modelleisenbahnen, die in Eigenregie vertrieben wurden. Aber wir stellten auch Produkte für die Industrie her, die mit Modelleisenbahnen gar nichts zu tun hatten, zum Beispiel Teile für Panzerkopfhäuben der Nationalen Volksarmee oder Ablüftungsteile für Außenwanderhitzer.

Ich lernte in dieser Zeit viele Menschen kennen, die unter schlechten Bedingungen hervorragen-

de Arbeit leisteten und mit ganzer Kraft und Leidenschaft hinter ihrem Betrieb standen. Komplizierte Situationen wurden mit Erfindergeist gelöst. 1986 produzierten wir zwischen 30.000 und 40.000 Triebfahrzeuge, allesamt für eine Juniorpackung überwiegend für den holländischen Markt.

Die Nachfrage in der DDR war riesig, doch die Stückzahlen reichten hinten und vorne nicht. Denn sie wurden nach der Größe der Bezirke festgelegt: Je mehr Einwohner ein Bezirk hatte, desto mehr Spielzeug wurde geliefert. Es wurde aber nicht berücksichtigt, dass sich die Menschen in Karl-Marx-Stadt und Dresden viel stärker für Modelleisenbahnen interessierten als zum Beispiel im Bezirk Rostock. Wenn dann zur jährlichen Binnenhandelsmesse in Leipzig die einzelnen Versorgungskontore der Bezirke große Stückzahlen bestellten, war der Kampf groß. Wenn es in Sachsen nichts mehr zu kaufen gab, deckten sich die Leute während ihres Sommerurlaubs in den Spielwarengeschäften an der Ostsee ein.

Ich sage immer, dass Beziehungen nur dem schaden, der keine hat. So produzierten wir eine silberne Diesellok für das Stahl- und Walzwerk Brandenburg. Ich vereinbarte mit dem Absatzleiter des Werks: «Wenn ihr mir die entsprechende «Dekoration» bietet, kann ich das für euch machen. Wie viele Loks braucht ihr denn?»

«Ich hätte gern 80 Stück. Und was braucht ihr?»

«Mindestens fünf Tonnen Stahl, also Formstahl, Eisenträger und Doppel-T-Träger.»

«Das geht nicht. Entweder kaufst du einen ganzen Waggon mit 20 Tonnen oder das war's.» So lief das damals.

Am 9. November 1989 saß ich vorm Fernseher und sah, wie Günther Schabowski in der Presse-

konferenz erklärte, dass das neue Reisegesetz für DDR-Bürger «ab sofort» gelte. Die Mauer fiel. Am Freitag kam nur noch die Hälfte der Belegschaft zur Arbeit. Sie waren alle in Berlin. Am Montag darauf fragten mich die Leute meines Werkes, was denn nun passieren würde. Daraufhin berief ich eine Versammlung ein: «Wie es weitergeht, weiß ich noch nicht, aber wir werden sehen, was wir tun können.»

Am 20. November rief ich bei der Firma Roco in Österreich an, um über ein mögliches Joint Venture zu sprechen. Ein westdeutsches Unternehmen kam für mich nicht infrage. Ich wollte es mit Roco machen. Damit fand ich bei der Eigentümerin der Firma, Frau Rösler, Gehör. Wir verabredeten uns für Frühjahr 1990. «Wenn wir zur Messe fahren, kommen wir bei Ihnen in der Firma vorbei», versprach sie mir. Und so kamen ihr Bruder, ihr Schwiegersohn und die Tochter zu uns und schauten sich den Betrieb an. Sie waren nicht abgeneigt.

Doch plötzlich tauchten die Alteigentümer auf, und alles ging blitzschnell. Die Familie Gützold wollte ihre Firma zurück. Ich bot Bernd Gützold an, mich zu beteiligen, doch das wollte er nicht. Gemeinsam mit ihm und seiner Lebensgefährtin fuhr ich nach Salzburg, um die neue Situation zu besprechen. Auf der Heimfahrt sagte er mir klipp und klar, dass er kein Joint Venture mit den Österreichern wolle. Er wolle das allein machen!

So übergab ich den Betrieb in ordentlichem Zustand. Die Firma funktionierte, die Leute blieben. Bei den Verhandlungen zwischen Alteigentümern und der Treuhand war ich nicht dabei, und ehrlich gesagt bin ich froh, weil nichts Gescheites dabei herauskam.

1990 gründete Bernd Gützold die Firma Gützold KG, in der er die Geschäftsleitung übernahm. Ich wurde übernommen und leitete fortan den Bereich Produktion und Technik. Zum 31. Dezember 1990 erhielt ich die Kündigung.

Mittlerweile wurde die Firma Gützold zweimal verkauft und meldete 2014 Insolvenz an. Die

genauen Ursachen für die Insolvenz kenne ich nicht. 2017 kaufte die «fischer-modell GmbH» Teile der Firma und damit die hochwertigen Maschinen. Heute produzieren sie hochpreisige Triebfahrzeuge nach neuestem technischem Standard – mit digitalem Antrieb, Sound und Beleuchtung. Die Modelle werden für 650 und 750 Euro verkauft. Mit Spielzeug hat das nichts mehr zu tun. Von den 130 Beschäftigten sind heute noch 20 für die Modelleisenbahn tätig.

Alle Betriebsteile des VEB Plasticart, die nicht zur ehemaligen Firma Gützold gehörten, wurden Ende 1990 ausgegliedert und meines Wissens treuhänderisch von Annaberg-Buchholz aus verwaltet. Die kleineren Betriebsstätten wurden plattgemacht. Ähnlich erging es den Betriebsstätten in Großräschen, Zschopau, Plauen und Karl-Marx-Stadt. Selbst die Betriebsstätten in Annaberg-Buchholz wurden nach und nach liquidiert. Die Möglichkeit, den Betrieb durch Management-Buyout zu erhalten, war Anfang 1990 gescheitert. Der Betriebsdirektor, der Direktor für Forschung und Entwicklung und der Hauptbuchhalter wollten Plasticart übernehmen. Das Modrow-Gesetz «zur Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums» vom 1. März 1990 galt noch. Es unterstützte engagierte Ostdeutsche, die sich ausgründen wollten. Ihre Idee hätte funktioniert, aber die Belegschaft jagte sie mehr oder weniger zur Tür hinaus. Die Arbeiter verstanden offenbar nicht, was die drei planten, und fühlten sich von ihren ehemaligen Kollegen verraten.

Nach meiner Kündigung 1990 begann ich bei der Firma Schiessl in Nürnberg als Vertreter für Spielwaren und Schreibwaren im Gebiet von Dresden bis zur polnischen Grenze. Neun Monate später fand ich eine Stelle in einer Bau- und Immobilienfirma in Nordrhein-Westfalen. Als ich um die Jahrtausendwende gekündigt wurde, gründete ich als «Jungunternehmer» mit 58 Jahren meine eigene Firma, das Maklerbüro Modes.

«Ich folgte meinem Mann in den Westen.»

Bärbel Eichler, Jahrgang 1962, absolvierte eine zweijährige Lehre als Maschinistin für Transport und Hebezeuge im Stahl- und Walzwerk in ihrer Heimatstadt Riesa. Nach dem Abschluss arbeitete sie dort von 1981 bis 1991 als Kranführerin. 1994 ging die Familie in den Westen, da Bärbel Eichlers Ehemann in Hanau eine neue Arbeit gefunden hatte.

Als die Wende über uns hereinbrach, ging es drunter und drüber. Überall herrschte Chaos. Die Betriebe waren am Ende, in Riesa gab es nichts mehr. Die Menschen saßen zu Hause, arbeitslos und frustriert.

Da ich kurz vor der Wende meinen zweiten Sohn zur Welt gebracht hatte, befand ich mich im Mutterschutz. Als die Abwicklung des Stahlwerks feststand, schloss ich einen Aufhebungsvertrag und bekam so noch eine Abfindung. Viel war es nicht, denn ich hatte nur zehn Jahre hier gearbeitet. Mein Mann durfte noch eine Weile an seinem alten Arbeitsplatz im Reifenwerk Riesa bleiben. Um unsere finanzielle Situation zu verbessern, machte ich mich mit einem Imbiss selbstständig. Ohne Führerschein und mit zwei kleinen Kindern war das ein nervenaufreibendes Unterfangen. Als wenig später auch mein Mann entlassen wurde, führten wir den Imbiss gemeinsam. Zwei Jahre kämpften wir uns durch, konnten ihn aber nicht halten und gaben schließlich auf.

Mein Mann war Kubaner. Durch Kontakte fand er 1993 eine Arbeit im Westen – bei Dunlop Tyres in Hanau. Ein Jahr lang pendelte er alle zwei Wochen zwischen Riesa und Hanau. Freitagabends kam er nach Hause und fuhr sonntagnachmittags zurück. Um die Kinder kümmerte ich mich allein. Als die Ärzte bei mir eine Herzkranzgefäßverengung diagnostizierten, pflegte mich meine Mutter zu Hause. Nachdem ich die Krankheit überstanden hatte, folgten die Kinder und ich meinem Mann in den Westen.

Seit sechs Jahren war ich nun arbeitslos und wollte unbedingt wieder etwas tun. Ich fand eine Stelle bei McDonalds. Dort sortierte ich Müll. Es

war erniedrigend, aber ich wollte arbeiten. Nach kurzer Zeit sagte mein Mann: «Das machst du nicht mehr. Klar, man muss unten anfangen und sich hocharbeiten, aber da hast du keine Perspektive.» Also suchte ich nach etwas Anderem. Immer wieder rief ich in den Personalbüros an, um mich zu bewerben. Bei der Schwab Versand GmbH hatte ich Glück. Dort gab es nach der Wende viel Arbeit. Die Leute bestellten Artikel wie die Verrückten! «Kommen Sie vorbei», sagten sie mir am Telefon. Am nächsten Morgen hatte ich meinen ersten Arbeitstag als Lageristin bei Schwab. Angelernt wurde ich von einer älteren Dame. Sie gehörte zu den Pendlern, die jeden Morgen mit dem Bus aus Thüringen zur Arbeit kamen. Fünf oder sechs unserer Mitarbeiter nahmen jeden Tag die kräftezehrende Odyssee auf sich. Staus auf der Autobahn und überfrorene Straßen verlängerten ihre Fahrzeiten. Doch Zuspätkommen gab es bei uns nicht. Ich bewunderte diese Menschen. Viele von ihnen standen kurz vor der Rente. Hut ab vor dem, was sie jeden Tag leisteten.

Manchmal sagten die Wessis: «Du kommst aus Dunkeldeutschland.» Sie witzelten: «Wir mussten euch ja das Arbeiten erst beibringen.» Mir hat kein Wessi das Arbeiten beigebracht. Ich übernahm sogar eigenständig den Posten als Aufsicht der Mitarbeiter. Ich war dafür verantwortlich, dass die Wareneingänge korrekt abgewickelt wurden, machte Arbeitsvorbereitungen und teilte meinen Kollegen ihre Arbeit zu. Mein Mann kellnerte neben seiner Arbeit im Reifenwerk.

Finanziell ging es uns nun super. Den existenzbedrohenden Horror der Wendezeit hatten wir gut überstanden, unsere Beziehung erlitt jedoch einen irreparablen Schaden. Als wir unser neues



Heim in Hanau aufgebaut hatten, trennten wir uns 1997. Zwei Jahre später folgte die Scheidung. In dieser Zeit fühlte ich mich im Westen sehr einsam. Wie anders hatte dagegen mein Leben in Riesa ausgesehen!

Von 1969 bis 1979 hatte ich die Polytechnische Oberschule «Ernst Thälmann» besucht. Danach wollte ich einen gut bezahlten Beruf ergreifen. Mein Bruder arbeitete im Stahl- und Walzwerk in der Rohrwerk-Abteilung. «Komm ins Stahlwerk», riet er mir. «Da verdienst du gutes Geld und die Arbeit ist sehr angenehm.» So wurde ich Kranführerin. Ich absolvierte die Lehre und arbeitete fortan im Drei-Schicht-System. Nach der Geburt meines ersten Sohnes ging ich in die Lagerwirtschaft und wechselte zur Normalschicht.

Zuvor bestand eine meiner Aufgaben darin, Stahlblöcke zu transportieren. Mit einem Kran holte ich die erhitzten Blöcke aus dem Ofen. Danach wechselte ich auf einen Kettenkran, um die Lasten weiter zu bewegen. Ich hob die Blöcke auf eine Fläche, auf der sie von den sogenannten Putzern bearbeitet wurden. Oben in meiner Kabine hatte ich meine Ruhe. Ich musste die Last richtig ausbalancieren, damit die Blöcke nicht zu sehr schaukelten. Dabei ging ich sehr vorsichtig vor. Es bedurfte viel Fingerspitzengefühls, Konzentration und Genauigkeit, um die Putzer nicht zu verletzen. Wir verständigten uns mit Handzeichen. Wir konnten uns blind aufeinander verlassen. Größere Unfälle passierten in meiner Zeit nicht.

Als Kranführerin verdiente ich 1.000 Mark im Monat. Das war viel Geld. 50 Mark gab ich für meine Miete aus, der Rest gehörte mir. Wir gingen viel aus, waren immer auf Achse, tanzten. Unsere Brigade bestand aus fünf Frauen und sieben Männern. Wir waren eine gute Truppe. Nach der Spätschicht tranken wir auch mal ein Bierchen. So gehörte man immer dazu. Im Westen gibt es so ein Brigadeleben nicht. Bei Schwab gab es zwar auch eine Weihnachtsfeier und Betriebsfeste, aber das gewisse Etwas fehlte, vielleicht war es das gegenseitige Vertrauen.

Nach der Scheidung 1999 spielte ich mit dem Gedanken, nach Riesa zurückzugehen. Doch was hätte mich dort erwartet? Arbeit gab es immer noch keine. Ich hätte wieder ohne Beschäftigung zu Hause gesessen. Außerdem galten diejenigen, die von «drüben» zurückkamen, als

rotes Tuch. Für die Menschen im Osten warst du ein «Vaterlandsverräter». Diesen Schimpf warf mir mein eigener Bruder an den Kopf. Vaterlandsverräter! Was soll das überhaupt sein? Und so blieb ich in Hanau.

Als alleinerziehende Mutter reichte nun jedoch mein Gehalt nicht aus, um unsere Miete zu bezahlen. Ich schilderte unserem Vermieter die Situation. Da ihm die Weinstube unter unserer Wohnung gehörte, stellte er mich als Putzfrau ein. Sechs Jahre putzte ich zusätzlich zu meiner normalen Arbeit jeden Tag und am Wochenende frühmorgens die Weinstube, um meine Kinder durchzubringen. Vom Vater erhielt ich keinen Unterhalt.

Schließlich erkrankte meine Mutter schwer und wurde pflegebedürftig. Ich nahm sie zu mir nach Hanau. Nachdem sie 2013 verstarb, fiel ich in ein tiefes Loch. Mir wurde eine sechswöchige Kur verschrieben, die mir die Rentenkasse genehmigte. Langsam kam ich wieder auf die Beine. Daraufhin stürzte ich mich in die Arbeit. Doch durch den Tod meiner Mutter riss meine Verbindung zum Osten ab.

Heute habe ich nur noch wenige Beziehungen: meine Neffen und eine Freundin. Wir kennen uns seit über 30 Jahren. Unsere Männer arbeiteten gemeinsam im Reifenwerk Riesa. Oft gingen wir zusammen aus und besuchten uns. Zweimal flogen wir zu viert in den Urlaub nach Kuba. Auch mit meiner ehemaligen Chefin vom Stahlwerk stehe ich noch in engem Kontakt, sie ist beinahe eine Art Mutterersatz für mich.

Im Westen besteht mein Freundeskreis zu einem großen Teil aus Osis. Manche von ihnen kamen bereits vor 1961 mit ihren Eltern hierher. Alle 14 Tage treffe ich mich außerdem zum Lottopielen beim Stammtisch. Die Teilnehmer sind etwas älter als ich. Wir sitzen zusammen und jeder berichtet von seinen Sorgen und Nöten. Im Verein Südlichter bin ich ehrenamtlich tätig. Wir besuchen Menschen in Hospizen und Altersheimen und engagieren uns für sie. Allein fühle ich mich hier also nicht mehr. Dennoch gibt es Momente, in denen ich mich im Westen fehl am Platz fühle.

Nichtsdestotrotz bin ich stolz auf mich. Und auf meine Kinder. Denn auch wenn es nicht immer leicht war, haben sie ihren Weg gefunden.

**Wir wehrten uns –
aber es half nichts**

«Ich mache mit beim Hungerstreik!»

Bernd Schmelzer, Jahrgang 1960, arbeitete von 1976 bis 1993 auf dem Schacht im Kaliwerk «Thomas Müntzer» Bischofferode. Er lernte Maschinist für Aufbereitungs- und Förderanlagen und wurde von den Männern seiner Schicht zum Brigadier gewählt.

Der große Kalischacht war für uns Bischofferöder Kinder von Anfang an immer da gewesen: Hier waren unsere Großväter eingefahren, hier schufteten unsere Väter, und auch wir würden eines Tages im Schacht unsere Arbeit finden.

Wir wohnten unten im Dorf, den großen Förderturm konnte man durch das Fenster sehen. Die meisten unserer Väter liefen oder tuckerten mit ihren Mopeds jeden Morgen rauf zum Schacht. Auf halbem Weg wurden wir im Betriebskindergarten abgegeben. Sonnabendnachmittags um zwei Uhr ging die Luftschuttsirene, da wussten wir: Es ist Feierabend! Mit zwei, drei Jahren liefen wir Schachtkinder unseren Vätern entgegen. Als ich zur Schule kam, zogen wir vom Dorf in die Schachtsiedlung, wo die Eltern eine Dienstwohnung bekommen hatten. Extra für die Familien der Kalikumpel hatten sie im Ort viele Neubauwohnungen gebaut. Der Schacht war eine eigene kleine Welt, in der für alles und jeden gesorgt wurde. Für die Kumpel gab es im Werk eine Sauna, eine eigene Freiwillige Feuerwehr und ein Bergmannsorchester. Außerdem hatten wir einen Schuster, der für alle die Schuhe reparierte.

Wir Kinder wuchsen in den Schacht hinein. Obendrein warb der Betrieb um uns: Das Kaliwerk wollte unbedingt, dass wir, die wir im Eichsfeld aufgewachsen waren, auch hier blieben. Einige von uns arbeiteten zunächst viele Jahre am selben Arbeitsplatz wie ihre Väter. Ging der Vati in Rente, machte der Bengel an seiner Stelle weiter. Uns jungen Kerlen war bewusst: Bleiben wir bei «Thomas Müntzer», haben wir eine gute Zeit vor uns! Von der Wiege bis zur Bahre – der Schacht war für uns da.

Wie viele meiner Kumpels begann auch ich eine Lehre im Schacht. Mein Lehrberuf nannte sich hochtrabend «Maschinist für Aufbereitungs- und Förderanlagen». Nach der Armeezeit wurde ich 1982 Springer, das hieß: Ich lernte über Tage jeden unserer Betriebsteile kennen, arbeitete in der Mühle, wo das unter Tage gehauene Salz gemahlen wurde, in der Messwarte und dem Steuerzentrum sowie bei der Rückstandsverteilung. Am Ende kannte ich den gesamten Komplex.

Ich kam in die Karl-Liebknecht-Brigade. Als es bei der großen Versammlung um die Neuwahl des Brigadiers ging, fiel der Wunschkandidat des Parteisekretärs bei den Kollegen vollends durch. Was nun? Schließlich sahen die Leute mich an, und einer sagte: «Bernd, mach du das doch!» Ich zuckte erst mal mit den Schultern: «Na ja, also, ich würde es ja machen, wenn ihr das so wollt?» «Ja, klar!», riefen die Kollegen – und auf einmal hatte ich den Hut auf.

Zwei Jahre vor der Wende schickten sie mich auf die Meisterschule, weil sie für den Schichtbetrieb dringend einige Industriemeister brauchten. Fortan drückte ich abends nach der Arbeit und jeden Sonnabend die Schulbank. Wir waren 20 Mann in der Klasse und spulten in der Berufsschule unser Lernprogramm ab. Das beinhaltete auch Fächer wie «Historischer und Dialektischer Materialismus» oder «Politische Ökonomie» – wie dieser ganze Marxismus-Leninismus-Kram so hieß. Zur Wende flogen diese Fächer sofort aus dem Lehrplan. Stattdessen kamen Mathe, Physik und Materialkunde dazu.

Als ich den Meisterlehrgang 1990 abschließen wollte, waren im Land längst die westdeutschen Strukturen und Vorgaben installiert. «Einen Industriemeister gibt es nicht mehr», hieß es nun,



«ab jetzt gibt es nur noch ›Meister Metall‹.» Das bedeutete also: Alle, die zuvor keinen Metallberuf erlernt und mindestens drei Jahre in ihm gearbeitet hatten, wurden von der Industrie- und Handelskammer Erfurt nicht zur Meisterprüfung zugelassen. Somit konnte ich meine drei Jahre Schule in den Wind schießen. Wäre ich brav gewesen und beizeiten in Kampfgruppe und Partei eingetreten, hätten sie mich mit Sicherheit bereits zehn, 15 Jahre früher zum Lehrgang geschickt.

Die Wiedervereinigung kam wie das Wunder von Lourdes über uns. «Ab jetzt herrschen hier Marktwirtschaft und Demokratie!», hieß die neue Parole. «Jedes Jahr bauen wir ein paar hundert Arbeitsplätze ab.» Der VEB Kombinat Kali wurde in die Mitteldeutsche Kali AG umgewandelt. Eine Abteilung nach der anderen wurde ausgegliedert, der Betrieb und die Betriebsambulanz regelrecht auseinandergerupft. «Thomas Müntzer» wurde skelettiert. Kulturhaus und Tischlerei, Schmiede und Transportabteilung, Werksküche und Näherei sowie der Friseur wurden geschlossen. Von den 1.800 Beschäftigten des Schachts blieben zum Schluss nur 600 übrig.

Die neue Konzernleitung investierte nur noch in den Kernbetrieb, der das Salz produzierte. Plötzlich gab es im Schacht maschinelle Schieber. Die Automatisierung machte vieles leichter – und sparte Personal. Für die gleiche Arbeit, die zuvor zehn Kumpel verrichtet hatten, fuhren wir jetzt zu fünft in einer Schicht.

Das Ziel des Fusionsvertrags der ostdeutschen Kali-Industrie mit der westdeutschen war eindeutig und diffamierend. Erst im März 2014 wurde er dank des starken Drucks in der Thüringer Allgemeinen veröffentlicht: Im Osten würden alle Kaliwerke plattgemacht, damit es im Westen weiterginge. Als hätten wir einen Krieg verloren! Zuerst schlossen sie die alten Gruben in Sollstedt, Merkers, Bleicherode, Roßleben, Menteroda und Sondershausen. Dann war unser Schacht an der Reihe. Dass wir das modernste wie rentabelste Kaliwerk auf dem Boden der DDR gewesen waren und unsere Grube noch für 40 Jahre gutes Salz hatte, spielte keine Rolle. Der Betrieb wurde runtergefahren. Ende 1992 schlossen sie auch die Betriebsambulanz, in der meine Frau arbeitete. Am 24. Dezember fand sie im Briefkasten das Entlassungsschreiben.

Wir gingen sofort zu meinen Eltern, um die Lage zu besprechen. Sie wohnten oben auf dem Berg in einer alten Schachtvilla. Unter Aufnahme eines beträchtlichen Kredits hatten sie das Haus kürzlich gekauft. Auch mein Vater und meine Mutter hatten ihre Entlassungsschreiben am 24. Dezember im Briefkasten gefunden. Die gesamte Familie versammelte sich um den langen Esstisch. Ich war der Einzige, dem sie bislang nicht gekündigt hatten. Mit langen Gesichtern saßen wir da, verbittert über das System, welches über uns hereingebrochen war. Zwar hatten wir in der Schule von klein auf gelernt, dass es dem Kapitalismus allein um Gewinn ging, doch hatten wir unserem Staatsbürgerkundelehrer nicht geglaubt. Der war frisch vom Studium gekommen, hatte den Kapitalismus nie kennengelernt und wollte uns erzählen, wie er funktionierte? Wir spürten jetzt am eigenen Leibe, wovor er uns mit seinen Geschichten warnen wollte. An diesem Heiligabend lernten wir, wie der Kapitalismus funktionierte.

Meine Eltern fielen glücklicherweise in die Vorruhestandsregelung. Nebenbei verdienten sie sich ein paar Mark dazu, um den Kredit für ihre Schachtvilla abzustottern. Meiner Frau besorgte ich ein halbes Jahr nach ihrer Entlassung im Nachbarkreis eine Stelle als Pflegerin im Altersheim. Die nahmen sie mit Kusshand, schließlich war sie eine staatlich geprüfte, examinierte Krankenschwester, konnte Spritzen geben und dergleichen mehr.

Ich arbeitete weiter im Schacht, die Zukunftsaussichten waren äußerst mies. Die Produktion lief nur schleppend und mit Unterbrechungen. Immer öfter mussten wir die Weiterverarbeitungsfabrik komplett herunterfahren, ein Kraftakt, der jeweils mehrere Stunden Spülpause forderte. «Der Betrieb ist unrentabel», hieß es dann von offizieller Seite.

Die Kumpel bildeten Komitees und berieten Abend für Abend: Wie soll es weitergehen? Die Werkschließung war zum Jahresende 1993 anberaumt. Die Politiker gaben ihre Versprechen: «Keine Bange, liebe Kumpel, für jeden von euch wird gesorgt. Euer Lebensstandard bleibt erhalten, niemandem wird es schlechter gehen! Ist der Schacht erst mal weg, erschaffen wir 700 neue Arbeitsplätze! Für 70 Millionen D-Mark setzen wir hier ein riesiges Gewerbegebiet hin. Ihr werdet

sehen, am Ende habt ihr hier breite, beleuchtete Fußwege.» Die Wege blieben menschenleer. Uns war inzwischen klar, dass die meisten Politiker in Sachen Arbeitsplätze nichts Zählbares in der Tasche haben. Als Marionetten des Großkapitals wollen sie lediglich den sozialen Frieden bewahren. Viele unserer Kollegen aus den anderen Gruben saßen längst auf der Straße. Deren Schicksal vor Augen, beschlossen die Bischchofferöder Kumpel im Sommer 1993: «Es kann nicht sein, dass ein gesunder Betrieb wie unserer plattgemacht wird! Wir gehen aufs Ganze und kämpfen um unsere Arbeitsplätze!» Unter dem Motto «Bischofferode ist überall!» besetzten sie den Betrieb und stellten in der bereits stillgelegten Werksküche Pritschen auf. 20 Kumpel aus der Grube gingen in den Hungerstreik. Täglich besuchten wir unsere Kollegen, stärkten ihnen den Rücken und tauschten Neuigkeiten aus. Die ehemalige Küche mutierte zur Nachrichtenbörse.

Nach 14 Tagen kollabierte der erste Kumpel und musste vom Notarzt weggeschleppt werden. Sein Bett darf nicht freibleiben, sagte ich mir, diese Front dürfen wir nicht aufgeben! Ich wollte mich solidarisieren und gab zu Hause Bescheid: «Ich mache mit beim Hungerstreik!» Ich setzte mich aufs Motorrad und fuhr rauf zum Schacht. Oben angekommen, stellte ich die Maschine in den Motorradschuppen und lag – zack! – im Trainingsanzug auf der Liege. Auf der Pritsche neben mir hatten sie unter einem Schild mit der Aufschrift «Danke, Herr Kohl!» ein Skelett mit Bergarbeiterhelm drapiert. Diese Installation sollte zeigen, dass wir bis zum Letzten gehen würden. Unser Hungerstreik erregte weit über Thüringens Grenzen hinaus Aufmerksamkeit. Presse, Rundfunk und Fernsehen waren vor Ort und berichteten. Aus dem ganzen Land erreichten uns Solidaritätsbekundungen und Geldspenden. Künstler, Sportler und Politiker besuchten uns. Die Puhdys kamen, ebenso die Olympiasiegerin Ruth Fuchs und der Schriftsteller Stefan Heym. «Haltet durch! Macht weiter!», gaben sie uns mit auf den Weg. Jede Woche organisierten die Kumpel eine Protestdemonstration. Die mächtige Welle der Solidarität zeigte uns: Wir stehen nicht allein mit unserem Arbeitskampf, Bischofferode ist tatsächlich überall!

Schließlich sah sich die Politik zu konkreten Zugeständnissen gezwungen. Nun hieß es: Wir alle bleiben für weitere vier Jahre Betriebsangehörige des Kaliwerks und erhalten Ersatzarbeitsplätze über eine Auffanggesellschaft. Mit diesen Zusagen gelang es ihnen nach sechs Wochen, unseren Hungerstreik abzuwürgen. Die meisten von uns waren am Ende ihrer Kräfte. Nach vier Wochen Hungern fühlte ich mich wie ein Geist. Ich hatte mich zusätzlich noch erkältet. Der Arzt riet mir dringend, den Streik abubrechen und mich behandeln zu lassen.

Noch immer hatten wir die zugesicherten Ersatzarbeitsplätze nicht bekommen. Diese entpuppten sich schließlich als pure Beschäftigungstherapie: ABM im Wald und im Schwimmbad, Geländer bauen und Hecken schneiden im Gewerbegebiet – Arbeiten, die uns langweilten und unserem Selbstwertgefühl absolut abträglich waren.

Am Jahresende 1993 kauften sie uns gleich noch mal den Schneid ab: «Ihr müsst jetzt einen Aufhebungsvertrag unterzeichnen! Wer sich weigert, dem kündigen wir ohne Abfindung!» Jeder von uns erhielt 5.000 oder 7.000 D-Mark, bei den Grubenleuten mögen jeweils 10.000 bis 12.000 zusammengekommen sein. Für unsere Kollegen aus dem Mansfelder Kupferkombinat, das gleich zur Wende zugemacht worden war, hatten noch westdeutsche Maßstäbe gegolten: Sie waren mit 80.000 D-Mark Abfindung nach Hause gegangen und konnten sich davon neue Häuser bauen. Wir dagegen wurden abgespeist. Somit endete die von uns erzwungene Verlängerung unserer Betriebszugehörigkeit und wir fielen schließlich in die Arbeitslosenhilfe. Ich bezog zum Schluss etwa 90 Mark im Monat, da das Einkommen meiner Frau mit angerechnet wurde. Rechnungen konnte ich nicht mehr selbst bezahlen. Meine Arbeit bestand nun darin, auf den verschiedenen Ämtern umherzuströmen.

In der ehemaligen «Finkenburg» saßen jetzt sogenannte Bildungsträger, die auf Teufel komm raus Umschulungen vermittelten, einzig zu dem Geschäftszweck, Provisionen einzustreichen. Tischler wurden zu Bäckern, Bäcker zu Fleischern und Fleischer zu Elektrikern umgeschult – und nirgendwo kam ein Arbeitsplatz raus.

Als sie mich dort hinauf bestellten, empfing mich ein Besatzer mit den Worten: «Tja, Herr Schmelzer, nun haben Sie aber lange genug auf dem Kanapee gelegen. Jetzt müssen Sie mal wieder was tun!» Ich stand kurz davor, diesen Klugscheißer an die Wand zu drücken. Was verhöhnte der mich? Es war nicht meine Idee gewesen, mit der Arbeit aufzuhören, und einen neuen Job hatte dieser Laffe eh nicht für mich.

Nun sollten wir also umschulen. Wir wurden in Busse gesetzt und ab ging's. Die Straßenbau-Firma Kirchner nahm 40, 50 Mann mit nach Bad Hersfeld. Sie zeigten uns ihren Stammbetrieb und fragten: «Wollt ihr umschulen zum Baumaschinenführer?» Das war gar nicht so abwegig! Der Weg vom Großgerätefahrer auf dem Schacht zum Straßenbauer mit großen Geräten war kurz. Und Grubenkumpel können arbeiten! Das allerdings nutzte unser «Lehrbetrieb» reichlich aus. So hieß es, als wir Hausanschlüsse zu graben hatten: «Schickt den Mini-Bagger wieder weg, die Bischofferoder sind doch da. Die schippen. Das ist billiger!»

Drei Jahre lang arbeiteten wir bei Kirchner. Ich erlernte dort einen kompletten Zweitberuf: Baumaschinenführer mit Abschluss von der IHK Kassel. Und was war das Ende vom Lied? Die Firma machte ihre Niederlassungen in Sondershausen und Erfurt dicht. Damit waren alle Schachtleute wieder arbeitslos. Heuern und feuern – so lernten wir einmal mehr den Kapitalismus kennen.

Viele Freunde waren in den Westen gezogen, einige dem Alkohol verfallen, andere hatten ihrem Leben eigenhändig ein Ende gesetzt. So mancher Bergmann baumelte in den Jahren nach dem Schacht irgendwo herum. Man nannte unseren Ort schon «Hängehausen».

Mir wurde klar: Will ich raus aus diesem Schlammassel, muss ich es machen wie der Baron von Münchhausen: Am eigenen Zopf zog der sich aus dem Sumpf. Wenn mir auf dieser Welt irgendjemand helfen konnte, dann nur ich selbst! Also hörte ich mich um. Ein paar meiner ehemaligen Freunde hatten im Westen als CNC-Dreher eine Arbeit gefunden. Ich entdeckte in unserer Gegend ein Schulungsangebot für computerge-

stützte numerische Steuerung (CNC) und ging sofort aufs Arbeitsamt, um mich dafür zu bewerben. Die junge Frau hinterm Schreibtisch schaute skeptisch: «Ob das etwas für Sie ist? Da müssen Sie viel rechnen. Mit Ihren Schulnoten ...»

«Ich interessiere mich aber dafür!», blieb ich hart. «Ich denke, das ist was für die Zukunft.»

Schließlich schrieb die Frau meinen Namen auf und ich durfte mich ein Dreivierteljahr im Bildungszentrum Deuna auf die Schulbank setzen. Wir waren 20 Mann in der Klasse, mit einer Handvoll von ihnen tat ich mich zusammen. Jeden Morgen kauften wir eine Cola und eine Flasche Rum. Zum Frühstück genehmigten wir uns die erste Tasse des Gemischs, zum Mittag eine zweite. Auf die Art hatten wir immer gute Laune. Die Anforderungen des Lehrgangs erfüllte ich mit links, war sogar – entgegen der Befürchtung der Arbeitsamtsfrau – unterfordert. Männer, die auf dem Schacht als Dreher gearbeitet hatten, kamen mit dem Computer nicht klar. Ich schrieb ihnen die Programme, erklärte die Technologiesätze, aber oft verstanden sie nicht, worum es ging. Von den Jungen sagten manche: «Das kotzt mich an! Ich hab keinen Bock auf den Scheiß.» Ehe ich mich von denen runterziehen ließ, trank ich einen Schluck von unserem speziellen Gute-Laune-Tee! «Wenn der Geist was leisten soll, braucht der Körper Alkohol!», lautete mein Motto.

Einige Male wollten sie mich rausschmeißen, doch am Ende stand in jedem Fach eine Eins auf meinem Zeugnis. Ich war Lehrgangsbesten! Einen Arbeitsplatz hatte ich damit längst noch nicht. Ich ging Klinken putzen. «Sie sind viel zu gut für uns!», bekam ich nicht selten zu hören. Nach einem Jahr fand ich durch Zufall im Nachbarort einen Betrieb, der kurzfristig einen CNC-Dreher brauchte, und erhielt eine befristete Stelle. Sie wurde mehrfach verlängert, bis ich schließlich eine Festanstellung bekam.

Mittlerweile bin ich seit 14 Jahren dort, doch das Zusammengehörigkeitsgefühl ist nicht annähernd so intensiv wie auf dem Schacht. Hier kämpft jeder für sich. Mein Selbstwertgefühl beziehe ich nicht aus dieser Arbeit. Das ist nur ein Job.

Bodo Ramelow, Jahrgang 1956, näherte sich der Politik über seine Arbeit als Gewerkschaftssekretär in Mittelhessen von 1981 bis 1990 sowie der Position als Thüringer Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV – später ver.di). Für die PDS (später DIE LINKE) wurde er 1999 erstmals in den Thüringer Landtag gewählt. 2014 wurde er Ministerpräsident der ersten rot-rot-grünen Regierung in Thüringen.

Bischofferode beschäftigt uns bis heute

Bodo Ramelow

An einer Wand in meinem Büro in der Staatskanzlei hängen zwei Bischofferode-Bilder: Presse-Bilder, die den Arbeitskampf zeigen und von dem Wiesbadener Künstler Ted Glöckler in ein Kunstwerk verwandelt wurden. Auf dem Tisch davor steht die letzte Grubenlampe, neben ihr ein Glas, gefüllt mit Salzen aus Bischofferode. Am Fuß der Grubenlampe steht eine Medaille. Sie wurde an dem Tag geprägt, als einer der rentabelsten Schächte Ostdeutschlands stillgelegt und im wahrsten Sinne des Wortes der Deckel draufgemacht wurde. Dieses Ensemble zeigt, wie intensiv Bischofferode mein Leben begleitete, prägte und veränderte.

Bischofferode hätte ein leuchtendes Beispiel für die Sanierung rentabler ostdeutscher Betriebe sein können. Der Schacht arbeitete mit Gewinn und verfügte über gutes Salz für mehrere Jahrzehnte. Mit dem Spediteur und Baustofffabrikanten Johannes Peine stand sogar ein engagierter Investor bereit. Peine wollte das Bergwerk kaufen und viele Arbeitsplätze erhalten. Mit dem norwegischen Aluminium-Produzenten

Norsk Hydro stand ein Abnehmer des Kalisalzes bereit. Die Norweger hatten bereits die notwendigen Vorverträge mit dem Kaliwerk und Johannes Peine geschlossen.

Diese Ausgangslage machte Bischofferode zum Prüfstand für die Glaubwürdigkeit westdeutscher Politiker und ihrer Aussage, DDR-Betriebe hätten eine Zukunft, wenn sie über einen Partner, ein Unternehmenskonzept sowie einen Markt verfügen und Geld verdienen würden. Das alles traf auf Bischofferode zu. Trotzdem wurde der Betrieb abgewickelt. Dass am Ende nicht nur der Arbeitskampf der Bischofferöder Kumpel verloren ging, sondern auch der Unternehmer Johannes Peine demonstrativ «kaputtgemacht» wurde, ist ungeheuerlich!

Aufmerksam auf Bischofferode wurde ich durch die riesige Solidaritätsbewegung für den Arbeitskampf der Kalikumpel. Ihren Hungerstreik im Sommer 1993 empfand ich als Verzweiflungstat. Für mein Verständnis besteht Arbeitskampf in aktiver Arbeitsverweigerung, in Straßenblockaden und weiteren For-

men zivilen Ungehorsams – allesamt Mittel, um deutlich zu machen: So geht es nicht! So könnt ihr mit uns – in diesem Fall mit einer ganzen Region – nicht umgehen!

Als Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Thüringen hatte ich ebenfalls mit Betrieben zu tun, die von den Aktivitäten der Treuhand betroffen waren. Bischofferode gehörte nicht in meinen Aufgabenbereich, sondern fiel in die Zuständigkeit der IG Bergbau und Energie.

Kurz vor Weihnachten 1993 erlebte ich die Protestdemonstration der Bischofferöder Bergleute vor dem Erfurter Landtag. Erstmals wurde ich dabei mit einer Hundertschaft Polizei samt Hundestaffel konfrontiert. Die bellenden Hunde habe ich noch gut in Erinnerung.

Die Bergleute erreichten, dass sie im Landtagsgebäude angehört wurden. In dieser Nacht brach der Betriebsratsvorsitzende Rainer Broduhn emotional zusammen. Ich fand ihn tränenüberströmt im Landtag. Offensichtlich kam er gerade aus der CDU-Fraktion. Ministerpräsident Bernhard Vogel habe ihm mitgeteilt: «Das Thema ist erledigt, der Kampf ist verloren!»

Spätestens da war mir bewusst, dass die Niederlage der Kali-Bergleute in einer Katastrophe enden könnte. Ich beschloss, die Kumpel in dieser Situation nicht alleine zu lassen. Obwohl ich nicht persönlich betroffen war, nahm mich die Situation emotional mit. Noch während der Weihnachtsfeiertage machte ich mich auf, um zu sehen: Wie geht's weiter mit denen, die noch da sind? Wie geht's weiter mit denen, die das Werk abreißen und stilllegen werden?

Die für das Werk zuständige Gewerkschaft Bergbau und Energie fühlte sich alsbald von mir bedrängt. Sie versuchten, mir über meinen Vorstand in Düsseldorf in Bischofferode Hausverbot zu erteilen. Dieser gab mir daraufhin zu verstehen, dass ich vor Ort nicht als offizieller Vertreter der Gewerkschaft HBV auftreten solle, sondern nur als Privatperson. Gleichzeitig signalisierte er mir, wie großartig er es fand, dass ich die Kollegen im Schacht nicht alleine ließ.

Die Ereignisse um das Kaliwerk waren jedoch kein Ränkespiel kaltblütiger Funktionäre. Es gab vielmehr Gründe für ihr Tun. Die Bergbau-Gewerkschaft hoffte, anderenorts eine große Anzahl

Arbeitsplätze zu retten. Sie mussten zwei Gruben opfern, um drei Gruben zu retten. In so einer Situation möchte ich als zuständiger Gewerkschaftschef niemals stecken! Die Zeit war hart: Während ich mit den Bischofferöder Kali-Bergleuten um den Erhalt ihres Werks kämpfte, hatte die zuständige Gewerkschaft Angst, auch die Arbeitsplätze der anderen Kollegen zu riskieren.

Währenddessen wurde die Situation in Bischofferode bisweilen unübersichtlich. In der Nacht vom 26. Dezember 1993 zerstörte jemand das Büro des Grubenleiters und warf sämtliche Computer auf die Straße. Waren das womöglich Provokateure, engagiert, um die Stimmung aufzuheizen? Bereitete man damit einen Polizeieinsatz vor? Ich wusste: In Nordhausen stand eine große Anzahl von Polizisten bereit, die im Zweifelsfall zum Einsatz gerufen werden konnten.

Die Wut der Kumpel lag in der Luft. Doch auch wenn ich diese Wut verstand, ließ ich mich davon nicht anstecken. Meine Devise lautete: Lasst uns auch in der Niederlage mit erhobenem Haupt aus der Grube gehen!

Gegenüber der Treuhand definierte ich Bedingungen, die diese nicht lustig fand. Es ging mir um eine angemessene Entschädigung der Kumpel, um nachfolgende Arbeit, eine Zukunfts-Perspektive. Gemeinsam mit Andreas Trautvetter, der als Thüringer Minister der Staatskanzlei die Landesregierung vertrat, traf ich als Vermittler den Vertreter der Treuhand. Wir vereinbarten, dass alle Beschäftigten des Werks in Bischofferode am Standort bleiben sollten. Die IG Metall konzipierte einen GmbH-Rahmen mit den Bergleuten als Eigentümern. Durch diese GmbH hätte niemand in eine Beschäftigungsgesellschaft nach Nordhausen ausgegliedert werden müssen. Jedoch hintertrieb ein anderer Minister unseren Plan und setzte schließlich die Nordhäuser Beschäftigungsgesellschaft durch. Am Ende konnten die Bergleuten nur noch kapitulieren.

Im Jahr 2014 landete das Kaliwerk Bischofferode wieder auf meinem Tisch: in Form eines verschlossenen Briefumschlags, der im Thüringer Landtag für mich hinterlegt wurde. Ich fungierte dort mittlerweile als Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Der Umschlag enthielt den sogenannten Kali-Geheimvertrag. Viele der Dokumente konnten nur aus der Treuhandanstalt stammen.

Im Kern beinhalteten sie die Fusions-Unterlagen von Kali-Ost und Kali-West. Wir sahen bestätigt, was wir immer vermutet hatten: Bischofferode wurde aus simplen Marktbereinigungsgründen gezielt kaputtgemacht, damit die westdeutsche Mutter von Kali und Salz, die BASF, ihre Konkurrenz loswurde!

Einen großen Erkenntnisgewinn brachten mir die Dokumente hingegen nicht. Sie besaßen nicht die von vielen gefürchtete Brisanz. Aber sie waren nun in der Welt. Und ich wollte, dass sie der Landesregierung und dem Landtag offiziell übergeben würden. Diese wollten sie jedoch nicht annehmen. Der Staatskanzlei-Minister Jürgen Gnauck, ein studierter Rechtsanwalt, behauptete, ich hätte die Dokumente aus krimineller Quelle bezogen.

«Es kann Ihnen völlig egal sein, woher die Unterlagen kommen», entgegnete ich. «Sie sind nun da und können nicht ignoriert werden.»

«Das mag sein, aber sie sind nicht freigegeben.» Einen Tag später stand alles in der Zeitung und im Internet. Ich bestand weiter darauf: «Nun sind die Dokumente für jedermann einsehbar, da könnt ihr sie doch endlich entgegennehmen.»

Das geschah jedoch nicht. Sie wurden stattdessen im Keller des Landtags in einem Panzerschrank eingeschlossen.

Dies zeigte mir, dass die regierende Politik nicht verstanden hatte, was wir dringend klären müssen: Bischofferode ist im Kern ein Wirtschaftskrimi, der zugunsten westdeutscher Konzerne und zum Nachteil Ostdeutschlands ausgegangen ist. Nicht mehr und nicht weniger steht in den Dokumenten.

Viele Fragen sind dennoch bis heute ungeklärt. Die Nachwirkungen der Stilllegung des Kaliwerks Bischofferode spürt die Region indessen noch immer. Und auch das Land Thüringen trägt bis heute die finanziellen Lasten der Abwicklung. Deshalb begleitet mich die Geschichte von Bischofferode auch 26 Jahre nach der Schließung der Grube, die ökonomisch, vor allem aber menschlich nicht vertretbar war.

Heute kämpfe ich wieder für Kali-Kumpel. Als Ministerpräsident setze ich mich für den Erhalt der 4.500 Arbeitsplätze unter Tage im Werra-Kalirevier ein. Diesmal kämpfe ich mit dem Betriebsrat der K+S AG und dem Vorstand gemeinsam.

Wir Mitarbeiter wollten das Werk übernehmen

Erhard Werther, Jahrgang 1945, schloss 1962 im VEB Büromaschinenwerk Sömmerda (BWS) seine Lehre zum Werkzeugmacher ab, arbeitete fortan im Bereich Technik, später im Prüfgerätebau. Dort war er Brigadeführer und Vertrauensmann. Im Oktober 1990 wurde er in den Betriebsrat gewählt. Er verantwortete die Bereiche «Arbeitschutz und Sicherheit» sowie «Forschung und Entwicklung». Nach der Abwicklung des Betriebs engagierte er sich in einem Sportverein und rief ein Programm für Jugendliche ins Leben.

Bevor ich im Oktober 1990 in den Betriebsrat gewählt wurde, gab es eine Revolte gegen alle alten Mitglieder. Ich sagte den Kollegen: «Ihr könnt gegen alle rebellieren. Aber für jeden Stein, den ihr wegnehmt, müsst ihr wieder einen hinlegen.» Die Mitarbeiter wählten mich, weil ich mich für Gerechtigkeit im Betrieb einsetzte.

Der VEB BWS war 1990 in die Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Zuvor hatten wir Kollegen viele Versammlungen abgehalten, um zu besprechen, wie es mit dem Werk weitergehen sollte. Wir wollten nicht von einer fremden Firma aufgekauft werden, sondern den Betrieb selbst weiterführen. Auf einer Weiterbildung in Wandlitz lernte ich das Modell der mitarbeitergeführten Aktiengesellschaft kennen. Es ermöglichte eine breite Belegschaftsbeteiligung am Unternehmen.

Mit der Gewerkschaft wurde das «Sömmerdaer Mittbestimmungsmodell» entwickelt, welches vorsah, 75 Prozent des Aktienkapitals als Belegschaftseigentum zu halten. 25 Prozent sollten an die Treuhand und damit an den Staat übergehen – das war immer noch die DDR.

Im März stellten wir einen Antrag beim Ministerrat, damit dieser unser Konzept bewilligt. Im April trafen sich Vertreter der Treuhand mit der Betriebsleitung und verkündeten, dass sie unser Konzept ablehnten. Wir wurden nicht mehr einbezogen. So firmierte das Büromaschinenwerk ab dem 1. Juni 1990 als Aktiengesellschaft zu 100 Prozent in den Händen der Treuhand.

Nur wenig mehr als ein Jahr später, am 12. September 1991 um 15.33 Uhr, wurde der Beschluss gefasst, das Büromaschinenwerk in Sömmerda zu liquidieren. Als sich die Treuhandverantwortlichen am 20. September 1991 mit dem Aufsichtsrat treffen wollten, stand ich am Haupteingang des Verwaltungsgebäudes und blickte auf die Menschenmassen. Sie blockierten die Straßen. Die Mitarbeiter der Treuhand kamen mit einem Hubschrauber nach Sömmerda und wurden durch das Hintergebäude zur Versammlung geführt. Die Demonstranten erreichten sie dennoch und bewarfen sie mit Tomaten. Tumult brach aus. Tausende Menschen stürmten das Gebäude.

Doch der Protest half nichts: Zum 31. Dezember 1991 wurden alle Mitarbeiter gekündigt. Einige gingen in die neu gegründete Beschäftigungsgesellschaft über. Als freigestelltes Betriebsratsmitglied erhielt ich meine Kündigung zum 31. März 1992. Vom 1. April bis zum 31. Dezember wurde ich in der Robotron AG i.L. (in Liquidation) weiterbeschäftigt. Hier erlebte ich mit, wie das Werk begraben wurde. Insgesamt 136 Gebäude wurden abgerissen. Die Treuhand ließ alles verschrotten, auch die neue Technik. So gab es nichts mehr, auf dem wir zum Beispiel eine Ausgründung hätten aufbauen können.

Dieser Niedergang war schwer zu verkraften. Viele der Mitarbeiter hatten daran geglaubt, dass der Betrieb überleben würde. Auch ich.

1992 musste ich mich entscheiden, ob ich gehen oder bleiben wollte. Als freigestellter Betriebsrat war ich bis zur Schließung des Werks



nicht kündbar. Ich dachte mir: «Wenn alle gehen, gehst du auch.»

Also ging ich, obwohl ich wusste, dass ich nie wieder eine Stelle als Werkzeugmacher bekommen würde. Ich war ein guter Werkzeugmacher, doch ein ehemaliges Betriebsratsmitglied und einen Gewerkschafter würde niemand mehr anstellen. Für kurze Zeit war ich arbeitslos, dann sollte ich in einer Lackiererei anfangen. Doch da ich nach einem Unfall Lungenprobleme hatte, konnte ich die Arbeit nicht antreten.

Ich dachte mir: «In der Marktwirtschaft muss man sich selber einbringen.» Und das tat ich. Ich engagierte mich als ehrenamtlicher Vorsitzender in einem Sportverein und gründete eine Initiative für Jugendliche, die für fünf Jahre – und damit genau bis zu meinem Renteneintritt – gefördert wurde.

Ich erinnere mich gern an die Zeit im Büromaschinenwerk. Denn die Arbeit dort war etwas Besonderes. Wir konnten unsere Arbeits- und Lebensbedingungen nach unseren eigenen Vorstellungen gestalten. Zum Werk gehörten eine hervorragende Gärtnerei und ein wunder-

bares Kulturhaus. Wir hielten auch Schweine, die mit den Küchenabfällen der Großküche vom Soemtron-Haus versorgt wurden. Die Schweine schlachteten wir selbst. Die Produkte vom Schlachtfest wurden für die Werkstätigen zum Kauf freigegeben. Immerhin mussten 13.000 Beschäftigte versorgt werden. Ich sagte immer scherzhaft, dass ich von den 13.000 Beschäftigten genau 12.000 persönlich kannte. Das «Uns» war im Büromaschinenwerk weit stärker als das «Mein» und «Dein».

Als ich lange nach der Liquidation des Werks einmal im Winterurlaub war, saß ich mit ein paar Männern am Tisch unserer Ferienwohnung – es war die Silvesterfeier. Ich erzählte ihnen, dass ich aus Sömmerda komme. Da erinnerte sich einer: «Ja, Sömmerda, da haben wir mal etwas weggesprengt.» Gemeint war das Gebäude der Forschung und Entwicklung, das ich als Betriebsrat des Bereiches Technik mitbetreut hatte. Seine Sprengung war einem Todesstoß gleichgekommen. Erst durch den Abriss dieses Gebäudes am 16. August 1996 war mir schließlich klar geworden: «Das ist das Ende.»

*Bernd Gehrke, Jahrgang 1950, studierte nach Abitur und Facharbeiterausbildung Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Er engagierte sich in der Opposition gegen das SED-Regime und wurde 1978 wegen der Bildung einer oppositionellen Gruppe aus der SED ausgeschlossen. Nach dem anschließenden Berufsverbot und der Entlassung aus der Akademie der Wissenschaften arbeitete er als Chemischer Reiniger, Heizer und seit 1984 als Ökonom im Möbelkombinat Berlin. Ende 1989 saß er für die Vereinigte Linke am Zentralen Runden Tisch. In den Neunzigerjahren war er im Bündnis kritischer Gewerkschafter*innen Ost/West sowie als Unterstützer in der Ostdeutschen Betriebsräte-Initiative aktiv. Er lebt als Historiker und Publizist in Berlin.*

Widerstand gegen die Treuhandanstalt

Bernd Gehrke

Obleich Ostdeutschland in den Jahren 1990 bis 1994 eine Welle massiver sozialer Kämpfe von abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Mieter*innen, Grundstückseigentümer*innen und Kleingärtner*innen erlebte, sind die Erinnerungen daran fast völlig aus dem kulturellen Gedächtnis verschwunden. Das betrifft vor allem die von Belegschaften, Betriebs- und Personalrät*innen sowie regionalen Gewerkschaften geführten Kämpfe gegen die Treuhandpolitik, welche – neben den von DGB-Gewerkschaften geführten großen Streiks zur Lohn- und Tarifanpassung von Ost an West – hunderttausende Ostdeutsche mobilisierten. Diese Widerstandsaktionen fanden nahezu flächendeckend statt und erfassten große wie kleine Betriebe. Sie gehören zu den großen sozialen Kämpfen auf dem Gebiet des heutigen Ostdeutschlands.

Mit der Ankündigung großflächiger Privatisierungen und Massenentlassungen durch die Treuhandanstalt entstand Ende 1990 aus bis dahin nur ver- einzelten Belegschaftsprotesten, wie

etwa im Chemiefaserwerk Premnitz, eine Protestwelle, die nunmehr auch ganze Branchen erfasste.

Exemplarisch für diese Kämpfe waren die Auseinandersetzungen um den ostdeutschen Schiffbau, die von den Menschen der Region ebenso wie von der örtlichen IG Metall und der ÖTV unterstützt wurden. Mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung von mehr als 4.000 Beschäftigten der Rostocker Neptun-Werft gegen die drohende Stilllegung ihres Unternehmens begann im Januar 1991 eine Protest- und Streikwelle, die die gesamte ostdeutsche Ostseeküste erschütterte. Ihren Höhepunkt fanden die Aktionen mit der Besetzung der Werften in Rostock, Stralsund, Warnemünde und Wismar im Frühjahr 1992. Der Rügendamm wurde durch die Werftarbeiter*innen gesperrt, Azubis mauerten den Eingang der Rostocker Treuhand-Filiale zu. Ihr Motto: «Ihr vermauert unsere Zukunft, wir vermauern euren Eingang!» Adressaten der Proteste waren, neben der Treuhandanstalt, auch Landes- und Bundesregierung, die von einer Zerlegung

der Werften und der Seereederei abrücken und zu einem Gesamtverkauf bewegt werden sollten. Aus der Fülle der Proteste und Streiks können hier lediglich einige spektakuläre Fälle hervorgehoben werden. So organisierte die IG Metall Leipzig, ausgehend vom Druck der Betriebsräte der Leipziger Großbetriebe, seit Anfang März 1991 neue Montagsdemonstrationen. Schon zur ersten Montagsdemo waren wieder 60.000 Menschen auf dem Ring. Die Montagsdemos dehnten sich in den Folgewochen auf Ostberlin und viele andere Städte Ostdeutschlands aus; mehr als 100.000 Menschen beteiligten sich. Erst durch den vereinten Druck von etablierter Politik, Medien und Gewerkschaftsführungen wurden die Demonstrationen schließlich abgebrochen. Die Chance, sie zu einer ostdeutschlandweiten Protestbewegung gegen die Privatisierungs- und Zerstörungspolitik von Bundesregierung und Treuhandanstalt auszuweiten, wurde damit vergeben.

Im September 1991 besetzten die Beschäftigten der Keramischen Werke Hermsdorf, die statt der Schließung des Betriebes den ersten ostdeutschen Börsengang erhofft hatten, das Hermsdorfer Autobahnkreuz. Im November 1991 erlebte Brandenburg einen heißen Herbst der Stahlwerker*innen. Als sie gemeinsam zu Abertausenden vor den Landtag in Potsdam zogen, drohte ihr Proteststurm zur Initialzündung für einen Flächenbrand zu werden. Im Dezember besetzte die Belegschaft des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf – aus Protest gegen die geplante Filetierung des Betriebes und die mangelnde soziale Absicherung der von Entlassung Bedrohten – für neun Tage das Werk. In diese spektakulären Widerstandsaktionen, die eine ganze Region erfassten, ist auch der einzige im kulturellen Gedächtnis gebliebene Kampf der Kaliwerker in Bischofferode einzureihen.

Der Widerstand gegen die Treuhandpolitik wurde häufig mit radikalen Methoden des zivilen Ungehorsams geführt. Straßen- und Autobahnblockaden setzten sich als Mittel der Wahl durch; besondere Höhepunkte waren die bereits erwähnten Blockaden des Rügendammes und des Hermsdorfer Kreuzes durch die Beschäftigten sowie die Besetzung des Flughafengebäudes in Dresden-Klotzsche durch die Belegschaft des Edelstahlwerks Freital.

Die meisten Streiks gegen die Treuhandanstalt waren sogenannte wilde Streiks. Neben den zahlreichen Betriebsbesetzungen und den beiden Hungerstreiks bei der Batteriefabrik BELFA in Berlin und beim Kali-Schacht «Thomas Müntzer» in Bischofferode ist auch der unkonventionelle Kampf regionaler DGB-Gewerkschaften hervorzuheben. Denn sie unterstützten oftmals nicht nur solche «wilden» Streiks, Straßen-, Autobahnblockaden und Betriebsbesetzungen, sondern organisierten – mit den genannten Werftbesetzungen, die sich gegen die Bundes- und Landesregierung richteten, oder mit Aktionen wie «5 vor 12» des Aktionsbündnisses «Thüringen brennt!» – sogar politische Streiks, die eigentlich ein Tabu für bundesrepublikanische Gewerkschaften sind.

Zu einem der bedeutendsten Ereignisse des Widerstands gegen die Treuhandpolitik wurde die Gründung der «Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute» im Juni 1992. An ihr beteiligten sich Vertreter*innen Berlins, Brandenburgs, der Ostseeküste und des Chemie-Dreiecks. Ihr Ziel war es, durch branchen- und Regionen übergreifende Kampfmaßnahmen breiten Widerstand gegen die Privatisierungspolitik zu organisieren, um Druck auf Politik, Treuhandanstalt und Gewerkschaften auszuüben. Es war der Versuch, die zahlreichen «Einzelfeuer» des Protestes zum Flächenbrand auszuweiten – eine Aufgabe, zu der sich die Gewerkschaftsspitzen, trotz ihrer Kritik an der Treuhandpolitik, nicht entschließen konnten. Die «Initiative» protestierte mehrfach vor der Treuhandanstalt und erreichte ein Gespräch mit deren Präsidentin, Birgit Breuel. Da das Gespräch keinerlei Zugeständnis erbrachte, protestierten 300 Betriebsräte am 12. September 1992 in Bonn. Daraufhin luden die Bundestagsfraktionen sie zu Gesprächen ein; sechs Betriebsräte wurden sogar von Bundeskanzler Kohl empfangen. Zum Höhepunkt wurde das Gespräch in der CDU-Fraktion, in dessen Verlauf es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Staatssekretär Joachim Grünewald kam. Nachdem dieser erklärt hatte, kein einziger überlebensfähiger Betrieb sei geschlossen worden, erhob sich ein Proteststurm; ein Betriebsrat, der CDU-Mitglied war, erklärte gar, dass «es jetzt noch blutig werden» könne.

1993 entwickelte die «Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute» dann eine breite Solidaritätskampagne für weitere von Schließung bedrohte Betriebe, so etwa für die Kämpfe der Belegschaften von BELFA in Berlin und der Kali-Kumpel in Bischofferode. Die Bedeutung der «Initiative» erwuchs aus dem Umstand, dass die Gewerkschaften eine solche branchen- und Regionen übergreifende Solidarität nicht organisierten. Im Falle der Kali-Kumpel in Bischofferode bekämpften die Vorstände der IG Bergbau und der IG Chemie, Papier, Keramik sogar offen deren Kampf um den Erhalt des Schachtes, da das Kali-Werk eine Konkurrenz für westdeutsche Kali-Arbeitsplätze bedeutete. Die Solidarität gewerkschaft-

licher Basisaktivist*innen aus ganz Deutschland machte Bischofferode aber dennoch zum Symbol des Widerstands ostdeutscher Belegschaften gegen den Privatisierungswahn der Treuhandanstalt.

Bekanntermaßen kam es nicht zu jenem «Flächenbrand» von Streiks und Protesten, der allein die Politik von Bundesregierung und Treuhandanstalt hätte verhindern können. Obwohl die Kämpfe verloren gingen, sind sie es wert, der Vergessenheit entrissen zu werden. Sie waren und sind ein Ausdruck der Würde der Lohnabhängigen in Ostdeutschland und damit eine wichtige Voraussetzung für künftige soziale Kämpfe.³³

33 Zu den Quellen siehe folgende Dokumentationen im Archiv sozialer Kämpfe in Ostdeutschland seit 1990 (unter <https://geschichtevonuntenostwest.wordpress.com/soziale-kaempfe-in-ostdeutschland-nach-1990/>): Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990–1994. Eine Zeitungsrecherche von Dietmar Dathe im Auftrag des AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West, Berlin, Dezember 2018; Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute. Materialien zur Tagung Ostwind – Soziale Kämpfe gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen in Ostdeutschland 1990 bis 1994, 23.–24. Juni 2017, Haus der Demokratie und Menschenrechte Berlin, zusammengestellt und mit einem Vorwort von Bernd Gehrke, hgg. vom AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West, Berlin, Juni 2017; Dokumente des Bündnis kritischer Gewerkschafter/innen OstWest (BKG), 1990 bis 1997, zusammengestellt und mit einem Vorwort von Renate Hürtgen, hgg. vom AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West, Berlin, September 2017.

Vom Ende unserer Kunst- und Kulturstätten



«Am Ende habe ich nur geheult.»

Gerhard Schmelzer, Jahrgang 1937, lernte von 1953 bis 1955 Bergmann und verlor 1992 seine Stelle im Kaliwerk Bischofferode. Nach seiner Zeit bei der Armee, in der er als Sekretär der Freien Deutschen Jugend (FDJ) tätig war, leitete er von 1968 bis 1990 das Kulturhaus des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) im Kaliwerk.

Weihnachten 1992 verloren meine Frau und ich unsere Arbeit. Wir hatten gerade erst einen Kredit aufgenommen und unser Wohnhaus gekauft. Finanziell gesehen hatten wir jedoch Glück im Unglück: Um mit 55 Jahren in den Vorruhestand zu gehen, fehlten uns beiden lediglich ein paar Monate. Meine Frau arbeitete nebenher bei der Volkssolidarität und ich bekam das Angebot, weiter im Kulturhaus tätig zu sein – als Kellner.

Mein Engagement in der Kultur begann während meiner Zeit bei der Nationalen Volksarmee (NVA). Nachdem ich bereits einige Jahre in der Grube gearbeitet hatte, wurde ich zur Armee einberufen. Als der FDJ-Sekretär unserer Kompanie ins Zivilleben entlassen wurde, bekam ich den Befehl: «Genosse Schmelzer, diese Funktion übernehmen Sie! Jetzt machen wir hier mal ein bisschen Kultur!»

Nach meiner Armeezeit kam ich zum Schacht zurück. Die FDJ-Kreisleitung bat mich, für sie im Kreis Worbis tätig zu werden. Dort hatten sie bereits sehnsüchtig auf Kader gehofft, die bei der NVA eine gewisse «Vorbildung» bekommen hatten. Ich arbeitete mich bis zum Industrieseekretär hoch. Dann kam das Jahr 1961. Ich war nicht einverstanden mit dem Bau der Mauer, war aber – davon abgesehen – ein Hardliner für «unsere Sache». Notfalls wäre ich dafür gestorben. 1963 sagte ich mir: Es wird Zeit, mal wieder in die Produktion zu gehen, um nicht den Kontakt zu den Kumpeln zu verlieren.

1965 brauchten sie auf dem Schacht einen neuen Kulturhausleiter. Die bisherige Amtsinhaberin schien für den Posten schlichtweg ungeeignet. Bei ihrer Suche nach einem Kultursekretär ka-

men die Genossen auf mich. Sie dachten wohl: «Wenn der Genosse Schmelzer die Jugendarbeit hinbekommen hat, dann kriegt der auch das mit der Kultur hin.» Kurzum, ich erhielt, wie das bei uns so üblich war, den Parteauftrag: «Versuche es mal!»

Dabei blieb es, 24 Jahre lang. Ich wurde Chef unseres Kulturhauses in Bischofferode und klotzte ran. Wir standen unter der Leitung der Gewerkschaft, unser Etat kam vom Kaliwerk. Das hieß, ich arbeitete eng mit der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und der Parteileitung zusammen: Der Werkdirektor gab das Geld, die BGL machte Vorgaben, die Partei segnete ab.

Anfangs bekam ich 620 Mark im Monat, deutlich weniger, als ich zuvor in der Grube verdient hatte. Am Ende waren es 900 Mark. Auch der Etat unseres Kulturhauses stieg kontinuierlich. Am Ende betrug er etwa eine Million Mark. Einschließlich Reinigungskräften und den Leitern der Volkskunstzirkel waren wir 13 Angestellte. Unser Auftrag lautete lapidar: Den Werktätigen und Angestellten Kultur anzubieten und die Volkskunst zu fördern. Genau das tat ich!

Als ich das Haus 1965 zum ersten Mal besichtigte und dabei das Café mit 82 Plätzen betrat, sagte ich mir: Gerhard, hieraus kannst du was richtig Tolles machen! Ich wusste, was gefragt war, und ließ den Raum umgestalten. Supermoderne Einrichtung, lauschige Polster – so eröffnete ich unsere Veranstaltungsreihe «Nachtkabarett». Über die Konzert- und Gastspielliederkreis organisierte ich einmal im Monat ein Nachtprogramm. Eberhard Cohrs war ein paar Mal hier, Stefanie Hertel sowie ihr Vater, das aus dem Film «Solo Sunny» bekannte Günther-Fischer-Sextett und viele an-



dere Künstler. Nebenbei lief der Barbetrieb von 21 Uhr bis drei Uhr morgens, natürlich nur am Samstag. Ob Musik, Modenschauen, Zauberei, Kabarett – die Nachtprogramme waren immer ausverkauft, die Karten sehr begehrt, besonders bei Ehepaaren, die unsere Veranstaltungen zum Ausgehen nutzten. Wir boten den Leuten mal was Anderes und dafür waren sie dankbar.

Zwei Drittel unseres Publikums waren Stammgäste. Viele arbeiteten in der Verwaltung, aber auch so mancher Kalikumpel gehörte dazu. Oft sprachen mich LPG-Vorsitzende (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) an: «Wir haben Weihnachten was vor. Kannst du uns hinten in der Ecke den Zehnertisch organisieren?»

«Mal schauen, wie wir es hinbekommen», erwiderte ich.

Ich versuchte, «breitflächig» zu arbeiten, indem ich nicht nur das Werk, sondern die ganze Gegend mit einbezog. In Holungen gab es zum Beispiel einen Männerchor, dessen Mitgliedern ich vorschlug: «Wollt ihr im Kulturhaus proben? Ich kann euch auch finanziell ein bisschen unterstützen.» Ich stellte ihnen einen Probenraum zur Verfügung und band sie bei kulturellen Höhepunkten mit ein.

Das Kulturhaus befand sich in der Nähe der innerdeutschen Grenze. Etliche Dörfer lagen im

Sperrgebiet. Die SED-Kreisleitung und die BGL legten Wert darauf, dass die Grenzsoldaten in ihren Kasernen auch ein wenig kulturelle Unterhaltung bekamen: «Gerhard, nimm doch in deinen Kulturplan Auftritte deiner Tanzgruppe bei der Grenzkompagnie auf.»

«Kein Problem!», sagte ich. «Soll ich zum Werkdirektor gehen oder habt ihr Geld dafür? Wer wird Auftrag- und Kostenträger? Wir brauchen einen Bus, außerdem bekommen alle Beteiligten einen kleinen Obolus, da kommt schnell ein ordentliches Süm্মchen zusammen!»

«Genosse Schmelzer, du kriegst Bescheid!»

Keine zwei Stunden später rief mich der Werkdirektor an: «Gerhard, was brauchst du für Mittel, wenn du in diesem Jahr fünf Einsätze bei den Grenzkompagnien und in den Grenzdörfern machst?» Und schon ging es los! Die Soldaten und Offiziere nahmen uns dankbar und herzlich auf. Es gefiel uns bei ihnen. Deshalb gingen wir regelmäßig auf Tournee. In den Grenzdörfern mündeten unsere Auftritte meist in einen Tanzabend. Das war eine willkommene Abwechslung, auch für die Bewohner des Sperrgebiets.

Ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit war die Organisation und Durchführung der jährlichen Brigadebälle. Die Brigaden aus dem Schacht hatten die Möglichkeit, im sozialistischen Wettbewerb durch Sonderschichten oder andere Initiativen Prämien zu kassieren. Die wurden zum Jahresende «auf den Kopf gekloppt», wie es so schön hieß, nicht selten beim Brigadeball.

Die Brigade rief vorher bei uns an und fragte, was wir ihnen bieten könnten. «Was wollt ihr denn?», entgegneten wir. Natürlich ging es auf dem Brigadeball nicht nur um das Kulturprogramm, sondern auch darum, dass die Frauen ihre neuen Kleider ausführen konnten. Uns oblag es nun, der Veranstaltung einen besonderen Touch zu geben. Hierfür musste ich möglichst preiswert eine gute Kapelle besorgen. Schließlich hatte ich mit meinem Budget, von dem ich auch Lohn- und Reparaturkosten beglich, bis zum Jahresende auszukommen.

Im Kulturhaus fanden neben den Unterhaltungsveranstaltungen auch die monatlichen Brigade- und Parteiversammlungen, Jugendforen und alljährlich die Messe der Meister von Morgen (MMM) statt. Bei der MMM stellten Kinder und

Jugendliche selbstgefertigte Exponate aus. Einige hatten sie im polytechnischen Unterricht hergestellt, so manches Meisterstück jedoch in Eigeninitiative ausgetüftelt und gebaut.

Ein kultureller Höhepunkt war der «ÖkuLei», sprich: der Ökonomisch-kulturelle Leistungsvergleich. Hierfür erarbeiteten die Brigaden ein eigenes Bühnenprogramm. Da konnten sich Abteilungen hervortun, die in ihren Reihen einen guten Gesangs-, Instrumentalsolisten oder ein anderes Talent wussten. Manche stellten einen ganzen Chor auf die Bühne.

Beliebt waren auch die Sketche aus dem Arbeitsleben der Kalikumpel. Mit Helm und Arbeitskramen standen die Leute auf der Bühne und brachten mit kabarettistischen Mitteln diesen und jenen Missstand zur Sprache.

Die jungen Leute liebten die Tanzveranstaltungen. Jeden Monat nahm ich zweimal Jugendtanz ins Programm. Die Kapellen und Bands holte ich aus der ganzen DDR zu uns, die bekanntesten waren Karat, Renft, Synchron und die Puhdys. Letztere konnte ich mir allerdings nur ein Mal erlauben. Als sie für 15.000 Ostmark im Westen gespielt hatten, ging das nicht mehr. Da hätte ich 100 Mark Eintritt nehmen müssen.

Die Bands aus Halle, Leipzig und Berlin kamen meist am Nachmittag bei uns an. Waren sie da, rief mich die Wache an: «Gerhard, deine Kapelle ist da! Komm mal hoch.» Ich kümmerte mich um die Leute. Die Musiker wollten gepflegt und für die Nacht untergebracht werden. Zu diesem Thema hatte ich die Werkleitung irgendwann angesprochen: «Leute, was ist, wenn die Künstler über Nacht bleiben wollen? Im Kulturhaus gibt es ein paar leer stehende Zimmer. Ich habe Maler und alle an der Hand, um die Zimmer herzurichten. Aber wir brauchen ein bisschen Geld!» Und zack, so bekamen wir 13 Übernachtungsplätze. Die konnten die Leute auch nach Brigade- oder Familienfeiern bei uns mieten.

Dinge, die nicht liefen, schafften wir kurzerhand ab. So organisierte eine Kollegin zwei Jahre für die Kumpel Fahrten ins Theater nach Nordhausen. Die schliefen jedoch ein. «Was spielen die denn?», fragten die Leute. «Ach, hohe Kunst? Das verstehen wir nicht, da fahren wir nicht hin.» Anders sah es bei Operette und Oper aus. Zum «Vogelhändler» und zu «Aida» hätten wir wöchentlich Fahrten anbieten können. Hier setzte ich an und fragte bei der Brigadeversammlung: «Wo wollt ihr hin? Zu «Aida»? Sollen wir da mal ein bisschen vorarbeiten, damit ihr versteht, was auf der Bühne passiert?» Das fand Zuspruch. So holten wir uns zur nächsten Brigadeveranstaltung Ernst Moser auf die Bühne. Der Sänger aus Nordhausen sang den Leuten die Arien vor und führte sie in das Thema ein.

Den Leuten vom Schacht und aus der Gegend kulturell etwas zu bieten, war meine Berufung! Ich hatte den kleinen Kulturbetrieb am Leben gehalten und hatte es gern getan. Weihnachten 1992 erhielt ich meine Entlassung und sollte fortan im Kulturhaus kellnern. Nachdem ich die Kumpel über 24 Jahre mit Kultur versorgt hatte, sollte ich ihnen nun das Bier an den Tisch bringen? Vom Herrn des Hauses zum Laufburschen? Das wäre ein Absturz gewesen, den ich seelisch nicht verkraftet hätte. Mehrfach war ich als «Aktivist der Sozialistischen Arbeit» ausgezeichnet worden und hatte zahlreiche staatliche sowie gesellschaftliche Auszeichnungen für gute Leistungen erhalten – und nun das? Also sagte ich: «Leute, das lassen wir lieber mal.»

Ein Freund, der auf dem Schacht bei der Wache arbeitete, nahm mich beiseite: «Mensch Gerhard, die paar Monate, die dir noch bis zum Vorruhestand fehlen, kommst du zu uns! Danach kannst du ruhig und zufrieden deinen Lebensabend genießen.» Und so sollte es dann sein.

Heute ist das Kulturhaus dicht. Ohne den Schacht konnte es sich nicht halten.



«Nichts blieb so, wie es einmal war.»

Brunhilde Psurek, Jahrgang 1950, arbeitete als Erzieherin in einem städtischen Kindergarten. 1971 kam sie über eine Zeitungsannonce zum Arbeitertheater des Büromaschinenwerks Sömmerda (BWS) und blieb der Theaterarbeit bis zum heutigen Tage treu. Sie leitet ehrenamtlich zwei Theatergruppen für Jugendliche und Frauen an und spielt selbst mit.

Das Büromaschinenwerk Sömmerda bot den Menschen mehr als nur Arbeitsplätze. Die Kollegen trafen sich in Zirkeln wie den «schreibenden Arbeitern», im Singeklub, im Männer- und im Frauenchor, in Tanzgruppen, im Malzirkel und im Fotoklub und wurden finanziell sowie strukturell vom Werk unterstützt. Wenn nötig, erhielten die Mitarbeiter Freistellungen für ihre Aktivitäten. Die Gruppen und Klubs standen jedoch nicht nur den Beschäftigten des Werks offen. Jeder konnte Mitglied werden, und so kam es, dass ich dem Dramatischen Zirkel beitrug.

Dies verdankte ich dem Zufall. 1971 las ich eine Zeitungsanzeige: «Das Büromaschinenwerk möchte einen Theaterzirkel gründen und sucht Mitspieler.» Ich war neugierig und meldete mich sofort. Damit begann meine Mitgliedschaft im Arbeitertheater. Und sie hielt bis zum Ende.

Im Kulturhaus «1. Mai» des BWS befanden sich die Räume, in denen wir probten. Im Saal des Soemtron-Hauses (dem «Haus der Büromaschinenwerker»), im Kultur- und im Volkshaus fanden die Aufführungen statt. Wir arbeiteten mit professionellen Dramaturgen, Schauspielern sowie Masken- und Bühnenbildnern des Nationaltheaters Weimar zusammen. Das Theater unterstützte uns auch mit Kostümen und Bühnenbildern. Unsere Arbeitertheatergruppe studierte unter der fachlichen Anleitung des Nationaltheaters 15 Stücke ein. Sie waren zum größten Teil gesellschaftskritisch und hatten die Zensur überstanden. Wir kamen viel herum, fuhren zu Auftritten und Arbeiterfestspielen und erhielten so manche Goldmedaille. All unsere Unternehmungen und Fahrten wurden vom BWS organisiert und finanziert.

Für die Mitarbeiter des Büromaschinenwerks waren unsere Aufführungen oft Pflichtprogramm. Uns wurden Brigaden zugeteilt, die sich unsere Stücke anschauen mussten. «Wenn wir nicht gemusst hätten, wären wir nie gekommen», beichteten mir einige von ihnen viel später. «Aber die Stücke und eure Aufführung hatten uns so sehr gefallen, dass wir die nächsten Male ohne Muss kamen.» Das war ein schönes Kompliment.

Dann kam die Wende. Das BWS wurde abgewickelt, das Kulturhaus «1. Mai» zweckentfremdet und als Ärztehaus umgebaut. Vorbei war es nun dort mit der Kultur. Das Soemtron-Haus ereilte ein noch schlimmeres Schicksal. Es wurde 1995 gesprengt. Die Sprengung wurde für eine bestimmte Uhrzeit angekündigt, dann jedoch vorgezogen, da mit Protesten der Bevölkerung gerechnet wurde. So spektakulär ging dieses Gebäude unter. Es war für uns ein Wahrzeichen der Kultur gewesen.

Leider fehlen diese Kulturstätten heute und ich traure den Gebäuden hinterher. Denn uns stehen nicht mehr so viele individuelle Spielstätten zur Verfügung. Ich wäre froh, wenn ich mit meiner Jugendtheatergruppe noch darauf zurückgreifen könnte.

Nichts ist so geblieben, wie es einst war. Das BWS existiert nicht mehr, Gebäude sind verschwunden und auch mein Kindergarten wurde wegrationalisiert. Schade.

Ich denke gern an meine Zeit im Arbeitertheater zurück, die mir so viel gab, mich geprägt hat und mein Leben interessanter machte. Indem ich davon berichte und von unseren Erfolgen erzähle, möchte ich sie mit anderen teilen.

**Wir wurden mit Mut und
Glück zu Unternehmern**

Auf ins Unternehmertum

***Irmtraud Steinert**, Jahrgang 1960, studierte Pharmazie an der Martin-Luther-Universität in Halle an der Saale. Nach dem Studium arbeitete sie im VEB Pharma Neubrandenburg. Nach der Wende wechselte sie als Kontrollleiterin zur Folgefirma Gambro. Heute ist sie Geschäftsführerin der MTN Neubrandenburg GmbH.*

Schon immer hat mich die Herstellung von Arzneimitteln fasziniert. Nach meinem Abitur entschied ich mich daher für ein Pharmaziestudium in Halle. Für mich stand fest, dass ich anschließend zurück in meine Heimat gehen würde. Jedoch würde ich nicht in einer Apotheke arbeiten. Denn in zahlreichen Praktika während des Studiums musste ich feststellen, dass es an wichtigen Medikamenten fehlte. Stattdessen wollte ich lieber in der Industrie tätig sein und dafür sorgen, dass die Menschen in den Apotheken auch etwas bekamen.

Schon im Mai 1983, noch während meines Studiums, unterschrieb ich meinen Arbeitsvertrag mit dem VEB Jenapharm. Da das Werk in Neubrandenburg, der künftige VEB Pharma Neubrandenburg, noch nicht fertiggestellt war, wurde ich nach meinem Abschluss zunächst zur Analogarbeitsplatzqualifizierung nach Jena geschickt. Dort wurde ich in die Zulassungsprozesse zur Markteinführung von Penicillin-Antibiotika eingearbeitet und erledigte dabei vor allem Verwaltungsarbeit.

Im Februar 1985 brachte ich meine erste Tochter in Güstrow zur Welt. Ich wohnte wieder bei meinen Eltern. Nur vier Monate blieb ich mit ihr zu Hause. Im Juli bestand die Möglichkeit, meine Arbeit direkt im VEB Pharma Neubrandenburg auszuüben, und wir fanden dort eine Wohnung. Mein Mann schloss sein Studium als Lehrer im August ab und war bereits für eine Anstellung in Neubrandenburg vermittelt. So war unser Familienglück vollkommen.

Zur gleichen Zeit wurde die Fertigung von Dialysekonzentrat von Berlin nach Neubrandenburg verlegt und in das neu entstehende Penicillin-Werk integriert. Als Pharmazeutin war ich qualifiziert, um den VEB Pharma in der Arbeits-

gruppe «Krankenhauspharmazie – Haemodialyse» zu vertreten und die Koordination der Versorgung der Krankenhäuser mit Elektrolytkonzentratlösungen durchzuführen. Doch vom Dialyseverfahren selbst hatte ich wenig Ahnung. Daher wandte ich mich zunächst an den Nephrologen Doktor Kröger im Neubrandenburger Bezirkskrankenhaus, um herauszufinden: Was ist Dialyse? Wie genau funktioniert sie? Und was bedeutet die Blutwäsche für die Patienten?

Ich erhielt hervorragende Einblicke nicht nur ins Dialyseverfahren, sondern auch in die Herstellung der Dialysekonzentrate. Denn in Neubrandenburg wurden diese noch in der Krankenhausapotheke hergestellt. Im Gegensatz dazu waren die meisten anderen Krankenhäuser auf die industrielle Versorgung angewiesen. Deshalb wurde es nun meine Aufgabe, die Versorgung mit Dialysekonzentraten abzustimmen. Damit war ich gleichzeitig Ansprechpartner für Dialysetechniker und Ärzte sowie Apotheker im Rahmen der Arbeitsgruppe.

Als sich die Wende abzeichnete, wurde die Idee begraben, Neubrandenburg als Produktionsort für den Penicillin-Bedarf der gesamten DDR und des Ostblocks zu entwickeln. Es war klar, dass unser Penicillin auf dem Weltmarkt kaum bestehen würde, da unsere Art der Produktion nicht konkurrenzfähig war. Mit der Abwicklung des VEB Pharma, fortan Neubrapharm GmbH, blickten wir einer ungewissen Zukunft entgegen.

Kooperationsverhandlungen mit dem schwedischen Konzern Gambro und der Neubrapharm scheiterten. Der Vertriebsleiter von Gambro München bot mir eine Stelle im Außendienst an. Ich verfügte über detailliertes Wissen über die Dialyse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Aber mit inzwischen zwei kleinen Kindern und



ohne Führerschein konnte ich dieses Angebot nicht annehmen.

Ich schlug vor, dass Gambro die Dialysekonzentratfertigung in Neubrandenburg weiterführen solle. Der inzwischen zuständige Insolvenzverwalter aus Hamburg verhandelte einen Betriebspachtvertrag mit den Anwälten von Gambro. Alle Mitarbeiter, die einen mit der Elektrolytkonzentratproduktion in Verbindung stehenden Arbeitsvertrag hatten, wurden dabei direkt von Gambro übernommen.

Da ich nicht dazu gehörte, kündigte ich meinen Arbeitsvertrag bei Neubrapharm, um von Gambro als Kontrollleiter neu eingestellt zu werden. So wagte ich mit Gambro den Sprung in die freie Wirtschaft. Das Leben steckt ja voller Herausforderungen. Mein Mann hatte als Lehrer einen sicheren Job. Er konnte die Familie versorgen, wir waren abgesichert.

Ich war als Kontrollleiterin verantwortlich für die Herstellung von Dialysekonzentraten und war weiterhin für Markteinführungen und für den Kontakt zu den Dialyseärzten zuständig. Ich musste sicherstellen, dass uns die alten Abnehmer erhalten blieben, denn nur so war es möglich, unseren Standort zu erhalten.

Zwischen Weihnachten 1990 und Neujahr 1991 kamen meine Eltern zu uns, um unsere Kinder zu versorgen. Mit meinem Mann als Chauffeur – noch immer hatte ich keinen Führerschein – zog ich los. Ich fuhr zu jeder Dialysestation in der ehemaligen DDR und erklärte: «Es geht weiter am Standort Neubrandenburg. Wir produzieren auch im Januar weiter Dialysekonzentrate. Aber dann unter einem neuen Namen.» Als die MTN Medizintechnik Neubrandenburg GmbH am 1. Januar 1991 als Tochtergesellschaft von Gambro gegründet wurde, konnten 57 Mitarbeiter durch den Betriebspachtvertrag übernommen werden. Mit 24 von ihnen begann ich am 2. Januar 1991 die aktive Arbeit. Die anderen waren vorerst in der «Null-Stunden-Kurzarbeit».

Meine Hauruck-Aktion war so erfolgreich, dass wir fast alle Anlieferstellen halten konnten. Für unsere Kunden bedeutete das nun auch: Zugang zu modernster Technik von einem der führenden Anbieter von Dialysetechnik. Vom Filter bis zur Nadel konnten sie alles aus einer Hand bekommen. Logistisch teilten wir Deutschland

recht bald in zwei Hälften. Neubrandenburg versorgte das Gebiet nördlich des Ruhrgebietes. Die Belieferung des südlichen Gebiets übernahm die Gambro Dialysatoren GmbH & Co KG im baden-württembergischen Hechingen. Natürlich versorgten wir das gesamte Gebiet der ehemaligen DDR weiter. Die Leute kannten uns, und wir hatten gutes Stammpersonal. Die Konzentrate lieferten wir anfangs selbst aus. Speditionsmitarbeiter oder ungelernte Arbeitskräfte mussten wir erst in den technischen Details schulen. Weil sich die Kunden durch den eigenen Fuhrpark stärker an uns gebunden fühlten, schaffte Gambro in Hechingen auch für Süddeutschland eigene LKW an und lieferte die Produkte selbst aus.

Als 1997 die Konzentrate von Arzneimitteln neu zu Medizinprodukten klassifiziert wurden, wurde ich für internationale Aufgaben in der Qualitätssicherung für alle Lösungsfabriken von Gambro zuständig. Neun Firmen, die über alle Kontinente verteilt waren, in den USA, in Australien, Korea, Portugal, Schweden sowie zwei in Italien, und auch die zwei Niederlassungen in Deutschland gehörten zu meinem Aufgabenbereich.

Gambro wurde schließlich von der ursprünglichen Eigentümerfamilie verkauft und gehörte ab 2007 den Banken. Mit diesen neuen Inhabern hielt die Profitmaximierung Einzug.

Alle Produkte, die weniger als 20 Prozent Gewinn abwarfen oder hohen Logistikaufwand benötigten, sollten nicht weiter direkt durch Gambro produziert werden. Zu viel Arbeit, zu viel Aufwand – mit dieser Begründung sollten fast alle Lösungsproduktionsstätten veräußert werden, obwohl wir als Gambro zu diesem Zeitpunkt etwa 30 Prozent der Dialysepatienten in Deutschland mit Dialysekonzentrat versorgten. Die neue Geschäftsführung hatte jedoch nicht bedacht, dass es bei der Konzentratversorgung langfristige Verträge gab, aus denen das neu organisierte Gambro nicht einfach aussteigen konnte.

Deshalb trat das Projektteam, das mit der Veräußerung beauftragt wurde, an mich heran und fragte, ob ich mir ein Management-Buy-out vorstellen könne. Ich brauchte Zeit, um über diesen Vorschlag nachzudenken: Was ist das Richtige für mich, für meine Familie und natürlich auch langfristig für die Mitarbeiter? Die soziale Verantwortung ist das eine, die betriebswirtschaftliche



Herausforderung das andere. Ich dachte, wenn du diese Herausforderung nicht annimmst, dann verbaust du dir wahrscheinlich eine Chance für die Zukunft.

Nach langen Verhandlungen einigten wir uns im Oktober 2007 auf den Veräußerungsvertrag. Bis dahin war es ein doch recht abenteuerlicher Weg: Zuerst machte ich mit meinem Mann bei einem Notar in Hamburg einen Termin. Dort kaufte ich eine Vorsatzfirma aus der Schublade, bestellte mich selbst zur Geschäftsführerin und verlegte den Firmensitz nach Neubrandenburg. Damit kaufte ich dann die Betriebsstätte in Neubrandenburg von Gambro und gründete die MTN Neubrandenburg GmbH als unabhängiges mittelständisches Unternehmen.

Seither segeln wir unter eigener Flagge. Die Mitarbeiter waren heilfroh, als ich ihnen mitteilte, dass ich die Konzentrat-Produktionsstätte gekauft hatte. Damit war die Zukunft am Standort gesichert.

Heute können wir bereits auf mehr als zehn Jahre erfolgreiche Geschäftstätigkeit zurückblicken und zählen 70 Beschäftigte.

«Zeit für Lübzer» – vom Betriebsdirektor zum Geschäftsführer

Hubert Getzin, Jahrgang 1942, erlernte den Beruf des Brauers und Mälzers und studierte anschließend im Fernstudium Gärungstechnologie. 1974 ging er in den Irak, um dort eine Brauerei zu leiten, und wurde danach Betriebsdirektor im VEB Brauerei Lübz. In dieser Funktion brachte er den Betrieb unter der Firmierung Mecklenburgische Brauerei Lübz GmbH durch die Wende und blieb dort bis zu seiner Rente 2003.

Schon meine Großeltern betrieben einen Bierverlag der Brauerei Lübz, einen Getränkegroßhandel. Ich begleitete meinen Opa beim Bierausfahren und kam so von klein auf an die Bierflasche. Wenn wir während der Fahrten gemeinsam frühstückten, bekam er sein Helles und ich mein Malzbier – Lübzer, das wir zusammen besorgt hatten. Die Brauerei trug zu dieser Zeit noch den Namen Vereinsbrauerei Mecklenburgischer Wirte Aktiengesellschaft. Erst 1968 wurde sie zum VEB Brauerei Lübz. Da meine Mutter ebenfalls in der Vereinsbrauerei Lübz arbeitete, konnte ich die Ferien im Kinderferienlager der Brauerei im Harz, in Bad Suderode, verbringen.

Nach der achten Klasse, mit gerade einmal 14 Jahren, begann ich eine Lehre zum Brauer in der Kniesenack-Brauerei in Güstrow. Zur Berufsschule fuhr ich regelmäßig nach Dresden – alle Brauereilehrlinge der DDR gingen dort zur Schule und kannten sich untereinander. Den Abschluss zum Mälzer machte ich zeitgleich in einer Mälzerei in Erfurt. Mit dem Gesellenbrief in der Tasche ging ich für zweieinhalb Jahre zur «Fahne», denn ich wollte zur Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, um dort mein Abitur abzulegen. Wer seinen Wehrdienst abgeleistet hatte, bekam leichter einen der begehrten Plätze. Ich kehrte in meinen Betrieb zurück und schloss ein Fernstudium zum Ingenieur der Gärungstechnologie an. Während der fünf Jahre meines Studiums wurde ich in allen Abteilungen als Meister eingesetzt und bekam Einblick in die Praxis: in der Fassabfüllung, im Lagerkeller, im Gärkeller.

Da ich in Güstrow überqualifiziert war, schickte man mich 1970 zur Sektkellerei Uhle nach Schwerin, für die ein technischer Leiter gesucht wurde. Die Kellerei gehörte neben den Brauereien in Lübz, Güstrow, Wittenberge, Grabow und Schwerin zum 1969 gegründeten Getränkekombinat Schwerin. Ihm angegliedert waren zudem der Spirituosenbetrieb VEB Gildenstern Ludwigslust und die Brennerei in Ganzlin.

Bei Uhle arbeitete ich vier Jahre als Technik- und Produktionsleiter, bis ich aus heiterem Himmel Ende 1973 das Angebot bekam, ins Ausland zu gehen. Zur Vorbereitung ging ich nach Plau zum Fremdsprachenlehrgang und lernte dort Englisch. Nach dem Abschluss hieß es: Ab nach Bagdad. Entsendet wurde ich vom Außenhandelsunternehmen Limex. In Bagdad sollte ich eine kleine Brauerei als Braumeister führen und ausbauen. Diese gehörte zu einem größeren halbstaatlichen Getränkehersteller. Zu dieser Zeit lebten bereits etwa 1.000 DDR-Bürger in der Hauptstadt des Irak. Sie waren dort, um unter anderem einen Schlachthof zu bauen oder die Bagdad-Bahn zu elektrifizieren. Hinzu kamen Arbeiter aus der Tschechoslowakei und aus der Sowjetunion. Sie alle wollten Bier trinken.

Ich nahm meine Frau und unsere zwei kleinen Kinder mit und machte mich an die Arbeit. Vom Mutterbetrieb der Brauerei erhielt ich reichlich finanzielle Mittel, musste dafür aber alles allein organisieren – beginnend bei der Ausbildung der Facharbeiter. Diese holte ich mir von den Universitäten, denn die Studenten sprachen Englisch. Im Betrieb baute ich eine Berufsschule auf, in der



die jungen Männer für die Arbeit in der Brauerei qualifiziert wurden. Wer besonders geeignet war, den schickte ich zur Weiterbildung und zu Fachkongressen in die DDR.

Außerdem benötigte ich Wasser. Da es keine Brunnen gab, nutzten wir das Wasser aus dem Tigris. Um dieses zu reinigen, bauten wir zügig eine Wasseraufbereitungsanlage auf. Die Anlage kauften wir in der DDR. Auch die Rohstoffe kaufte ich im Ausland: Hopfen in Bayern, Malz in Erfurt, Hefe in der Schweiz. Flaschen bezog ich aus der Türkei. Nach vier Jahren entschieden meine Frau und ich, in die DDR zurückzukehren, damit unsere Kinder in der DDR zur Schule gehen konnten und nicht ins Internat mussten. Ich hinterließ in Bagdad einen hochmodernen Betrieb. Die Ausstattung, die Tanks, alles hatten wir bis dahin erneuert. Zudem hatten wir eine Fassbieranlage sowie eine neue Mälzerei gebaut und in meinem letzten Jahr sogar eine fertige Dosenfabrik aus Japan gekauft. Wir konnten die Bierproduktion von 40.000 auf 400.000 Hektoliter steigern. Mein Aufenthalt in Irak bereitete mich auf den Kapitalismus vor. Ich knüpfte viele Verbindungen, die mir später zugutekamen.

Pünktlich zur Einhundertjahrfeier von Lübzer kam ich im Oktober 1977 nach Schwerin zurück. Ich saß mit den alten Kollegen zusammen, wir stießen mit Bier an und alle wollten von mir wissen, wie es in Bagdad gewesen war. Nach der feierlichen Ansprache zum Lübzer-Jubiläum beorderte mich jemand in ein Nebenzimmer. Dort stand inmitten einer Gruppe mir fremder Männer mein ehemaliger Lehrmeister aus Güstrow, Erich Jamer. In der Zwischenzeit war er Betriebsdirektor des VEB Brauerei Lübz geworden. Die Männer neben ihm waren der Vorsitzende des Wirtschaftsrats, der Kombinatdirektor und einige Vertreter von Partei und Regierung aus Lübz und Schwerin. «Herr Getzin, was haben Sie denn jetzt vor?», wurde ich gefragt.

«Ich mach' erst mal ein Vierteljahr Urlaub», antwortete ich, «und dann werde ich weitersehen.»

«Nein», teilte man mir mit, «Sie werden ab sofort Betriebsdirektor in Lübz!»

«Wer ist denn bitte auf diese Idee gekommen?», hakte ich irritiert nach.

Da meldete sich mein ehemaliger Lehrmeister und sagte: «Ich war's.»

Ich schaute Erich Jamer an. Seit meiner Ingenieurarbeit hatte er mich begleitet, uns verband eine Art Vater-Sohn-Verhältnis. «Gut, Erich, ich bin einverstanden», sagte ich schließlich. «Aber nur, wenn du an meiner Seite bleibst.»

Am 1. Mai 1978 trat ich meine Stelle als Betriebsdirektor an. Erich Jamer leitete den Betrieb nach innen, ich nach außen. Ich war zuständig für den Export in die BRD, für den Vertrieb und die Öffentlichkeitsarbeit.

Seit 1975 hatte Lübz bereits in geringem Maße nach Westdeutschland exportiert. Der erste Partner war der Bierverlag Quandt in Geesthacht. Zu Quandts Kunden gehörten fast alle kleinen und größeren Supermärkte. Nun machte ich mich daran, den Export auszubauen. Für die jeweiligen Supermärkte produzierten wir unter verschiedensten Namen Bier-Eigenmarken. Pro Woche schickten wir bis zu 70 Lkw über die Grenze, bis nach Bayern. Wir waren schon bald bundesweit gelistet – noch vor der Wende. 1989 erwirtschafteten wir über den Export bis zu 40 Prozent des Gesamtumsatzes unserer Brauerei.

Unsere Konkurrenten im Westen beschuldigten uns, nicht nach dem Reinheitsgebot zu brauen und mehr als Wasser, Malz, Hopfen und Hefe zu verwenden. Uns wurde unterstellt, wir würden zusätzlich unvermälzte Gerste untermischen, würden statt Hefe Rindergalle zusetzen. Meine Ehre als Brauer war tief verletzt!

Die Humboldt-Universität zu Berlin hatte unser Bier untersucht und uns das Reinheitsgebot nachgewiesen, aber die BRD erkannte ihre Analysen nicht an. Was nun? Schließlich wurde unser Bier in der berühmten Universität in Weihenstephan in Bayern untersucht. Diese konnte alle Zweifel ausräumen und wir gewannen den Prozess.

1989 kam die Wende und die Treuhand hielt auch in Lübz Einzug. Sie war für unseren Betrieb zuständig. Die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse nutzten wir, um die Selbstständigkeit ins Auge zu fassen. Ich ernannte meinen technischen Leiter und meinen Finanzchef zu Geschäftsführern; zu dritt gliederten wir uns aus und firmierten unter dem Namen Mecklenburgische Brauerei Lübz GmbH. Dieser Schritt war wertvoll im Kampf gegen die Treuhandanstalt, denn drei Geschäftsführer gleichzeitig zu entlassen, war weitaus schwieriger als einen.

Der Leiter der Treuhand-Niederlassung in Schwerin war ein «komischer Kauz». Einmal bestellte er uns zu sich und ließ uns eine Viertelstunde vor der Tür warten. Dann pflaumte er uns an: «Warum habt ihr denn meine Gehaltsangebote nicht unterschrieben?»

Wir sagten: «Für so ein Gehalt arbeiten wir nicht.» Er hatte uns 1.200 D-Mark Monatsgehalt angeboten.

Daraufhin lief er knallrot an und drohte uns mit Rausschmiss. Er kreidete uns an, dass wir die EDV-Anlagen, die wir benötigten, um die Löhne unserer Mitarbeiter auszahlen zu können, besorgt hätten, ohne ihn vorher zu fragen. Auch dass wir ohne sein Wissen eine Vertriebsgesellschaft gegründet hatten, um besser nach Westdeutschland exportieren zu können, hielt er uns nun vor. Am liebsten hätte er uns auf der Stelle gefeuert.

Eines Tages stand Dr. Klaus Asche, der Vorstandsvorsitzende der Hamburger Holsten-Brauerei, vor unserer Tür. Holsten wollte uns übernehmen. Ausgerechnet diejenigen, die uns wenige Jahre zuvor verklagt hatten, wollten uns kaufen! Aber es stellte sich als absoluter Glückstreffer heraus, denn mit einem Schlag waren wir die Treuhand los. Die hätte uns plattgemacht.

Hauptaktionär der Holsten-Brauerei war Christian Eisenbeiss. Was wir nicht wussten: Ihm gehörten auch 40 Prozent von Lübz. Sein Großvater, Richard Eisenbeiss, war bereits vor Ende des Zweiten Weltkriegs Aktionär der Vereinsbrauerei Lübz gewesen. Die Firmenanteile der jüdischen Familie, die in der Zeit des Nationalsozialismus emigrieren musste, waren eingefroren und treuhänderisch verwaltet worden. Auch nach der Gründung des Getränkekombinats Schwerin bestand diese Treuhänderschaft fort. Nach der Wiedervereinigung erhielt Familie Eisenbeiss ihre Anteile zurück.

Als der Übernahmevertrag zwischen Lübz und Holsten in Hamburg unterzeichnet wurde, nutzte der Schweriner Treuhandleiter die Gelegenheit, sich ein letztes Mal hervorzutun. Während alle mit einem Notarstift unterzeichneten, zückte er seinen grünen Kugelschreiber, um seiner persönlichen Note Ausdruck zu verleihen. Damit waren die Verträge ungültig. Alles musste neu geschrie-

ben und unterschrieben werden. Nach dem Ärger mussten wir erst mal herzlich lachen. Was für ein sonderbarer Typ!

Herr Eisenbeiss wurde unser Aufsichtsratsvorsitzender. Er stand uns stets mit Rat und Tat zur Seite, das Geschäft lief hervorragend. Zum Dank ließen wir später eine Lübz-er Straße in «Eisenbeiss-Straße» umbenennen. Wir hatten genug Mittel zur Verfügung, um sogar das Theaterfest in Schwerin, Naturparks, Sportveranstaltungen und vieles mehr finanziell zu unterstützen. Wir sponserten den Fußballclub Hansa Rostock und die Volleyballer vom Schweriner Sportclub Palmberg. Es gab kaum eine kulturelle Aktivität in Mecklenburg-Vorpommern, der wir nicht unter die Arme griffen.

Im Eiltempo bauten wir Lieferbeziehungen nach Berlin und weiter bis an die Grenze nach Dänemark aus. Wir wurden zum größten Exportbetrieb auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Zu verdanken hatten wir das unserem Netzwerk. In der Nachwendezeit mussten wir niemanden entlassen, sondern konnten weitere Mitarbeiter einstellen.

Wir hatten einen exzellenten Stamm von Brauern und Technikern, insgesamt 330 Mitarbeiter, denen wir unseren Erfolg verdankten. Im Gegenzug versuchten wir alles, um ein gutes Arbeitsklima herzustellen. Dazu gehörte eine eigene Küche. Wir richteten eine Unterwassermassage ein und sogar eine Sauna mit eigenem Personal, nicht zu vergessen unseren Betriebsarzt. Diese Annehmlichkeiten für die Belegschaft konnten wir über die Wende retten. Vieles davon gab es bis zu meiner Pensionierung im Jahr 2003.

Mit der Übernahme durch den dänischen Brauereikonzern Carlsberg im Jahr 2004 hatte all das ein Ende. Um das Personal kümmerten sie sich nicht. Als Carlsberg den Standort Lübz schließen wollte, protestierte ich lautstark. Das ging sogar durch die Presse. Damit handelte ich mir Hausverbot ein. Ich hatte den Betrieb doch mit großgezogen! Auf meine alten Tage packte mich die negative Seite des Kapitalismus doch noch.

Meine Erinnerung lasse ich mir dennoch nicht nehmen: Die 25 Jahre als Betriebsdirektor, die haben Spaß gemacht!

Vier Jahre Kampf gegen die Treuhand

Reinhard Franz, Jahrgang 1947, machte eine Berufsausbildung als Werkzeugmacher mit Abitur, nachdem ihm der Besuch der Erweiterten Oberschule als «Kapitalistensohn mit Konfirmation» nicht genehmigt worden war. Er absolvierte anschließend ein Diplomstudium für Verarbeitungsmaschinenbau an der Technischen Universität Dresden. 1971 trat er als Technischer Leiter in den elterlichen Betrieb, die Georg Reinhard Franz KG, ein. Heute ist er Inhaber der reifra Kunststofftechnik GmbH.

Ich bin im Betrieb meines Vaters, der Georg Reinhard Franz KG, in Buchholz aufgewachsen. Mein Urgroßvater hatte die Firma 1880 in Leipzig gegründet und fünf Jahre später nach Buchholz verlegt. Mein Vater baute den Betrieb nach dem Zweiten Weltkrieg weiter aus, von drei auf 240 Personen. Davon waren 70 Mitarbeiterinnen in Heimarbeit beschäftigt. Zur damaligen Zeit war das üblich. Der über die Grenzen der DDR berühmte Tiefseetaucher, den mein Vater entwickelt hatte, wurde vollständig zu Hause montiert.

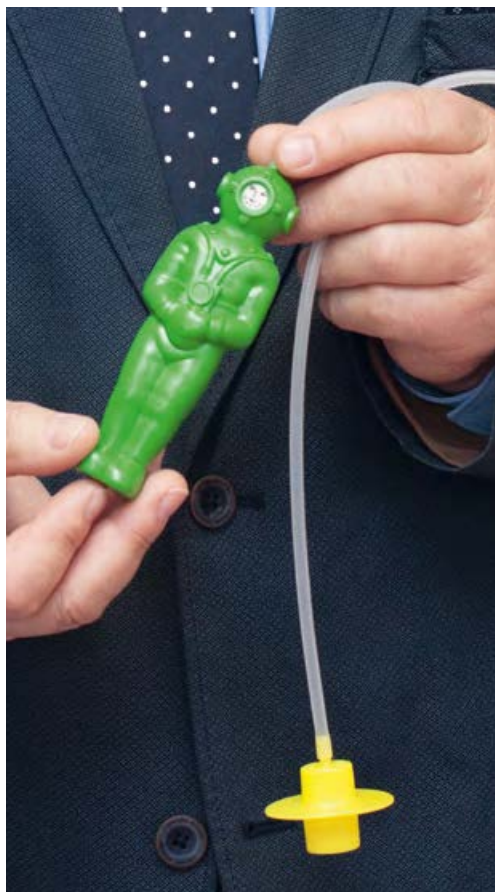
Als mein Vater und ich 1972 an der Leipziger Frühjahrsmesse teilnahmen, erreichte uns ein Anruf meiner Mutter: «Die SED-Betriebsleitung des beherrschenden Kombinats ist hier. Sie hat mit der Belegschaft gesprochen.» Niemand hatte sich gegen den Verkauf – so hieß die Enteignung damals – ausgesprochen. «Was soll ich jetzt machen?», fragte sie.

Sofort fuhren wir nach Hause. Dort saß schon ein Mitglied der Parteileitung im Büro meines Vaters. Er war mit diesem Tag als Komplementär und Inhaber des Betriebs abgelöst. Als letzter Betriebseigentümer im Landkreis Annaberg wurde er genötigt, ein Dokument über den «freiwilligen Verkauf» zu unterschreiben. Er tat es, da ihm ansonsten Verhaftung drohte: Er hatte vier Kinder zu versorgen. Die Vergütung war hanebüchen. Und so standen wir plötzlich ohne jegliches Vermögen da.

Mein Vater wurde zunächst als sozialistischer Betriebsdirektor weiterbeschäftigt. 1976 wurde er abgelöst und als Brandschutzdirektor im Stammbetrieb des VEB Kombinats Plasticart ein-

gesetzt – was für eine Demütigung! Ich durfte als Leiter Technik, Produktion und Materialwirtschaft im Betrieb bleiben.

1976 wurde auch die Betriebsstruktur verändert: Zwei Teile unserer Firma wurden dem neu gegründeten VEB Plasticart Formenbau, ein anderer dem Stammbetrieb des Kombinates Plasticart untergeordnet. Unsere Produkte wurden





eingestellt – darunter der «kleine Tiefseetaucher», der «K-Wagen» und der «Klappbecher» – und die Patente abgemeldet.

Siebzehn Jahre später, im Jahr 1989, erreichte uns die Nachricht, dass wir den verkauften Betrieb zurückbekommen könnten. Mein Vater stellte sofort den Antrag, aber im Januar 1991 verstarb er und ich musste mich mit den Erbangelegenheiten auseinandersetzen. Sein Testament war nach DDR-Recht verfasst, so dass nun meine drei Geschwister als Erbberechtigte mit in der Firma waren. Bis dahin hatten sie sich nie mit dem Betrieb befasst.

Jede Woche fuhr ich mit meiner Frau zur Treuhandanstalt Chemnitz und verhandelte, um die Firma zurückzubekommen. Ich besetzte ein Werk, richtete mich dort ein und passte auf, dass nicht noch Schlimmeres passierte. Aber vieles konnte ich nicht verhindern. Die Firma wurde einfach ausgeräumt. Ein Vertreter der Treuhandanstalt sagte mir: «Herr Franz, aus einem Fisch eine Fischsuppe machen, das geht schnell. Aber aus der Fischsuppe wieder einen Betrieb, das dauert.»

Durch die unterschiedliche Zuteilung unserer Betriebsteile bei Plasticart dauerte die Rückübertragung vier Jahre. Inzwischen gründeten sich weitere Betriebe aus dem Vermögen unserer Firma. Für meine Familie und mich folgten schlimme Jahre, wir hatten kein Geld.

Am Ende bekamen wir leere Gebäude zurück, mit kaputten Dächern, kaputten Heizungen, ka-

putten Fenstern – alles heruntergewirtschaftet, alles war weg: der Werkzeugbau mit 30 Leuten, die Maschinengravierabteilung, die Druckerei, die Kartonagenverarbeitung, der Spritzguss, die Montagen. So standen wir ohne Grundlagen da. Doch wir rappelten uns auf und entwickelten uns weiter. Am 1. Oktober 1993 gründete ich aus den «Ruinen» an Immobilien und Mobilien, die mir übergeben worden waren, die reifra Formenbau, Kunststoff- und Graviertechnik GmbH – heute reifra Kunststofftechnik GmbH. Um die Produktpalette wiederaufzubauen, kauften wir einige Betriebe dazu. Besonders bewegte mich der Kauf der auf Prägerei und Pappen spezialisierten Firma Herold in Bayern, aus deren verbliebenen Resten in der DDR 1957 der VEB Plasticart gegründet wurde. Mein Urgroßvater hatte noch Prägeplatten für die Firma Herold hergestellt. Mit dem Rückkauf kehrte ein Stück Firmentradition zurück.

Zuletzt erwarben wir 2014 die aus von uns gebauten Formen hergestellten Produkte der Firma Wader, die Plasticart 1993 übernommen hatte. Der Inhaber aus Westdeutschland ging Konkurs. Da entschieden mein Sohn und ich: Die Formen, Maschinen und Vorrichtungen kaufen wir zurück. Heute bieten wir in unserem Werksverkauf etwa 3.000 Produkte im Bereich Spiel- und Haushaltswaren an – sie stammen überwiegend aus der DDR-Epoche. Hoffentlich werden meine beiden Kinder die Firma weiterführen. Im Jahr 2020 feiern wir unser 140-jähriges Jubiläum.

Trauma Treuhand

Wenn die Seele «Stopp!» ruft

Angela Thomas, Jahrgang 1965, absolvierte von 1981 bis 1983 eine Ausbildung zur Elektronikfacharbeiterin für Vakuumelektronische Erzeugnisse im Berliner VEB Werk für Fernsehelektronik (WF) an den Standorten Nalepastraße und Treptow. Nachdem sie die Ausbildung abgeschlossen hatte, arbeitete sie im WF in verschiedenen Bereichen, zuletzt in der Endfertigung Farbbildröhre. 1993 wurde der Werkteil Farbbildröhre von Samsung SDI übernommen. 2005 wurden alle Mitarbeiter*innen entlassen und der Betrieb geschlossen. Heute engagiert sich Angela Thomas ehrenamtlich im Industriesalon und in der Nähwerkstatt «Kinderkram» in Adlershof.

Nach meiner Ausbildung im VEB Fernsehelektronik Oberschöneweide trat ich eine Stelle an, in der ich Systeme montierte. Dazu gehörten Ziffernanzeigeröhren und Stabilisatorröhren verschiedenster Art. Dann wurde ich zur sozialistischen Hilfe in die Abteilung Senderöhre verschickt. Dies bedeutete: In unserer Abteilung waren mehr Kollegen beschäftigt, als benötigt; in der Senderöhre wurden Leute gebraucht. Durch die sozialistische Hilfe konnten Engpässe ausgeglichen werden. Dort stellte ich Keramikisolierteile für Senderöhren und Kameraaufnahmeröhren (Endikons) her. Ich arbeitete an einer Spritzmaschine und spritzte Keramikmasse in Formen.

Am Donnerstag, dem 17. September 1990, drohte unser Abteilungsleiter: «Ab Montag gehen Sie in Kurzarbeit null!» Zwei Stunden später hörte ich im Betriebsfunk, dass Mitarbeiter für die Abteilung Farbbildröhre gesucht wurden. Die Arbeit dort wurde zu DDR-Zeiten von Vertragsarbeitern aus Mosambik erledigt, die nun in ihr Heimatland zurückgeschickt wurden. Ich überlegte nicht lange und sagte meinem Chef: «Ich werde mich dort bewerben!»

Ich hatte Glück und bekam den Job. Nach zwei Jahren, 1993, übernahm Samsung die Firma und versprach uns einen sicheren Arbeitsplatz für zehn Jahre. Sie sagten, wir wären eine große Familie. Wir atmeten erleichtert auf. Wir glaubten ihnen.

Doch schon bald stellte sich heraus, dass sie etwas anderes unter «Familie» verstanden als wir.

Eine Familie hält in schweren Zeiten zusammen. Doch Samsung forderte Höchstleistungen und ließ keine Schwäche zu. Wir absolvierten regelmäßig Schulungen, in denen uns beigebracht wurde, noch effizienter zu arbeiten. Die Stückzahlen, die täglich vom Band laufen mussten, wurden verdreifacht. Wer da nicht mithalten konnte, wurde aussortiert. Als wir uns einmal während der Arbeit unterhielten, bemerkte der Chef höhnisch: «Wenn ihr noch quatschen könnt, kann ich ja die Drehzahl noch ein bisschen erhöhen.»

Wenn jemand einen schlechten Tag hatte, versuchten wir Kollegen mehr zu arbeiten, um seine Leistung auszugleichen. Wir halfen einander. Ich ließ mir dabei nie anmerken, dass ich seit meiner Kindheit an Epilepsie litt, die mich stark einschränkte. Ich war nicht so belastbar, wie es den Anschein machte. Zudem hatten wir in der DDR nicht gelernt, auf uns aufzupassen. Das war nicht nötig gewesen. Doch dies wurde mir nun zum Verhängnis. Oft überschritt ich meine Schmerzgrenze.

2005 erfuhren wir, dass unser Betriebsteil aufgelöst werden sollte. Der Betriebsrat rief zum Streik auf. Zu Samsung gehörte ein weiteres Bildröhrenwerk in Ungarn. Dieses wurde nicht geschlossen und lief noch bis 2008 weiter. Warum also wir? Wir waren bereit zu kämpfen: für den Sozialplan und um unsere Arbeitsplätze. Ich streikte mit, erbrachte aber weiterhin meine Leistung auf der Arbeit. So war ich erzogen worden. Mein Vater sagte mir oft: «Du bist ein



Teil der Volkswirtschaft der DDR und musst dich für sie einsetzen.» Nur gab es die DDR nicht mehr, doch ich hatte sie weiterhin im Kopf. Ich erledigte meine Arbeit gewissenhaft und wollte niemanden sabotieren. Einige brachte das sehr auf. Einmal stritt ich mich lautstark mit einem Kollegen. Bei ihm gingen die Nerven durch und er schlug mir ins Gesicht. Ich erlitt einen Nasenbeinbruch.

Der Arbeitskampf war in vollem Gange und es geschahen schreckliche Dinge. Eines Tages lief der Präsident von Samsung Oberschöneweide – «Mister President» – bei seiner üblichen Kontrolle durch unsere Abteilung. Als unser «Mister President» sah, dass eine der Maschinen nicht lief, regte er sich furchtbar auf. Er dachte, der Streik sei der Grund dafür. Jedoch war ein Kollege gerade dabei, die Maschine einzurichten und hatte sie deshalb gestoppt. Ohne jemanden zu fragen, stellte der Präsident die Maschine wieder an. Der Kopf meines Kollegen wurde zerquetscht. Er starb sofort.

Der «Mister President» nahm den nächsten Flieger nach Korea und kehrte nie wieder zurück. Hier wäre er wohl verhaftet worden.

Die Belegschaft war erschüttert. Wir hatten alle Angst, dass so etwas wieder passieren würde. Es hätte auch mich treffen können, denn ich richtete ebenfalls die Maschinen ein.

Die Ereignisse gaben mir zu denken. Ich wollte mich nach einer neuen Stelle umsehen, doch ich

war so mitgenommen, dass es mir unmöglich wurde, etwas Neues zu suchen. Meine Seele rief «Stopp!» Es war genug. Ich konnte nicht mehr.

Zwei Tage vor Silvester 2005 erhielt ich meine Kündigung – per Kurier, nachts um 2 Uhr. Jegliche Kommunikation der Geschäftsführung mit den Streikenden lief über Kuriere, die nachts zu uns kamen.

Wie sich Samsung uns gegenüber verhalten hatte, führte bei vielen Mitarbeitern zum Zusammenbruch. Jeden Tag hatten wir bis zum Umfallen geschuftet, nur um am Ende abgestellt und alleingelassen zu werden. Einige meiner Kollegen verkrafteten das nicht und setzten ihrem Leben ein Ende.

Ich merkte schnell, dass es in diesem Staat keinen Platz für Menschen gibt, die keine Höchstleistungen erbringen. Für Menschen, die gerade eine schwere Zeit durchmachen und einfach etwas Unterstützung brauchen. Es gibt zwar ein paar Auffangbecken, aber in keinem davon fühlt man sich als Mensch wertgeschätzt. Anfangs versuchte ich, die Geschehnisse der letzten Jahre allein zu verarbeiten. Dann holte ich mir in St. Clemens Hilfe – einem katholischen Anbetungszentrum, dessen Priester und Mitarbeiter sich um die Heilung seelischer Verletzungen kümmern. Ich sagte mir: «Du musst das überwinden.» Erst seit wenigen Monaten ist es mir möglich, offen über meine Vergangenheit und all die schrecklichen Erlebnisse zu reden.



In zweiter Generation Hartz IV

René Becker, Jahrgang 1988, machte eine Ausbildung als Verkäufer, fand danach keine Arbeit und war zwischen 2010 und 2019 arbeitslos. Als seine Wohnung zwangsgeräumt wurde, lebte er zwei Jahre bei einem Freund in Neubrandenburg. Erst als seine Mutter für ihn einen Platz im Obdachlosenheim Riesa besorgt hatte, konnte er wieder Fuß fassen. Heute arbeitet er als Schichtarbeiter und zahlt seine Mietschulden ab. (Name von der Redaktion geändert.)

Meine Eltern wurden nach der Wende in die Arbeitslosigkeit getrieben. Sie hatten ihre Ausbildung in Riesa gemacht und sich dabei kennengelernt. Im September 1988 heirateten sie. Zwei Jahre später übernahm die Treuhand den Betrieb und legte ihn 1992 still.

Jahrelang fanden meine Eltern keine Stelle. Meine Mutter bekommt immer noch Hartz IV, mein Vater arbeitete zwischendurch nur als Zeitarbeiter auf dem Bau. Mit vier Kindern hatten sie es nicht leicht. Doch sie waren immer für uns da.

Nachdem ich 2008 meine Ausbildung als Verkäufer abgeschlossen hatte, erging es mir wie ihnen. Ich fand keine Arbeit. Das ist schrecklich: Wenn du etwas gelernt hast und arbeiten willst und überhaupt keine Arbeit findest. Du weißt nicht, was du machen sollst ... So war das damals in Riesa. Die einzige Arbeit, die ich nach langer Zeit fand, war eine Zeitarbeitsstelle in einem Lager.

Einen Vertrag bekam ich jedoch nicht. Nach zwei Wochen Probearbeit meldeten sie sich einfach nicht mehr bei mir. Da blieb mir nichts übrig, als zum Arbeitsamt zu gehen. Zwei Jahre später schickte die Firma einen Brief. Darin lagen zwei Verträge: ein befristeter, für die zwei Wochen Probearbeit, und ein unbefristeter. Sie wollten tatsächlich, dass ich zurückkomme und weiterarbeite. Ich schickte beide Verträge zurück: den befristeten unterschrieben, den anderen legte ich zerrissen bei.

Ab 2010 gab ich die Arbeitssuche auf. Ich hockte nur noch in meiner Wohnung und ließ alles schleifen. Ich war einsam. Ständig hing ich am Computer. Nach und nach vermüllte die Wohnung. Dann kam der Alkohol. Ich schaffte es nicht, die Miete zu zahlen. Zu meiner Mutter sag-

te ich: «Mutti, ich schaffe das alleine, ich brauche eure Hilfe nicht.» So rutschte ich ab.

2017 sollte meine Wohnung zwangsgeräumt werden. Ich bekam Panik, ich hatte kein Geld und hohe Mietschulden. Zu meiner Familie hatte ich den Kontakt abgebrochen. Ich haute ab: nach Neubrandenburg zu einem Kumpel. Er ließ mich umsonst bei sich wohnen. Wir bekamen beide Hartz IV. Wir saßen nur rum.

Nach zwei Jahren hielt ich es nicht mehr aus, ich wollte zurück zu meiner Familie. Es war Zeit, ihnen alles zu beichten. Sinnbildlich gesagt, bekam ich einen Klaps auf den Hintern, dann boten sie mir an, zu ihnen zu ziehen. Ich hätte gerne bei Mutti und Vati gewohnt, aber das funktionierte nicht. Denn zu dritt in einer Wohnung wird Hartz IV gekürzt.

Deshalb organisierte meine Mutter einen Platz im Obdachlosenheim. Hier geht es mir besser. Seit drei Monaten habe ich einen Job. Das ist super. Ich bin über eine Zeitarbeitsfirma als Produktionsarbeiter bei einem großen Elektronik-Unternehmen tätig.

Ich arbeite im Mehrschichtsystem. Mein Fußweg zur Arbeit beträgt zehn Minuten. Ich komme zu unterschiedlichen Zeiten nach Hause, je nachdem, welche Schicht ich habe. Doch das macht mir nichts aus, ich arbeite gern. Inzwischen habe ich auch ein Einzelzimmer im Heim, so dass ich ruhig schlafen kann.

Mit meinem Verdienst von 1.200 Euro kann ich peu à peu meine Mietschulden begleichen. Außerdem werde ich versuchen, durch Wochenend- und Feiertagszuschüsse genug Geld zu sparen, um einen Führerschein zu machen. Vielleicht lässt sich damit ein besserer Job finden. Das ist mein Plan.



«Manche Schicksale raubten mir den Schlaf.»

Dagmar Jacoby, Jahrgang 1944, absolvierte eine Lehre als Transformatorenbauerin im Transformatorenwerk Oberspree (TRO). 1970 schloss sie ein Abendstudium im Ingenieurwesen ab und absolvierte später von 1982 bis 1984 ein postgraduales Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Nachdem ihr Bereich «Kader und Bildung» nach der Wende aufgelöst wurde, musste sie in der Personalabteilung die Entlassung von 1.000 Mitarbeiter*innen vorbereiten.

Die Jahre nach der Wende waren belastend für mich. Ich bin zwar froh, dass ich nicht sofort aussortiert wurde und dem einen oder anderen im Transformatorenwerk sogar ein wenig helfen konnte. Allerdings ging ich Nacht für Nacht mit den Sorgen und Nöten, die mir anvertraut worden waren, ins Bett. Wenn ich heute über die Nachwendezeit spreche, wühlt mich die Erinnerung an die Ereignisse immer noch auf.

Während die Kündigungswelle 1990 das Transformatorenwerk Oberspree erschütterte, erlebte ich die gesamte Bandbreite von Schicksalen: von großen Träumen – «Jetzt mach ich aber was Schönes!», freuten sich einige – bis zu tiefster Verzweiflung. Zu meinem Mann sagte ich abends oft: «Ja, mich fragt keener, wie et mir jeht.»

Viele der Kollegen, die ich nach der Wende entlassen musste, hatten mich schon als Mädchen mit Zöpfen gekannt, das einstmals durch das Transformatorenwerk gelaufen war. Während unserer Abiturzeit absolvierten wir den Unterricht in der Produktion im Transformatorenwerk Oberspree. Dort wurde ich angesprochen und gefragt, ob ich in die Abiturklasse für Trafo-Bauer kommen wolle. Meine Eltern waren entschieden dagegen. «Fabrikmädel wirst du nicht!», hatte mich meine Mutter beschworen. Mein Lehrmeister aber sagte: «Na, du bist doch bald 18. Bevor die Lehre losgeht, kommst du her und unterschreibst einfach selbst.» Ich beherzigte seinen Rat und meine Eltern mussten sich fügen.

Anderthalb Jahre lernte ich im Fachkundeunterricht Transformatorenbau und durchlief alle Stationen der Produktion. Unter den 18 Lehrlin-

gen gab es nur zwei Mädchen. Gerade als ich die Lehre abgeschlossen hatte, wurde durch den betrieblichen Bereich Aus- und Weiterbildung eine Truppe für ein Abendstudium zusammengestellt. Ich wurde gefragt, ob ich mitmachen würde. Ich sagte ja, hatte 1970 den Ingenieursabschluss in der Tasche und war danach als Produktionsplanerin im Transformatorenbau tätig. 1981 wechselte ich in die Abteilung «Kader und Bildung» und übernahm dort 1982 den Posten des Kaderleiters. Diesen hatte ich inne, als die Wende kam.

In der Wendezeit herrschte im Betrieb allgemeine Unsicherheit. Uns war klar, dass wir mit großen strukturellen Veränderungen zu rechnen hatten. Langsam begannen sich einzelne Bereiche des Transformatorenwerks aufzulösen. Soziale Einrichtungen wurden abgebaut: Kindergärten, Kliniken, Ferienheime, Sportstätten und das Kulturhaus. Sie galten als unproduktiv und überflüssig. Andere Bereiche wurden ausgegliedert. Als eigenständige Abteilungen konnten sie besser verkauft werden.

1991 wurde das Transformatorenwerk von der AEG gekauft. Danach ging die Abteilung Transformatoren und Stufenschalter zum AEG-Standort in Mönchengladbach über und die Abteilung Schaltgerätebau zu AEG in Kassel.

Abteilungsleiter im Werk berichteten über Anfeindungen. Einige Arbeiter traten an sie heran und sagten: «Ihr werdet hier bald alle verschwinden! Wir dagegen sind wichtig, uns brauchen sie auf jeden Fall weiterhin!» In Wahrheit fürchteten alle um ihre Arbeitsplätze.

Auch unsere Abteilung war zutiefst verunsichert. In anderen Betrieben jagten sie die Mitarbeiter

der Kaderabteilungen mit Schimpf und Schande davon. Glücklicherweise blieb uns dieses Schicksal erspart. Unser Bereich wurde aufgelöst und in den kaufmännischen Bereich übergeleitet. Ich versuchte, meine Mitarbeiter an anderen Stellen im Betrieb unterzubringen. Da die Kündigungswelle zu dem Zeitpunkt noch nicht über uns hereingebrochen war und wir viele gute, junge Leute in der Abteilung hatten, funktionierte das beinahe reibungslos. Ich selbst rutschte in die Position des Personalleiters im Schaltgerätebetrieb.

Nicht lange danach wurde festgelegt, dass der Betrieb mit 800 Mitarbeitern überlebensfähig wäre. Wir zählten allerdings noch 4.000 Beschäftigte.

Alle Abteilungsleiter erhielten nun den Auftrag, diejenigen Kollegen auszusortieren, auf die der Betrieb verzichten konnte. Es wurden zu diesem Zeitpunkt Auffanggesellschaften gegründet, die besondere Härtefälle vorübergehend aufnehmen konnten. Die Kündigungswelle setzte ein.

Als Personalreferentin war ich für die Entlassungen und die dazugehörigen Entlassungsgespräche zuständig. Insgesamt bereitete ich um die 1.000 Kündigungen vor – unterschrieben wurden sie von der eingesetzten AEG-Leitung. Das war wie Fließbandarbeit. Viele Mitarbeiter wollten lieber von mir entlassen werden, als von den Wessis. Es ging dabei um Vertrauen: Sie kannten mich schon lange und wussten, dass ich alles dafür gab, das Beste für sie herauszuholen. In einigen Fällen gelang es mir, gute Abfindungen auszuhandeln. Der Betriebsrat unterstützte mich und ich konnte einigermaßen für Frieden sorgen. Viele konnte ich von einem Aufhebungsvertrag überzeugen, der sich für sie günstig auswirkte. Da die neue Geschäftsführung das gern zusätzlich honorierte, musste man damit keine Kündigungsklagen befürchten. Manche Schicksale raubten mir dennoch den Schlaf.

Als die Kündigungsphase in vollem Gange war, kam eine gute Kollegin und Freundin von mir aus dem Ausland zurück. Als mitreisende Ehefrau hatte sie ihren Mann nach Brasilien begleitet. Ausgerechnet ich musste ihr mitteilen, dass sie nicht an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren konnte. «Bevor ich nach Brasilien ging, wurde das doch alles vertraglich geregelt und unterschrieben!», empörte sie sich. «Hier steht es

schwarz auf weiß!» Doch ihr Arbeitsplatz existierte nicht mehr. Sie sah das nicht ein und zog sich schließlich auch von mir zurück. Das ging mir nahe, verlor ich doch eine gute Freundin.

Einige Kollegen streckten die Ellbogen nach rechts und links aus. Eines Tages kam ein Abteilungsleiter aus dem Betriebsteil Schaltgeräte zu mir und forderte: «Dass ich aus der SED ausgetreten bin, soll auf jeden Fall in meine Akte rein! Mit meinem Fachwissen habe ich eine steile Karriere vor mir! Für mich geht's jetzt so richtig los!» Ganz besonders traf mich das Schicksal eines schwerbehinderten jungen Mannes. In der DDR spielte seine körperliche Verfassung keine Rolle und so war er uns im Betrieb ein treuer Mitarbeiter. Er hatte sich immer viel Mühe bei der Arbeit gegeben, doch unter den neuen Bedingungen geriet er unter die Ausgesonderten. Wir versuchten ihn über das Arbeitsamt zu vermitteln, doch es gelang uns nicht, seine Situation zu verbessern. Von diesem harten Schlag erholte er sich nicht mehr. Später erfuhr ich, dass er sich das Leben genommen hatte.

Als wir im Kollegenkreis darüber sprachen, stellte sich heraus, dass er nicht der Einzige war, der so litt. Vereinzelt gab es ähnliche Schicksale. Für diese Menschen war das Leben mit der Wende vorbei.

Die komplette Abwicklung unseres Betriebes wurde zum 31. Dezember 1996 beschlossen. Meine Kündigung schrieb ich mir selbst.

Auf dem Gelände war kurz nach der Wende ein riesiger Prüffeldkomplex aufgebaut worden. 1996 erhielt ein ehemaliger leitender Mitarbeiter, Herr Löffler, eine Anfrage vom Institut für Prüftechnik in Berlin-Marzahn, ob er sich zutrauen würde, diese 20 Meter hohe Halle abzubauen, nach Marzahn zu bringen und dort wiederaufzubauen. Herr Löffler hatte sich kurz nach der Wende selbstständig gemacht und trat an mich heran. Gemeinsam gründeten wir eine GmbH und gingen das Vorhaben an.

Die Aktion beanspruchte mehrere Jahre. Daraufhin versuchten wir uns im Fabrik-Hallenbau, später mit Einfamilienhäusern. Zeitweise arbeiteten wir mit einem Architektenbüro zusammen. Sie mochten meine Arbeit und bis heute erledige ich kleinere Aufträge für sie. Die Zusammenarbeit mit Herrn Löffler und unsere GmbH endeten 2005.

«Ich habe keine Hoffnung mehr.»

Anonym, Jahrgang 1958, arbeitete als Ingenieur-Ökonomin im Braunkohlenkombinat, bis dieses von der Treuhand abgewickelt wurde. Sie lebt seit vielen Jahren von Hartz IV. (Name ist der Redaktion bekannt.)

Ich weiß nicht, ob meine Geschichte interessant ist. Wer will die schon hören?

Ich hatte zu knabbern, um mit dem Verlust des Arbeitsplatzes klarzukommen. Sie müssen sich vorstellen: Der gesamte Bergbau in der Lausitz ging kaputt. Dementsprechend gab es tausende Arbeitslose konzentriert in dieser Region. Damit hatte 1990 keiner von uns gerechnet. Trotzdem hatte ich einen gesunden Optimismus: Ach, da kommt was Neues, das wird schon. Wir begriffen erst nachdem unser Betrieb stillgelegt worden war, was da gespielt wurde. Die Treuhand trieb die Entwicklung in eine Richtung, die wir nicht wollten. Sie hatte uns überrumpelt. Auf dem Arbeitsamt sagten sie: «Wenn Sie Arbeit wollen, müssen Sie in den Westen.»

Doch ich konnte nicht gehen. Mein Vater hatte einen Schlaganfall, meine Mutter brauchte Unterstützung. Ich brachte es nicht übers Herz, sie im Stich zu lassen. Mein Sohn war noch klein. Ich kämpfte so viele Jahre darum, eine Arbeit zu finden. Ich absolvierte sogar den Bundesfreiwilligendienst und machte 1-Euro-Jobs. Mich auf etwas komplett Neues einzustellen, zum Beispiel wieder zu studieren, dafür fühlte ich mich zu alt. Vielleicht war das ein Fehler.

Ich versuchte, auf dem Laufenden zu bleiben. Mit dem Computer zu arbeiten, brachte ich mir selbst bei. Unterschiedliche Schulungen gab es zwar – jedes Jahr startete eine neue Aktion –, doch da lernten wir nur, was wir ohnehin schon aus dem FF konnten. Was wirklich wichtig ist, brachte uns keiner bei.

Ich habe keine Hoffnung, ins Berufsleben zurückzukehren, auch aus gesundheitlichen Gründen. Man traut sich nichts mehr zu. Wenn ich in meinen Beruf zurückginge, würde ich mich wahrscheinlich mächtig blamieren. Da gibt es zu viele neue Richtlinien. Natürlich will

ich lernen. Aber ob ich diese Dinge noch begreife? Mir fehlt das Selbstvertrauen. Wenn man jahrelang zu Hause sitzt, hat man Angst vor neuen Aufgaben.

Ich bin erschöpft. Aber bis zur Rente sind es noch einige Jahre. Ich muss sehen, dass ich in irgendwelche Maßnahmen vom Arbeitsamt rutsche.

Um beschäftigt zu sein, arbeitete ich auch für einen Verein. Ehrenamtlich. Doch der Vorsitzende setzte sich dafür ein, dass ich einen 1-Euro-Job bekam. Plötzlich verdiente ich mit der gleichen Arbeit 1,50 Euro die Stunde. Es ist schön, wenn man Hobby und Berufliches verbinden kann.

Vielleicht kann ich dem Verein noch etwas Gutes tun. Das ist eine feine Sache. Das mache ich sehr gern. Ich organisiere das Kaffeetrinken und Vorträge. Aber das ist nicht anspruchsvoll.

Unser wöchentlicher Kaffeenachmittag ist wichtig, da können die Vereinsmitglieder miteinander reden. Hier tauschen wir uns aus und erfahren: Ach, es geht ja nicht nur mir so bescheiden. Es gibt schlimme Fälle. Die Kinder sind weg und die alten Leuten quälen sich allein herum.

Jetzt bekomme ich Hartz IV. In Fernseh-Reportagen kommen die Menschen ja bestens mit Hartz IV aus. Die Leute sagen: «Na, ich brauch nicht arbeiten. Ich kann doch mit Hartz IV leben.»

Von wegen. Das können sie mir nicht erzählen. Ganz schön kratzen muss man, um über die Runden zu kommen. Wer Hartz IV über längere Zeit durchmacht, wer das erlebt, der weiß, dass das Geld vorn und hinten nicht reicht. Man kommt zurecht, doch wehe, es geht ein Paar Schuhe kaputt oder der Kühlschrank.

Wissen Sie, was ich bemerkt habe? Sagen können wir jetzt alles, aber wir können nichts verändern. Das letzte Wort haben immer andere. Da kommt man nicht gegen an. Dazu ist man zu klein und zu weit unten. Das macht mich wütend.



«Wir wollen eine Entschädigung!»

Helga Förster, Jahrgang 1942, erlernte den Beruf der Fotolaborantin und schloss eine Ausbildung als Drogistin und Konsum-Verkaufsstellenleiterin ab. 1964 übernahm sie die Leitung der Drogerie in Hirschfelde. Sie kaufte die Drogerie 1990 und machte sich selbstständig. Um Haus und Geschäft zu sanieren, nahm sie einen großen Kredit auf. 2012 musste sie Privatinsolvenz anmelden.

Ich lebe gemeinsam mit meinem Mann Klaus in Hirschfelde. Wir wurden beide während des Zweiten Weltkriegs auf der polnischen Seite der Neiße geboren, in Seitendorf und Türchau. Nachdem wir aus der Heimat vertrieben wurden, strandeten wir mit unseren Müttern auf der deutschen Seite in Hirschfelde.

Beide Väter blieben im Krieg. Wir Kinder erlebten, jeder für sich, die schlimmen Zeiten nach der Vertreibung. Den Hunger, die Not, die schrecklichen Wohnverhältnisse. Etwa 25.000 Menschen kamen in der Oberlausitz an und mussten untergebracht werden.

Wir erlebten auch Missgunst und Unverständnis der «Einheimischen». Es prägte uns Kinder, dass unsere Mütter alles hinter sich lassen mussten und ihre Heimat nie mehr wiedersehen würden. Warum erzähle ich das alles? Weil wir in den Jahren 1999 und 2000 noch einmal unsere Heimat verloren.

«Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.» Dies ist das entscheidende Organisationsprinzip unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Das bedeutet: Das Volk selbst ist Träger der staatlichen Gewalt und es geht dabei nicht um ein Volk, das der Führung durch «die da oben» bedarf. Es handelt sich im Gegenteil um ein Volk von freien Staatsbürgern.

Für dieses Gesetz gingen wir DDR-Bürger 1989 auf die Straße. War das ein Fehler? Das fragten mein Mann und ich uns hundert Mal, nachdem wir die Folgen dieser Einheit, dieser «Vereinnahmung» durch die BRD, am eigenen Leib erfuhren. Mein Mann und ich hatten 1961 geheiratet, bekamen zwei Kinder. Wir führten ein bescheidenes, einfaches DDR-Leben. Wir waren zu keiner

Zeit der Partei hörig, waren manchmal «aufmüßig», wenn es um Gerechtigkeit und gegen politische Machtspielchen ging.

Als gelernte Fotolaborantin leitete ich ab 1964 unsere Drogerie in Hirschfelde, machte aber, weil es dafür in der DDR Gesetze gab, noch von 1966 bis 1968 meinen Abschluss als Drogist und als Verkaufsstellenleiter für den Konsum.

Ich war anerkannt und handelte immer selbstständig. Man ließ mich gewähren: Die Umsätze stimmten, trotz Mangelwirtschaft.

Unser Ort, Hirschfelde, war eine Industrie- und Handelsgemeinde mit Industriearbeitsplätzen für rund 1.000 Menschen: in der Braunkohle, im Kraftwerk, der Ferrolegierung und drei Webereien. Hier ließ es sich recht gut leben – trotz schlechter Qualität unserer schönen Umgebendehäuser, der fatalen Befahrbarkeit der Straßen, der einfachen, aber doch guten Versorgung durch Konsum und HO (Handelsorganisation).

Wir konnten in den Achtzigerjahren zwei Mal in die BRD fahren zu unseren Tanten und Onkeln. Dort zu bleiben, kam für uns nicht in Frage. Unsere Kinder dachten ebenso. Wir waren eine Familie und unserer Heimat verbunden. Das blieb auch in der Wendezeit nach 1989 so.

Fleißig und zielstrebig wurde unser Sohn 1990 Bürgermeisterkandidat der FDP in Olbersdorf nahe Zittau, wurde gewählt und bekleidet dieses Amt bis heute. Unsere Tochter lernte Krippenzieherin und bekam nach der Wende keine Anstellung. Weil nun keiner mehr Krippen wollte oder brauchte?

Ich gab ihr die Möglichkeit, einen neuen Beruf zu lernen und stellte sie bei mir als Lehrling zur Kauffrau im Einzelhandel ein. Aber 1997 ging sie

mit ihrem Partner, der Maschinenbau in Dresden studiert hatte, in die alten Bundesländer.

Mein Mann und ich machten das, was wir immer schon vorgehabt hatten. Nach der Währungsumstellung 1990 kauften wir das Haus, in dem sich die Drogerie befand und in dem wir seit 1968 wohnten.

Wir nahmen das Heft in die Hand und kündigten dem Konsum. Ich übernahm ohne Ängste mit zwei angestellten Halbtagskräften und einem Lehrling die Drogerie. Sie war mein Lebensinhalt. Durch die vielen neuen Waren, die uns nach der Währungsunion überschwemmten, platzten wir aus allen Nähten.

Wir eröffneten die Drogerie am 1. November 1990. Meine alten Kunden blieben mir treu.

Das Lager brauchten wir nicht mehr und bauten es deshalb als Farbencenter um. Mein Mann stieg ins Geschäft ein und übernahm das Center. Unsere beiden Läden liefen sehr gut, wir waren stolz auf uns und jeden Tag froh, diesen Weg gegangen zu sein. Wir hatten Arbeit ohne Ende. Hirschfelde und seine Umgebung dankten mir den Weg in die Selbstständigkeit mit sehr gutem Umsatz. Den brauchte ich auch, hatte ich doch hohe Kredite für den Hauskauf zu bedienen, für den Einbau neuer Fenster, der Heizung und für Renovierungen. Jeden Tag, jede Stunde saß mir das Geld im Nacken. Außerdem nahmen wir einen Kredit für den Geschäftsanbau auf sowie für den Kauf der Waren. Alles in allem 400.000 D-Mark. Eine stolze Summe. Zu DDR-Zeiten hatten wir nie daran gedacht, einen Kredit aufzunehmen.

Wir bekamen diese Kredite anstandslos. Allerdings zu Bedingungen, von denen wir nicht einschätzen konnten, ob sie berechtigt und fair waren. Jeden Pfennig schafften wir auf die Bank, selbst gönnten wir uns nur, was für das tägliche Leben nötig war. Wir kauften keine neuen Möbel, wie viele unserer Freunde.

Dann brach der Ausverkauf der ehemaligen DDR rigoros über uns herein. Wir hatten keine Chance, uns dagegenzustemmen. Die Treuhand kam mit Riesenschritten in unseren Ort, sämtliche Betriebe wurden geschlossen. Plötzlich standen über 1.000 Menschen auf der Straße. Eine ganze Generation machte gen Westen, dorthin, wo es Arbeit gab, und uns lief die Kundschaft davon.

In unserem Ort, der gerade begonnen hatte, aufzublühen, entlud sich der Frust. Mein Mann und ich hatten uns politisch engagiert und waren für die CDU in den Gemeinderat gewählt worden. Nun wurden wir beschimpft.

Hatten die Menschen gehofft, dass es aufwärts gehen würde, ging es im Gegenteil steil bergab. Nicht nur in unserem Ort – in der ganzen Lausitz. Das einzige, was blühte, waren die großen Handelsketten, die ihre Märkte auf den grünen Wiesen um unsere Kreisstadt Zittau und um Görlitz herum bauten. Sie boten Waren billiger an, als wir es konnten. Die Handelsketten nahmen auch die verlassenen Betriebe in Anspruch, die durch die Arbeit der Treuhand leer standen.

Ich dachte, es wird schon nicht so schlimm werden, die Kunden bleiben mir treu. Ich sollte bald eines Besseren belehrt werden.

Es war das Jahr 1992, der Bürgermeister plante, einen Abwasserkanal und ein Klärwerk zu bauen, und bekam Gegenwind. Er bedachte ein privates Ingenieur-Büro aus den alten Bundesländern. Sein Vorstoß brachte ihm kaum Zuspruch. Es gab Bedenken, dass die Wege für eine gemeinsame Kläranlage zu weit sind. Ein kommunales Betreibermodell war im Gespräch.

Doch der Bürgermeister setzte sich durch. Der Wirtschaftsminister des Freistaates Sachsen genehmigte den Bau für mehrere Millionen D-Mark. Die Anlage war überdimensioniert. Denn durch den Wegzug lebten nur noch 2.500 Menschen in Hirschfelde – vor der Wende waren es an die 4.000 gewesen.

Ohne dass Einsprüche abgewartet wurden, fing das Unternehmen an zu bauen. Dazu wurde die Straße durch den Ort großräumig abgesperrt und aufgegraben. Es ging kein Verkehr mehr durch den Ort. Wir Händler wurden nicht gefragt.

Ich begann zu verzweifeln. Ebenso mein Mann. Wir legten Widerspruch bei der Gemeinde ein: keine Chance. Wir holten uns die Baufirma und klagten sie an: nur ein müdes Lächeln des Bauleiters. Ich beschwerte mich bei der IHK, führte Gespräche mit den Banken, die ich immer noch bediente, entließ meine beiden Halbtagskräfte.

Und es kam noch schlimmer. Im Wohngebiet, das sich etwa einen Kilometer vom Ortszentrum befand, eröffnete ein Drogeriediscounter. Bisher waren die Menschen zu uns gekommen, um ein-

zukaufen. Das änderte sich nun. Als ich versuchte, mich gegen den Billigmarkt zu wehren, sagte der Bürgermeister nur: «Da können wir nichts tun. Konkurrenz belebt den Ort.»

Durch die vielen Sorgen erkrankte mein Mann Ende 1993 an der Bauchspeicheldrüse und schied 1994 aus dem Arbeitsleben aus. Ich blieb hingegen nicht untätig und entschied mich, einen neuen Geschäftszweig zu eröffnen. Ende 1994 wandelte ich mein Farben-Center zu einem Reisebüro um. Meine letzte angestellte Drogistin ließ ich zur Reiseverkehrskauffrau ausbilden.

Die Straße und die Kläranlage waren unterdessen immer noch nicht fertig. Es gab Materialengpässe, der Winter kam. Vor dem Weihnachtsfest eröffnete ein zweiter Drogeriediscounter – am Ende unserer Straße. Nun saß uns die Konkurrenz regelrecht im Nacken. Ich bekam Drohbriefe, weil ich mich gegen die Ansiedlung aussprach.

Ich suchte Hilfe beim Hauptgeschäftsführer des Deutschen Einzelhandels, Holger Wenzel. Er brachte meinen Frust in die Fachzeitschriften. Hilfe bekam ich in Form gut meinender Worte und durch die Beratungen der IHK. 1995 kam ich durch die IHK in ein Pilotprojekt «Betreuung von Unternehmen in Schwierigkeiten». Man kümmerte sich um mich und ich bekam einen Nachsorgekredit von der deutschen Ausgleichsbank. Die Straße wurde Ende 1995 wieder geöffnet. Nun hätte es mit dem Handel bergauf gehen können. Doch es gab kaum noch Menschen, die im Ortszentrum einkauften. Lebensmittel gab es außerhalb und damit war der Ort leer.

Ich bemühte mich um Hilfe bei der Stadt, schrieb Briefe an Politiker und wandte mich an die Medien. Unser alter Bürgermeister riet mir: «Du kannst doch klagen.» Wir fanden einen Anwalt, der diesen Rat bestätigte. So klagten wir und gingen bis zum Oberlandesgericht. Wir wollten erreichen, dass der Bau der Kläranlage und die damit verbundene langjährige Schließung der Straße als enteignungsgleicher Eingriff anerkannt würden. Die Klage wurde abgewiesen und kostete uns 25.000 D-Mark.

Wir wollten das nicht hinnehmen, schrieben an Landes- und Bundespolitiker: Ingrid Biedenkopf, die Frau des Ministerpräsidenten von Sach-

sen, Kurt Biedenkopf, erkundigte sich gar, ob der Discounter Arbeit für mich hätte, wenn ich schließen müsste. Eine Stelle gab es sogar, doch diese hätte ich nie angetreten. Für mich waren die großen Drogeriediscounter Verbrecher, die in Ostdeutschland nach der Wende Schritt für Schritt den ortsansässigen Drogerien den Gar aus machten.

Vielleicht hätte ich einen Discounter verkräftet, doch der zweite war zu viel. Im Jahr 2000 musste ich Insolvenz einreichen, die jedoch nicht eröffnet wurde, weil die Konkursmasse fehlte: Die Bank hatte das Haus schon versteigert. Nach einem langen Kampf mit den Gläubigern schloss ich einen außergerichtlichen Vergleich und reichte 2010 Privatinsolvenz ein.

Was mir von Beginn an fehlte, waren eigene finanzielle Mittel. Mit der geringen Kapitaldecke, die wir in Ostdeutschland hatten, konnten wir nichts Neues aufbauen. Viele Menschen wollten anpacken. Dabei fehlte es ihnen nicht an persönlicher Initiative und an den Fähigkeiten. Selbst das Verschuldungsrisiko scheuten sie nicht. Doch viele, die Anfang der Neunzigerjahre ein Unternehmen gründen wollten, konnten dies nur mit sehr teuren Bankkrediten.

So fehlte mir am Ende auch das Geld, um erneut zu klagen. Meine Klage gegen den Bau der Kläranlage überprüfte am Ende meines Kampfes noch einmal Prof. Dr. Hans-Jörg Birk. Er war Anwalt des sächsischen Städte- und Gemeindetages in Sachsen, niedergelassen in Dresden. Er nahm sich viel Zeit für uns, las alle meine Post durch, meine Klage und das Urteil. Er kam zu dem Schluss, dass unsere Klage von unserem ersten Anwalt völlig falsch angegangen worden war. Wenn wir noch Geld hätten, sollten wir gegen unseren Anwalt klagen.

Doch woher sollten wir noch Geld haben?

Unser erster Anwalt sitzt wegen Unterschlagungen verschiedener Art seit einem Jahr im Gefängnis. Zu diesem Anwalt hatten wir Vertrauen, er vertrat das Recht und hat am Ende selbst so viel Unrecht verursacht.

Heute, nach 20 Jahren, sprechen wir unser Schicksal weiter öffentlich an. Wir wollen nach so einem langen Kampf eine Entschädigung!

Epilog: Von der Treuhand zu blühenden Landschaften

Jörg Roesler

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte den Ostdeutschen «blühende Landschaften» wie in der Bundesrepublik versprochen, als er auf Wahlkampftour im März 1990 durch die DDR reiste. Milliardenkredite wollte die Bundesregierung bereitstellen, um das Aufholen zu beschleunigen und die Angleichung an das westdeutsche Wohlstands- und Wirtschaftsniveau so bald wie möglich zu erreichen. Ein offizielles Datum dafür zu benennen, scheute sich die Bundesregierung. Gegenüber Ende Mai 1990 angereisten Senatoren des amerikanischen Kongresses, einer von ihnen gebildeten «Studiengruppe Deutschland», die es genauer vom Kanzler wissen wollten, versicherte Kohl: «In drei bis vier Jahren werde die DDR ein blühendes Land sein.»³⁴

Die tatsächliche Entwicklung verlief anders. Denn zunächst einmal ging es infolge der überstürzten Einführung von bundesdeutscher Marktwirtschaft und radikaler Privatisierung der Industriebetriebe, bald auch als «Schocktherapie» charakterisiert, mit der DDR-Wirtschaft abwärts. Schlagartig wurden bereits im Juli 1990 etwa 5.000 von 8.000 Treuhandbetrieben zahlungsunfähig. Denn mit der Umsetzung der zwischen der Bundesregierung und der Regierung de Maizière vereinbarten «Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion» wurde eine Umtauschquote von Mark in D-Mark wirksam, durch die vor allem ostdeutsche Betriebe außerordentlich benachteiligt wurden. Um weiter existieren zu können, mussten die Betriebe Anträge auf Liquiditätskredite in Höhe von 23 Milliarden D-Mark stellen.³⁵

Beim Verkauf der Betriebe, für die es im Westen Interessenten gab, wurden nacheinander Glieder aus dem arbeitsteiligen System der DDR-Wirtschaft herausgebrochen und – in der Regel – als

«verlängerte Werkbänke» in das Zuliefersystem der sie aufkaufenden Unternehmen eingeordnet. Die ostdeutsche Wirtschaft verlor so ihren inneren Zusammenhalt, der sich in 40 Jahren DDR herausgebildet hatte. Zudem wurden ihre nach 1945 aufgebauten bewährten Export- und Importverbindungen nach Osteuropa gekappt. Die Exportquote der ostdeutschen Wirtschaft sank bis 1995 auf 40 Prozent der westdeutschen Unternehmen und lag 2016 mit 67 Prozent deutlich unter dem westdeutschen Niveau.³⁶

Die Zerstörung der arbeitsteiligen Strukturen blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Abstand im Wirtschafts- und Wohlstandsniveau zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1990 und im Jahr 1991 nahm der Rückstand in der Leistungskraft der ostdeutschen Wirtschaft nicht ab, sondern drastisch zu – ganz anders als das diejenigen bundesdeutschen Forschungsinstitute verkündet hatten, auf deren Aussagen sich Kohl und sein Wirtschaftsminister Theo Waigel stützten. Das lässt sich anhand des Vergleichs der Arbeitsproduktivität beider Gebiete auf der Grundlage der Kennziffer Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nachvollziehen. Berechnet auf der Grundlage der Angaben von zwei maßgeblichen bundesdeutschen Forschungsinstituten erreichte die DDR 1989, gemessen am Niveau der Bundesrepublik (dieses als 100 Prozent gesetzt), einen Wert von 56 Prozent. Ihre Wirtschaftskraft war also

³⁴ Zit. in: Roesler, Jörg, Der kleine Wurf in: Der Freitag vom 14. September 2017, S. 4. ³⁵ Liedtke, Rüdiger, Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993, S. 35. ³⁶ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch Deutschland 2018, Wiesbaden 2018, S. 16.

nicht viel mehr als halb so stark wie die der BRD, die in ökonomischer Hinsicht an der Spitze aller westeuropäischen Staaten stand. Nach der gleichen Berechnungsmethode erreichte die Wirtschaftskraft der DDR 1991 nur noch einen Wert von 33 Prozent.³⁷ Dieser Wert spiegelt die eingetretene Deindustrialisierung wider. Sie war das Resultat der En-bloc-Einführung der Marktwirtschaft und der Privatisierung der Industriebetriebe durch die Treuhandanstalt, ohne Berücksichtigung der strukturellen Erfordernisse der ostdeutschen Ökonomie, sondern entsprechend den Wünschen «interessierter» westdeutscher Konzerne.

Die Deindustrialisierung hatte nicht nur ihre ökonomische Seite, sondern auch eine soziale und eine kulturelle. Massenarbeitslosigkeit, wie sie der Osten Deutschlands seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der Dreißigerjahre nicht mehr gekannt hatte, trat ein. Hatte in Ostdeutschland die Zahl der Kurzarbeiter im zweiten Halbjahr 1990 schon eine Dreiviertelmillion und die der Arbeitslosen eine Viertelmillion betragen, so arbeiteten ein Jahr später bereits anderthalb Millionen kurz und fast eine Million Ostdeutsche waren arbeitslos. Für 1993, schätzt der Soziologieprofessor Michael Hofmann von der Universität Dresden, waren von den neuen Bundesbürgern 77 Prozent einer Abwärtsmobilität ausgesetzt. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Ostdeutschland lag 1991 bei 54 Prozent des westdeutschen.³⁸

Enttäuschung, Verbitterung und Wut verbreiteten sich nicht nur unter den Entlassenen. Ihre Deprivation, das Gefühl von Mangel und Verlust, wurde dadurch verstärkt, dass die Bürgerinnen und Bürger aus den alten Bundesländern, die in Wirtschaft und Verwaltung, aber auch in Politik und Wissenschaft weitgehend die Osteliten verdrängt hatten, behaupteten, sie, die Ostdeutschen, seien selbst an der Schwäche ihrer Wirtschaft schuld. Michael Hofmann stellt fest: «Das hat Schäden verursacht, die über individuelle Kränkung hinausgehen, die gesellschaftlich wirksam wurden».³⁹

Ab 1992, nachdem der erste Schock überwunden war, bewegte sich die ostdeutsche Wirtschaft, die in ihrer Funktionsweise und in ihrer Eigentumsstruktur mehr und mehr der west-

deutschen angeglichen worden war, wieder voran. Im Jahre 1995, als die Treuhand den Privatisierungsprozess in den neuen Bundesländern weitgehend abgeschlossen hatte und die «Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sondervorhaben» (BvS) die Verwaltung des Restes des früheren Volkseigentums übernahm, hatte die Wirtschaft der neuen Bundesländer den Abstand zum Westniveau deutlich verringert. Statt 33 Prozent wurden immerhin 59 Prozent der Wirtschaftskraft der alten Bundesländer erreicht, das Haushaltsnettoeinkommen der Ostdeutschen von 54 Prozent auf 79 Prozent des westdeutschen gesteigert.⁴⁰

In Politik und Publizistik wurde die Zunahme des Wohlstands und das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft den nunmehr uneingeschränkt auch in den neuen Bundesländern wirksam werdenden marktwirtschaftlichen Kräften zugeschrieben – und natürlich auch den Milliardenkrediten des Bundes. Aber ganz abgesehen davon, dass 1995 nach den Vorhersagen aus dem Jahre 1990 die «blühenden Landschaften» im Osten bereits verwirklicht, in Produktion und Konsumtion 100 Prozent Westniveau erreicht sein sollten, wird gern übersehen: Der Abstand im Wirtschaftsniveau zwischen Ost und West betrug Mitte der Neunzigerjahre gerade einmal wieder das Ausmaß der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre, als die DDR-Wirtschaft 56 Prozent (1985) beziehungsweise 55 Prozent (1989) der bundesdeutschen Wirtschaftskraft erreicht hatte.⁴¹

Tatsächlich handelte es sich bei der gefeierten Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern in erster Linie um die Reparatur der durch die Schocktherapie ausgelösten Zerstörung der bis dahin funktionierenden Strukturen

37 Berechnet nach Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln: Historische Sozialforschung, Nr. 38 (2013), S. 29; Institut der deutschen Wirtschaft, Köln: Deutschland in Zahlen, 2011, S. 131. **38** Hofmann, Michael, Es gab keinen Zerstörungsplan, in: neues deutschland vom 6./7. April 2019, S. 21. **39** Ebd. **40** Vgl. Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln: Historische Sozialforschung, Nr. 38 (2013), S. 29; Institut der deutschen Wirtschaft, Köln: Deutschland in Zahlen, 2011, S. 131. **41** Ebd.

der DDR-Wirtschaft. Gemessen am Wirtschaftsniveau der DDR in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre setzte das wirkliche Aufholen, die Annäherung an die «blühenden Landschaften» des Westens in den neuen Bundesländern, also erst Mitte der Neunzigerjahre ein.

Dieser Angleichungsprozess vollzog sich in den folgenden Jahren allerdings nur langsam, kaum spürbar in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre, als die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer bis zum Jahre 2000 nur von 59 Prozent 1995 auf 60 Prozent der alten stieg, etwas rascher dann im folgenden Jahr, als im Jahre 2005 66 Prozent erreicht wurden. Zeitweise wurde der weitere Aufholprozess allerdings unterbrochen. So zwischen 2010 und 2013, als der Vergleichswert vorübergehend von 69 Prozent auf 67 Prozent absank. In diesen Jahren nahm die Arbeitslosigkeit wieder zu. Gemessen an der des Westens war sie 1995 1,8 Mal höher, fünf Jahre später 2,4 Mal höher und im Jahre 2005 noch doppelt so hoch.⁴²

Auf die «blühenden Landschaften» im Sinne der Angleichung des ostdeutschen an das Wohlstands- und Wirtschaftsniveau der alten Bundesländer wird – ungeachtet aller Modernisierungsprozesse, die sich in der Infrastruktur und Wohnkultur im Osten Deutschlands zweifellos bis heute vollzogen haben – immer noch gewartet. Es hat schon seine Berechtigung, wenn sich laut Umfragen die Ostdeutschen seit 1990 wirtschaftlich ausgebeutet fühlen.

Aus dem Ablauf der Ereignisse geht hervor, dass die Treuhandanstalt tatsächlich entscheidend dazu beitrug, dass die Vereinigung beider deutscher Staaten nicht zu der versprochenen und

von einer Mehrheit der DDR-Bürger 1990 mit ihrer Stimme für die Einheit Deutschlands bezweckten Angleichung des Ostens in Bezug auf Wirtschaftsproduktivität und Wohlstandsniveau an den Westen führte. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang: Es existierten – von Wirtschaftsfachleuten und -politikern vertretene und teilweise bereits ausgearbeitete – Konzepte für eine behutsame, sich über einen längeren Zeitraum in mehreren Etappen vollziehende, an den in der DDR entwickelten und funktionierenden Wirtschaftsstrukturen anknüpfende Transformation. Diese wurden von der Bundesregierung aus machtpolitischen und von den Konzernmanagern aus selbstsüchtigen ökonomischen Gründen ignoriert, ihre Verwirklichung vereitelt. Das führte in den neuen Bundesländern, über die Wirtschaft hinaus, zu negativen Folgen im sozialen Bereich (durch Massenarbeitslosigkeit) und im kulturellen Bereich infolge weitgehenden Elitenaustauschs zur Unterrepräsentanz und Unterordnung der Ostdeutschen. Sie mussten erleben, dass die «Besserwessis» im Umgang mit den «anderen Deutschen» in der Regel nur ihre erspähbaren eigenen unmittelbaren Vorteile vor Augen hatten. Bis heute ist der Unmut der Ostdeutschen geblieben, teilweise auch Verzweiflung über den Verlust an Lebensqualität.

Mental unterscheiden sich Ostdeutsche von Westdeutschen auch 30 Jahre nach der Herstellung der Einheit. Die Integration der «neuen Bundesbürger» steht noch aus. Eine diesbezüglich andere Politik, eine den Ausgleich zwischen Ost und West ermöglichende Politik, ist dringend erforderlich.

Die Treuhandpolitik brach 1990 wie ein Schicksalsschlag über die Ostdeutschen herein. Waren sie im Herbst 1989 selbstbewusst für Freiheit und Demokratie auf die Straßen gegangen, nahm ihr Leben nun eine ungewollte Wendung.

9.000 volkseigene Betriebe mit insgesamt 4,1 Millionen Arbeitsplätzen sollte die Treuhandanstalt innerhalb kürzester Zeit «markttauglich» machen. Die Betriebe wurden privatisiert oder liquidiert, Millionen Menschen arbeitslos. Wie erging es den Menschen dabei? Wie gingen sie mit dieser «Schocktherapie» um? Wie verarbeiteten sie die biografischen Brüche?

Davon erzählt die Ausstellung «Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale» der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie gibt einen Einblick in die Vielzahl der Lebenswege. Die 13 ausgewählten Branchen und Betriebe stehen exemplarisch für die ostdeutsche Wirtschaft. Die meisten ostdeutschen Familien waren vom Wirken der Treuhandpolitik betroffen, ihr ausgeliefert. Sie erlebten die Treuhandanstalt als Schicksalsmacht.



Schicksal Treuhand Treuhand Schicksale